



15. Heft | 4. August 1915

LUDWIG QUESSEL · ZUM 4. AUGUST

NUN ist ein Jahr vergangen, seit der Weltkrieg begann. 12 Monate ungeheurer Spannung liegen hinter uns, 365 furchtbare Kriegstage für unser Volk, für Europa, für die ganze Welt. Und jetzt, am Jahrestag des Kriegsausbruchs, vermögen wir auf die Frage, wann eigentlich die Schrecknisse dieses Krieges ein Ende nehmen werden, ebensowenig eine Antwort zu geben wie an jenem unvergeßlichen Tag des Jahres 1914, als die Katastrophe plötzlich mit verheerender Gewalt über uns hereinbrach. Wie auf die Frage nach dem Ende so vermag menschliche Einsicht auch auf die Frage nach dem Ergebnis dieses größten Krieges unserer Geschichte noch keine Antwort zu finden. Allen Betrachtungen zum Jahrestag des Weltkriegs muß daher notwendigerweise etwas Unbestimmtes und Unfertiges anhaften, weil das Schicksal der Völker, die in die große Weltkatastrophe verwickelt sind, erst am Ende des Krieges offenbar werden kann. Die Wahrheit des Schillerschen Wortes »Im Kriege selber ist das letzte nicht der Krieg« wird uns erst so recht bewußt, wenn wir uns klar zu machen suchen, welche Garantien für das wirtschaftliche und geistige Wohl unseres Volkes und Europas überhaupt dieser Krieg uns eigentlich bringen müßte, wenn er für spätere Zeiten uns mehr sein soll als ein Schrecknis vergangener Tage.

Kein stärkeres Argument für die Zwecklosigkeit die deutschen Kriegsziele schon jetzt breit zu erörtern kann es geben als die Tatsache, daß es heute nach 12monatiger Dauer der furchtbaren Kämpfe immer noch sehr zweifelhaft ist, ob der Weltkrieg seine größte Ausdehnung bereits erreicht hat. Gerade der Umstand, daß eine weitere Verschärfung immer noch möglich ist, sollte uns davon abhalten den Kampf um die Existenz, den wir führen, schon als zu unseren Gunsten entschieden anzusehen. Das deutsche Volk steht heute ebenso wie im August des vorigen Jahres Feinden gegenüber, die noch immer weit davon entfernt sind ihm das Recht zuzuerkennen durch friedliche Arbeit zu größerem Wohlstand und höherer Kultur zu gelangen. Was am 4. August 1914 nur dunkel von uns allen empfunden werden konnte, steht heute als greifbare Realität vor uns: Nicht nur der größte Teil Europas, nein, der größte Teil der Welt steht im offenen oder verhüllten Kampf gegen uns. Freilich, daß der Krieg nicht auf die europäischen Völker beschränkt bleiben konnte, wußten wir schon am 2. August 1914, als erst nur Rußland und Frankreich gegen die Zentralmächte standen. Wer über deren erfolgreiche Anstrengungen die weiße und farbige Bevölkerung ihrer Herrschaftsgebiete in Asien und Afrika für den modernen Krieg zu erziehen unterrichtet

war, konnte nicht der Meinung sein, daß für ihre militärische Stärke nur die Ziffern ihrer europäischen Bevölkerung in Rechnung zu stellen seien. Trotzdem kann man sagen, daß der große Krieg erst mit der englischen Kriegserklärung im eigentlichen Sinn zum Weltkrieg wurde. Vom 4. August gab es keinen Erdteil mehr, wo nicht zum Vernichtungskrieg gegen die Zentralmächte gerüstet wurde. Während über das weite Meer sich schrankenlos die britische Seediktatur dehnte, strömten aus allen Teilen des unermeslich großen Herrschaftsgebiets der Briten weiße und farbige Hilfsvölker herbei, um das durch unsern ökonomischen Aufstieg geschwächte arbitrium mundi Englands auf den Trümmern der Zentralmächte in neuem Glanz erstrahlen zu lassen.

Was jetzt begann, war eine Weltrevolution. Gegen den parteiischen Schiedsrichter der Welt erhoben sich mit gewaltigem Elan die deutschen Rebellen. Wo immer im Verlauf der letzten 12 Monate Schlachten geschlagen wurden, war ihr Sinn der den Völkern Zentraleuropas Freiheit und Gleichberechtigung England gegenüber zu erkämpfen. Gerade im letzten Jahrzehnt war Englands Weltschiedsrichteramt für uns zu einer unerträglichen Fessel geworden. Immer klarer zeigte sich, daß Englands Schiedssprüche, welches auch immer ihr Gegenstand war, stets zum Nachteil des deutschen Konkurrenten ausfielen, daß die Verteilung der Welt im englischen Sinn mehr und mehr auf die Aussperrung der deutschen Industrie von allen zukunftsreichen Märkten Asiens und Afrikas hinauslief. Die Vernichtung der staatlichen Selbständigkeit Persiens und Marokkos konnte unsere Regierung von England noch hinnehmen, ohne Deutschlands Zukunft direkt preiszugeben. Dagegen war es für Deutschland unmöglich jenen britischen Schiedsspruch, der die Vernichtung der Türkei enthielt, anzuerkennen. Bei Konstantinopel erreichten die Eroberungspläne des Dreiverbands die Grenze, über die nur ein Krieg mit Deutschland hinausführen konnte. Darüber war man sich in London auch in den Kreisen, die ein gewisses Wohlwollen für Deutschland zur Schau trugen, durchaus im klaren. Wie gut England sich militärisch und politisch zum Krieg gegen Deutschland, den man in London für unvermeidlich hielt, gerüstet hatte, hat uns dieser Tage Lord Haldane geschildert, da jetzt, wo England im Begriff steht die letzten Trümpfe gegen uns auszuspielen, die Aufdeckung der Karten im britischen Interesse geboten ist. Wer es noch nicht wußte oder es nicht glauben wollte, daß England sich auf diesen Krieg sorgfältig vorbereitet hat, kann dies jetzt täglich in der englischen Presse lesen. Damit beantwortet sich auch die Frage, welches eigentlich das Ziel Englands in diesem Krieg ist. Es ist die wirtschaftliche Niederringung Deutschlands bis zu dem Grad, wo es sich der ökonomischen Oberherrschaft Englands fügen muß. Daraus folgt, daß, so gewaltig auch die Bedeutung der Selbstbehauptung Österreich-Ungarns gegen die nationalistischen Begierden Serbiens, Rußlands und Italiens ist, der Primat des Weltkriegs doch der Kampf Deutschlands gegen den Anspruch Englands auf die Weltherrschaft ist.

Wer in diesem Weltkrieg die Weltrevolution erkennt, wer ihn als ein Ereignis wertet, das ein neues Prinzip im Völkerleben zur Geltung bringen soll, den Grundsatz nämlich, daß keinem Volk, so hoch es auch steht, das Recht zuerkannt werden kann einem andern Volk die Grenze für die Entwicklung seiner wirtschaftlichen Kräfte zu ziehen, der wird sich auch nicht wundern,

daß das Ende dieses Krieges, der schon ein Jahr mit übermenschlicher Gewalt auf uns lastet, noch immer nicht abzusehen ist. Wie keine herrschende Klasse so hat auch kein Herrschervolk jemals freiwillig auf seine Vorrechte verzichtet. Die Geschichte lehrt uns, daß allen Herrschervölkern von den Unterdrückten im zähen Kampf ihre Vorrechte entrisen werden mußten, weil sie diese bis zum äußersten und mit allen Mitteln verteidigten. Kein Wunder daher, daß das englische Volk, obwohl auch ihm der Krieg tiefe Wunden schlägt, vom Frieden nichts wissen will und unablässig bemüht ist neue Bundesgenossen für den Vernichtungskrieg gegen die deutschen Aufsässigen zu gewinnen. Das Kriegsziel Englands ist es durch Unterwerfung Deutschlands unter sein Weltschiedsrichteramt die Hand frei zu bekommen zur Neuaufteilung der Welt, die Deutschland faktisch von dem freien Wettbewerb auf allen afrikanischen und asiatischen Märkten ausschließen soll. Das Mittel hierzu ist seine Seediktatur. Gegen sie muß sich Deutschland zur Wehr setzen, wenn es nicht seine Zukunft preisgeben will. Was Deutschland fordern muß, ist die Freiheit der Meere. Solange dies Ziel nicht erreicht wird, ist ein wirklicher Friede zwischen Deutschland und England nicht zu erwarten. Deutschland ist als ein Reich, das seine Industrieprodukte in allen Weltteilen absetzen, das nicht Menschen wie Italien sondern Waren wie England exportieren will, nur aufrechtzuerhalten, wenn sein Handelsverkehr vor diktatorischen Eingriffen gesichert ist. Wer uns fragt, wo England denn vor dem Krieg seine Seediktatur entfaltet hat, dem rufen wir das Schicksal Marokkos, Persiens und Tripolitaniens in Erinnerung. Ob uns England selbst große, zukunftsreiche Märkte verschließt oder andere mit dieser Aufgabe betraut, ist unerheblich, solange es seine Seegewalt ist, die jene Willkürakte ermöglicht.

Freiheit der Meere oder Sicherung vor Englands Seediktatur: das ist und bleibt in diesem Krieg unser wichtigstes Ziel. Daß dieses Ziel die Umwälzung der Beziehungen aller Völker zu einander in sich schließt, wissen wir. Doch nicht wir waren es, die eine Entscheidung suchten. Der Kampf wurde uns aufgezwungen. Und die deutsche Arbeiterklasse, die weiß, welches ein Schicksal ihr bevorsteht, wenn die Neuaufteilung der Absatzmärkte unter Beiseiteschiebung Deutschlands sich vollzieht, wird trotz allen (sicherlich gutgemeinten, aber tatsächlich durch politische Blindheit die Sache schädigenden und damit den Krieg verlängernden) Versuchen der anglophilen Kreise nicht verkennen, daß Deutschland auch jetzt, nachdem ein Jahr seit Ausbruch des Krieges verflossen ist, noch immer um seine Existenz gegen England kämpft. Aus dieser Erkenntnis aber muß der feste Wille hervorgehen die Einigkeit des deutschen Volkes, die in der Reichstagssitzung vom 4. August 1914 geboren wurde, weiter aufrechtzuerhalten, auch wenn törichte Berater der deutschen Arbeiterschaft mit dem verhängnisvollen Ratsschlag kommen den Burgfrieden, der Deutschland seinen Feinden gegenüber stark und unbesiegbar gemacht hat, jetzt aufzukündigen. Die arbeitenden Klassen Deutschlands werden keinesfalls so unvernünftig sein jenen Ratsschlägen, die den Krieg nicht abkürzen, ihn nur ungünstig beeinflussen könnten, ihr Ohr zu leihen. Alles, was in dieser schweren Zeit der Einigkeit des Volkes Gefahr bringt, stärkt notwendigerweise die Widerstandskraft unserer Gegner und schiebt den Tag des Friedens weiter hinaus. Das deutsche Volk müßte seines Anspruchs als Kulturvolk zu gelten verlustig gehen, wenn nicht jeder Tag des zweiten Kriegsjahrs seine Friedensseh-

lyse, hauptsächlich der Farbbücher, wird eingehend vollzogen, und sie fällt abermals gegen die Iswolskij und Grey und für die Berliner Regierung aus. Zu der furchtbaren russischen Drohung, die seit jeher die deutsche Demokratie schreckte, sei damit die englische Gefahr getreten, deren »Erkenntnis den meisten von uns neu war«:

»Nicht, daß die nimmersatte Eroberungssucht der englischen Imperialisten uns entgangen wäre. Auch die Einkreisungsbestrebungen der englischen Diplomatie sahen wir, und ihre drohende Haltung in der Marokkokrise 1911 schreckte manchen von uns auf. Aber bei all dem war England für uns das Idealland der Demokratie. Wir sahen die starken und ehrlichen Bemühungen einflußreicher sozialistischer und liberaler Politiker mit Deutschland in ein gesichertes Freundschaftsverhältnis zu kommen, und wir hofften, daß die große kommerzielle Interessengemeinschaft, die sich in einem gewaltigen Hinüber- und Herüberfluten von Waren, Kapitalien und Menschen ausdrückte, die feindlichen Gegensätze in anderen Gebieten des Wirtschaftslebens in Schach halten würde. Die englische Seehegemonie war eine alte Sache, die uns nicht wehe tat, solange sie gepaart war mit liberalem Recht und freier Handelsbetätigung für jedermann im Bereich der englischen Weltherrschaft. Der Krieg hat uns die englische Seebeherrschung zum erstenmal von ihrer andern Seite gezeigt. England ist im Bunde mit Frankreich und Rußland in der Lage uns von allem Weltverkehr abzuschließen. . . Diese Möglichkeit uns wirtschaftlich zu erwürgen: das ist es, was in Deutschland nun so lebhaft als die *englische Gefahr* empfunden wird. Was ihre Verwirklichung für das gesamte wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben Deutschlands zu bedeuten hätte, ist klar. Es hieße für uns: wirtschaftliche Stagnation, Zurückgezwungenwerden in bäuerlich-handwerkliche Verhältnisse. Am schwersten würde das die industrielle Arbeiterschaft Deutschlands zu spüren bekommen. Millionen würde die Existenzmöglichkeit glatt abgeschnitten; Hunger, Not, Elend und Erniedrigung auf der ganzen Linie wäre die unausbleibliche Folge. Die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen würden ausgehöhlt und außerstande gesetzt werden ihre hochgesteckten Ziele zu erreichen. Der Weg des deutschen Volkes vorwärts zu innerpolitischer Freiheit und aufwärts zur Sonnenhöhe allgemeiner Kultur wäre verlegt. . . Wenn je ein Volk sagen durfte, daß es sich um einen nationalen Verteidigungskampf für es handle, so das deutsche Volk in diesem Ringen gegen eine Welt von Feinden um die Sicherung seiner ganzen politischen und kulturellen Gegenwart und Zukunft. . . Hatten wir den Krieg nicht verhindern können, so mußten wir angesichts der furchtbaren Gefahr alles aufbieten, um die Niederlage zu verhindern.«²⁾

Viel böses Blut (weniger bei den Betroffenen selber, wohl aber bei einigen unserer *Radikalen*, die den wahren Internationalismus, wie es scheint, in dem unverdrossenen deutschen Kotau- und Harakirivollzug vor jedem beliebigen Auslandsgebaren erblicken) erregte das weiter folgende Kapitel über die Stellungnahme der Sozialisten in den Weststaaten: mit Vanderfelde an der Spitze, der sich dabei sonderbarerweise noch immer als Vorsitzender der Internationale unbehelligt fühlt. Auch aus dem Abschnitt über die russische Taktik und Theorie haben unsere *Edelmarxisten* verschiedene Spitzen gegen die deutschen Nichts-als-Prinzipiellen herausgespiert. Durch die hierdurch geweckten Meinungsäustausche in der Presse werden diese Feststellungen und Verwahrungen den meisten Lesern noch in der Erinnerung haften, so daß nur noch auf die abschließenden, durch Form und Inhalt gleich bemerkenswerten Ausführungen über Nation und Internationale hingewiesen sei:

»Trotz aller technisch-wirtschaftlichen Angleichungen, trotz des immer regeren Austausches materieller und geistiger Güter, trotz alles persönlichen Verkehrs schreitet die spezifisch nationale Ausprägung fort. Ja, gerade wegen dieser innigen Berührung tut sie es. . . Selbst, wenn man sich die Volkswirtschaften der einzelnen Nationen zu einer einzigen sozialisierten Weltwirtschaft verschmolzen

²⁾ Siehe David, loc. cit., pag. 112 ff.

und das Ganze unter eine einheitliche politische Zentralregierung gestellt dächte (eine Zukunftsstaatskonstruktion, die in keiner Weise eine notwendige Ableitung aus dem Prinzip des Sozialismus ist), so würde selbst innerhalb eines solchen Welteinheitsstaates nationales Eigenleben fortbestehen können und müssen. Denn dieses Eigenleben erzeugt feinste Kulturwerte eigensten Gepräges. Es bewirkt dadurch eine ungeheure Bereicherung und Vermannigfaltigung des Menschheitsdaseins. Die Gliederung in Einzelnationen bedeutet gewissermaßen das Prinzip der Arbeitsteilung für die Produktion feinsten Stilformen der physischen und geistigen Weltkultur. Die Nationen *verschmelzen* hieße die mannigfaltige Blütenpracht des menschlichen Kulturbaums plump zerstören. . . Berufen zur Mitarbeit an der Emporentwicklung des Menschheitsganzen hat die deutsche Nation das Recht und die heilige Pflicht zur Selbstbehauptung und freien Entfaltung ihrer Kräfte. Aus diesem tiefsten Untergrund ihrer eigenen nationalen Ansprüche entspringt zugleich auch das Pflichtgebot der Achtung vor dem nationalen Leben der anderen zur Mitarbeit am allgemeinen Aufstieg berufenen Völker. Im Sinne dieser beiden Gebote steht jede Nation vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte. Ich schließe mit dem Ausdruck der Überzeugung: Das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie werden vor diesem Richterstuhl bestehen.«³⁾

Wer einen kürzern Ersatz für das umfangreichere Davidsche Buch sucht, sei übrigens bei dieser Gelegenheit auf Konrad Haenisch' geschicktes und lebendiges Eintreten für die Fraktionspolitik aufmerksam gemacht.⁴⁾



N Haenisch haben wir bereits einen ehemaligen Vertreter der äußersten Linken vor uns, der offen und unumwunden seine Bekehrung zu anderen Anschauungen über die Widerstandsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft und über den orthodoxen Zusammenbruchsglauben eingesteht. Noch lehrreicher ist nach dieser Richtung eine größere Broschüre von Dr. Paul Lensch, der schon früher ein paar ganz hoffnungsvolle Anläufe zu einer richtigern, tieferschürfenden Wertung des Imperialismus und der kapitalistischen Expansionspolitik unternahm: nur daß er damals, jedesmal durch einen *radikalverwegenen* Rückwärtspurzelbaum mitten im revisionistischen Vorwärtssprung, hartnäckig immer wieder im überlieferten Endziel- und Zusammenbruchssumpf landete und schließlich auch beim Reigen der Massenstreikirrlichter nicht fehlte. Von solchen Widersprüchen ist jetzt kaum etwas zu merken.

Eher könnte man jetzt schon die reformistische Konsequenz allzu geradlinig-einfach finden. Denn Lensch hat nunmehr bereits »theoretisch erkannt«, daß »die Entwicklung zum Kapitalismus die Entwicklung zur Demokratie ist, zur politischen Demokratie natürlich nur, nicht zur sozialen«, daß »die Entwicklung zur Demokratie innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ein Zwangsgesetz ist, unabhängig von dem Wohl- oder Übelwollen der Staatsmänner«:

„Die freiheitliche Entwicklung des zukünftigen Deutschlands ist um so weniger ein leerer frommer Wunsch oder eine bloße himmelblaue Hoffnung, als sie sogar im direkten Interesse des [da haben wir es doch wieder!] deutschen Finanzkapitals liegt.«⁵⁾

Dahinter seien vorsichtigerweise einige Fragezeichen gesetzt. Aber im großen und ganzen nimmt die Lenschsche Schrift einen hervorragenden Rang in der deutschen sozialdemokratischen Kriegsliteratur ein. Was sie über die einzelnen Entwicklungsstufen der Auslandspolitik, vor allem Englands, sagt, ferner über die Wechselwirkungen zwischen nationaler und wirt-

³⁾ Siehe David, loc. cit., pag. 190 ff.

⁴⁾ Siehe Haenisch Krieg und Sozialdemokratie /Hamburg 1915/.

⁵⁾ Siehe Lensch Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg /Berlin 1915/, pag. 57, 55 und 59.

schaftlicher Entwicklung, über die Herausbildung einer, in wachsendem Maß auch die Arbeiter umfassenden nationalen Kultur, über die künftigen Beziehungen zu Frankreich und Österreich-Ungarn: dies alles erhebt sich, im Ausdruck wie in der Sache, weit über den Durchschnitt unserer parteigenössischen Journalistik.

Den Fraktionsstandpunkt teilt heute Lensch vollkommen:

»Man sieht, welch ungeheure Bedeutung für die freiheitliche Entwicklung Zentraleuropas ein Friede hat, der nicht wie der Frankfurter Friede nur einen Waffenstillstand bedeutet. Ein solcher Friede ist aber, wie nun einmal die Dinge liegen, schlechterdings nur durch einen deutschen Sieg zu haben. Ein Sieg des Dreiverbands hieße . . . Vernichtung der Sozialdemokratie und *Verewigung* des Kapitalismus, Zerfleischung Deutschlands, erneute Verfeindung zwischen Frankreich und Deutschland und darauf beruhend Oberherrschaft des neu gestärkten Zarismus über Europa, endloses Wettrüsten und erneute Kriegsgefahr mit ihren reaktionären Konsequenzen für die innere Entwicklung der Völker. . . Und die deutschen Gewerkschaften würden am meisten darunter zu leiden haben. Die wirtschaftliche Abwürgung des Reichs würde zuerst die Arbeiterklasse und ihre Organisationen vernichtend treffen. Furchtbarster Lohndruck, elende Arbeitsbedingungen, Entbehrungen am Notwendigsten: das wäre auf Jahrzehnte das Ergebnis jahrzehntelanger Arbeit. . . Eine Niederlage des Dreiverbands aber hieße von alledem das Gegenteil.«⁶⁾



In einem großen Teil der jüngsten sozialdemokratischen Literatur spiegelt sich die vielleicht hervorstechendste Umwandlung in der geistigen Verfassung des deutschen Arbeiteradikalismus und der Arbeitermassen wider: das plötzlich entweder erstmals geweckte oder überraschend höherentwickelte Verständnis für die Bedeutung der Nation und des Nationalen.

Immer waren außergewöhnlich eindrucksvolle Tatsachen und eine harte Erfahrungsschule notwendig, um den unklaren Kosmopolitismus, der dem unreifen, rein abstrakten Radikalismus stets, früher im Bürgertum, später in der Arbeiterklasse, eigen war, zu überwinden, oder, wenn man lieber will, zu begrenzen und auf seine relative Wahrheit einzuschränken. In der österreichischen Sozialdemokratie bedurfte es der jahrzehntelangen Nationalitätenkämpfe, deren Wogen schließlich unaufhaltsam auf das eigene Parteigebiet herüberschlugen, um zuerst eine richtigere Wertung der politischen Macht und der kulturellen Schaffenskraft des nationalen Zusammengehörens und Zusammenwirkens zu erzeugen; auch die deutschsprachige sozialdemokratische Literatur erhielt so in Bauers bekanntem Buch die ersten Grundlagen zu einer weiterblickenden realistischen Auffassung. Bei uns brach im allgemeinen erst der Krieg das Eis. Was beispielsweise die Schriften von David und Lensch hierüber bieten, hätte noch vor wenigen Jahren die schlimmsten Ketzengerichte in Bewegung gesetzt; heute findet es nur stellenweise lauen Widerspruch.

Als unumwundenstes und warmblütigstes Bekenntnis sei jedoch vor allem der Vortrag Wolfgang Heines über Kultur und Nation hervorgehoben ein Appell, zuerst an die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Berlins gerichtet, und zwar, wie alle unermüdlichen Kundgebungen Heines bezeugen, von einem hochgebildeten, politisch charakterfesten Mann, der nicht erst seit heute und gestern diese seine Anschauung vertritt, nicht erst durch die anstürmenden unwiderstehlichen Erlebnisse des Krieges bekehrt wurde:

⁶⁾ Siehe L e n s c h, loc. cit., pag. 58 und 26.

»In diesem Sinne können, ja müssen wir Sozialdemokraten unser Vaterland bejahen und lieben: Seinen Boden, denn auf ihm lebt und arbeitet unser Volk und werden unsere Kinder die Stätte ihrer Arbeit finden. Seine Sprache, denn in ihr bewegt sich unser Denken und geistiges Streben. Auch seinen Staat, so groß seine Mängel, so berechtigt unsere Klagen über ihn sind, denn er ist das Haus, in dem wir wohnen und schaffen, der Schauplatz so vieler großer Kämpfe und Siege. . . Bekennen wir uns in dieser Weise zur Nation, so verleugnen wir damit nicht den Kampf, den wir gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung und gegen alle Mängel im Innern des Deutschen Reichs sowie gegen die Fehler seiner Politik geführt haben. Vielmehr glauben wir uns gerade dadurch als nationalgesinnte Deutsche zu bewähren, daß wir an das Vaterland, das heißt an uns selbst, die höchsten Ansprüche stellen. Der liebt sein Vaterland am meisten, der es als Schande empfindet, wenn unsere Nation es an edlem Sinn und Größe im Innern wie nach außen fehlen ließe. Jetzt, wo das deutsche Volk gegen starke und zum Äußersten entschlossene Feinde um seine Existenz ringt, wo der Haß unserer Gegner, wenn er die Oberhand behält, mit dem deutschen Volke auch die deutsche Kultur auslöschen und damit der Gesamtkultur der Menschheit eine unheilbare Wunde schlagen würde, fühlt man auf einmal in allen Lagern Deutschlands den wahren Sinn des Wortes Nation. Man begreift, daß über allen inneren Gegensätzen etwas Gemeinsames zwischen Deutschen besteht. Nicht etwa, daß auf einmal eine Einheit der Weltauffassung und aller politischen Ziele hergestellt wäre (wie wäre das möglich?), sondern das Gemeinsame liegt in dem Bewußtsein, daß wir Teilnehmer an einer nationalen Kultur sind, und daß ihr zu dienen, sie zu retten unsere Pflicht ist, als Deutsche und als Menschen. Dies Bewußtsein, theoretisch so selbstverständlich, war in den inneren Kämpfen praktisch fast ganz verloren gegangen. Jetzt hat die gemeinsame Gefahr es erweckt.«⁷⁾

Was von diesen neuen geistigen und seelischen Errungenschaften der Kriegszeit wieder im kleinlichen Tagesgezänk und Interessenstreit verloren gehen mag, das hängt wesentlich auch davon ab, wie lebendig das Gefühl für »nationale Solidarität der Klassen«, um mit einem Artikel von August Winnig zu reden,⁸⁾ künftig in den anderen, herrschenden Bevölkerungsschichten fortwirken wird. Die erwähnten Kriegsschriften sollten auch zu manchem alten Gegner der Sozialdemokratie von neuen, ungeahnten Strömungen und Entwicklungsmöglichkeiten sprechen.

XX

PAUL UMBREIT · DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE PARTEIPOLITIK

ZWEI bemerkenswerte Kundgebungen sind in dem jüngsten Parteistreit um die Weiterführung der Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 veröffentlicht worden: der Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegen die Sonderbündelei und eine Resolution der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Diese Kundgebungen richten sich weniger für oder gegen gewisse Parteimeinungen als vor allem gegen Versuche die Einheit der Partei zu sprengen. Denn anders kann die Sprache jenes unter Ausschluß der Öffentlichkeit verbreiteten Flugblatts nicht gedeutet werden (das angeblich über 700 Unterschriften erhalten haben soll, darunter solche von Gewerkschaftsfunktionären, die mit vollständiger Angabe ihrer gewerkschaftlichen Funktionen zeichneten), dessen Schluß da lautet:

»Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevöl-

⁷⁾ Siehe Heine Kultur und Nation /Chemnitz 1914/, pag. 9 f.

⁸⁾ Siehe Winnig Umlernen oder Zulernen?, in der Chemnitzer Volkstimme vom 16. Juli 1915.

kerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.«

Dazu dann das bekannte Pronunziamento in der Leipziger Volkszeitung vom 19. Juli, gezeichnet von den Genossen Bernstein, Haase und Kautsky, in dem die Masse der Parteigenossen aufgerufen wird sich gegen die stets mit Mehrheit gefaßten Beschlüsse des Parteivorstands, des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion zu wenden. Über den sachlichen Inhalt jener Kundgebungen ist in den Sozialistischen Monatsheften bereits das Nötige gesagt worden.¹⁾

Gegen diese Drohungen die Einheit der Partei zu zerstören richteten sich die genannten Gewerkschaftskundgebungen. In dem Aufruf der Generalkommission vom 23. Juni 1915 heißt es:

»Für die Gewerkschaften Deutschlands, die in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen, wäre es ein großer Nachteil, wenn dieser organisierte Sprengungsversuch Erfolg haben sollte. Ob er sich dauernd bemerkbar machen würde und die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Organisation darunter leiden könnte, wollen wir heute nicht untersuchen. Jedenfalls müssen wir uns aber mit aller Entschiedenheit gegen diejenigen wenden, denen das Gefühl der Verpflichtung gegenüber der Organisation fehlt und die es für geraten halten den Parteistreit in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen. Wenn man schon die Wirkung des politischen Kampfes durch Desorganisierung der Partei herabmindern will, so möge man wenigstens die Gewerkschaften mit diesem Treiben verschonen. Die Gewerkschaften werden nach Beendigung des Krieges die äußerste Kraft zur Linderung der eintretenden Not einsetzen müssen und der geschlossenen Organisation bedürfen, um die schweren wirtschaftlichen Kämpfe in dieser kritischen Zeit zu führen.«

Und die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände nahm den gleichen Standpunkt durch folgende einstimmig beschlossene Resolution ein:

»Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im Korrespondenzblatt veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können. Nur eine einige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten. Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient. Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.«

Es begreift sich leicht, daß diese scharfen Zurückweisungen ihres Vorgehens den daran beteiligten Parteiblättern wider den Strich gingen. Die Leipziger Volkszeitung wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Kundgebung der Generalkommission, in denen sie dieser das Recht bestritt in diesen Dingen auf die Partei einzuwirken; sie habe sich diese Vollmacht, die ihr

¹⁾ Siehe *Legien* Parteierstörer, *Heine* Die deutsche Sozialdemokratie im deutschen Volk und *Schippel* Die Sprengungsaufre und die Parteipresse, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 621 ff., 628 ff. und 636 ff.

kein Gewerkschaftskongreß gegeben habe, selbst erteilt. Das Blatt rechnet sodann der Generalkommission ein ganzes Sündenregister politischer Beeinflussungen der Partei vor, von der der Beschwerdeführung gegen den Vorwärts bis zur Internationalen Korrespondenz des Genossen Baumeister (die indessen die Generalkommission gar nicht angeht), um dann die Frage zu wiederholen, welcher Gewerkschaftskongreß denn die Zentralstelle der freien Gewerkschaften zu solcher Tätigkeit ermächtigt hätte. Diese Frage ist so naiv, daß man sie einem erfahrenen Parteigenossen, der in dem gemeinsamen Werden von Partei und Gewerkschaften aufgewachsen ist, nicht gut zutrauen kann. Sie kommt anscheinend aus dem selben dunkeln Winkel, aus dem sich der Vorwärts am 15. Juli von »mehreren Gewerkschaftsbeamten« eine Verwahrung gegen den Beschluß der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände schreiben ließ, und die damit Eindruck zu machen suchte, daß die Gewerkschaften auf dieser Konferenz nur durch je einen Vorstandsbeamten vertreten gewesen seien, mithin in ihrem Beschluß lediglich die Ansicht dieser beteiligten Gewerkschaftsbeamten zum Ausdruck komme; die Stellung der Gewerkschaften könne nicht von einzelnen Vorstandsbeamten vorgeschrieben sondern nur durch die Gewerkschaftsmitglieder entschieden werden. Der junge Genosse, der die ihm nahestehenden Parteiblätter so eifrig mit gewerkschaftlichen Gegenkundgebungen versorgt, scheint auch in der Gewerkschaftsbewegung ein Neuling zu sein. Sonst müßte er wissen, daß die Generalkommission erst noch vom Münchener Gewerkschaftskongreß das Mandat erhalten hat »das Zusammenwirken zwischen den Gewerkschaften, Gewerkschaftskartellen, Arbeitersekretariaten und den übrigen Vertretungen der Arbeiterbewegung herbeizuführen«, daß sie dem nächsten Gewerkschaftskongreß für ihre Geschäftsführung verantwortlich ist, also keinem andern Rede und Antwort zu stehen hat, und daß die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände keine Versammlung einzelner Gewerkschaftsbeamten sondern eine vom Gewerkschaftskongreß eingesetzte Gewerkschaftsvertretung ist, die die zur Durchführung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse erforderlichen taktischen Maßnahmen zu beschließen und die Tätigkeit der Generalkommission zu kontrollieren hat. Die Konferenz der Vorstände ist eine Körperschaft, die auf weit demokratischerer Grundlage aufgebaut ist als die Redaktionen des Vorwärts und der Leipziger Volkszeitung, die auch das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder vielleicht in höherm Maß besitzt als die genannten Blätter das Vertrauen ihrer Leser, sicherlich aber das Mandat hat Kundgebungen für die Gewerkschaften zu erlassen, während den beiden genannten Redaktionen hierzu die Befugnis durchaus fehlt.

Damit könnte die Angelegenheit, soweit es sich darum handelt die Wißbegierde des erwähnten jungen Genossen zu befriedigen, für uns erledigt sein. Aber da im Verlauf der unliebsamen parteigenössischen Streitigkeiten, die, weil sie sich zu Sprengungsversuchen gegen die Parteieinheit auswachsen, auch die Gewerkschaften zur Abwehr zwangen, die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft wiederholt aufgetaucht ist und man sich dabei auch auf die gewerkschaftliche Neutralität berufen hat, so erscheint es angebracht in diesem Zusammenhang etwas näher auf die Entwicklung jenes Verhältnisses einzugehen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist, von wenigen Ausnahmen abge-

sehen, ursprünglich von politischen Parteien und Kräften ins Leben gerufen worden, zu dem Zweck diesen Parteien unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts möglichst weitgehenden Einfluß auf größere Wählermassen zu sichern, ihnen eine breite Organisationsgrundlage und eine wirtschaftliche Basis zu geben. Dazu bot, soweit es sich um die Gewinnung der Arbeitermassen für jede Partei handelte, die Gründung von Gewerkschaften, die für bessere berufliche Verhältnisse wirkten, die meiste Aussicht. Das galt auch für die Sozialdemokratie, und konsequent unterhielt an der Wende der sechziger und siebziger Jahre jede Parteirichtung auch ihre eigenen Gewerkschaften, die mit der Verschmelzung der Partei 1875 ebenso folgerichtig zu einheitlichen Gewerkschaften verschmolzen wurden. Der Eisenacher Kongreß /1875/ hatte aber von dem gegenseitigen Kampf dieser politischen Gewerkschaften immerhin so viel gelernt, daß er für die geeinigten Gewerkschaften das Neutralitätsprinzip aufnahm, ohne deshalb auf die sozialdemokratische Erziehung ihrer Mitglieder ganz zu verzichten. Trotz dieser Neutralitätserklärung teilten die Gewerkschaften beim Erlaß des Sozialistengesetzes das Schicksal der Partei. Es gelang ihnen jedoch sich unter dem Ausnahmegesetz allmählich wieder zu organisieren, wobei sie sich freilich in der Hauptsache auf ihre wirtschaftlichen Aufgaben beschränken mußten. Diese beanspruchten bald ihre volle Tätigkeit, bewirkten den Ausbau der zentralistischen Organisationsform, die zu größerer Vorsicht auf sozialpolitischem Gebiet zwang, und eine höhere Einschätzung der Gewerkschaftsarbeit selbst, die ehemals als Werbemittel für die Wirksamkeit der Partei und als Vorbereitung, eine Art Vorübung für den Klassenkampf, der notwendig nur ein politischer sein durfte, erschienen war, jetzt aber als wichtige Durchgangsstufe der Hebung und Befreiung der Arbeiterklasse und als gleichbedeutend mit der Parteiarbeit erkannt wurde.

Die Auseinandersetzungen über die Stellung der Gewerkschaften zur Partei dauern 1½ Jahrzehnte; sie wurden teils in den Gewerkschaften selbst geführt, fanden ihren Ausdruck in dem Kampf zwischen politischen und unpolitischen, lokal- und zentralorganisierten, *revolutionär-syndikalistischen* und Unterstützungsgewerkschaften, teils zwischen den leitenden Instanzen und den Partei- und Gewerkschaftsorganen. Sie sind von bunter Mannigfaltigkeit. Ihre Richtung läßt sich dahin erklären: Die Gewerkschaften beanspruchen als gleichwertiger Faktor in der Arbeiterbewegung neben der Partei Anerkennung und volle Selbständigkeit auf dem Gebiet der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ohne Einmischung der Partei, ungehindertes Wirken für die sozialpolitischen Berufs- und Arbeiterinteressen, wobei sie indessen die Sozialdemokratie als gegebene parlamentarische Interessenvertretung anerkennen, und ein Vetorecht gegen Parteiaktionen, die den Gewerkschaften nachteilig zu werden drohen. Alle diese Ansprüche wurden den Gewerkschaften jahrelang bestritten, und sie haben zu manchem Meinungsstreit geführt, so über das Unterstützungswesen und die Tarifgemeinschaften, die Stellungnahme zur Sozialpolitik, die Entwicklung der Maifeier und die Propaganda des Massen- respektive Generalstreiks. Selbst die Einsetzung der Generalkommission und die Herausgabe eines Korrespondenzblatts hatte man den Gewerkschaften verübelt. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen war, daß die Gewerkschaften ihre Ansprüche allmählich durchsetzten, und zwar im selben Maß wie sie größer und stärker und für die gesamte Arbeiterbewegung bedeutungsvoller wurden. Trotz diesen

Kämpfen wurde aber allezeit das innige Verhältnis zur Partei betont, so von Legien auf dem Frankfurter Kongreß /1899/, so von Bömelburg in Stuttgart /1902/ und wiederholt in Köln /1905/. Der Ausspruch »Partei und Gewerkschaften sind eins« ließ sogar eine Deutung zu, die in Gewerkschaftskreisen selbst auf Widerspruch stieß, und Bömelburg hat später auch erklärt, daß er den Ausspruch vermieden haben würde, wenn er dessen Auslegung vorausgesehen hätte. Jedenfalls haben damals weder der Vorwärts noch die Leipziger Volkszeitung Einspruch gegen eine solche innige Verquickung von Partei und Gewerkschaften erhoben, im Gegenteil, gerade der radikale Teil der Parteipresse hat sich allezeit auf dieses *Programm* berufen, ohne freilich daraus die Konsequenz zu ziehen, daß dann die Gewerkschaften auch alle Ursache haben sich um die Partei zu kümmern. Die Gewerkschaften haben sich schon damals recht oft um Dinge in der Partei sorgen müssen, die ihre Interessen berührten, wie die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitskammern, die Maifeier, die Akkordmaurerfrage und das Verhältnis der aus der Gewerkschaft ausgeschlossenen Akkordmaurer zur Partei, die Entlassung der Setzer der Leipziger Volkszeitung, soweit sie nicht der Sonderorganisation angehörten, die Massenstreikpropaganda usw.

Es hat natürlich stets auch Leute in der Partei gegeben, die den Gewerkschaften ein formales Recht sich um solche Dinge zu kümmern zu bestreiten suchten. Aber die Entwicklung der Arbeiterbewegung ist auch allezeit über diese Eigenbrötler hinweggegangen. Die Auseinandersetzungen für und gegen die Massenstreikorganisation führten dann zu einer gewissen Regelung seitens der Partei, indem der Mannheimer Parteitag /1906/ den Jenaer Massenstreikbeschuß /1905/ zwar bestätigte, seine Durchführung aber von einer vorherigen Verständigung zwischen Parteivorstand und Generalkommission abhängig machte und die Notwendigkeit der Gewerkschaften und ihre Gleichberechtigung mit der Partei anerkannte. Es heißt in der Mannheimer Resolution:

»Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen. Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.«

Die Gewerkschaften haben den Mannheimer Parteitagsbeschlüssen niemals ausdrücklich zugestimmt. Sie haben sie aber stillschweigend anerkannt und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen und Rechte übernommen. Die Zentralkörperschaften haben sich in der Tat stets rechtzeitig über alle Fragen, die gemeinsame Interessen berührten, verständigt, haben manche Streitfrage ohne öffentliche Auseinandersetzung friedlich geregelt und sind im großen und ganzen beide gut dabei gefahren. Daß sich die Gewerkschaften auch dann noch recht oft um Vorgänge in der Partei kümmern mußten, ja dann gerade erst recht, liegt in der Natur der Sache: waren sie doch seit Mannheim in noch höherm Maß an die Partei gebunden, die die politische Interessenvertretung der Arbeiterbewegung bildet, also auch in höherm Maß für deren Tun mitverantwortlich, in höherm Maß an deren einheitlichem Bestand interessiert. Man muß politisch noch recht kindlich sein, um daraus den Gewerkschaften einen Vorwurf zu machen. Die Gewerkschaftspresse ließ es sich von da ab besonders angelegen sein darüber zu wachen, daß in dem Kampf der Richtungen das einheitliche Parteigefüge

nicht gefährdet wurde, daß nicht Tendenzen die Oberhand gewannen, die die Intoleranz zum obersten Gesetz des Parteiwohls erheben und die Partei zu zersplittern suchten, und vor allem, daß nicht gewerkschaftsfeindliche oder gewerkschaftsschädliche Bestrebungen die Führung erlangten, mit denen eine Verständigung und ein Zusammenwirken gemäß den Mannheimer Parteitagebeschlüssen unmöglich sein würden. Das ist noch immer vor wie nach jedem Parteitag seit Mannheim geschehen, und es kam denn auch auf jedem Parteitag zu Debatten über die Haltung der gewerkschaftlichen Kreise. Aber es konnte auch gar nicht anders sein, denn es ergab sich eben aus dem vom Mannheimer Parteitag geforderten Zusammenwirken, aus den weitgehenden Hoffnungen und Erwartungen, die gewisse Parteikreise in die Gewerkschaften setzten, und aus den heftigen Vorwürfen und Anklagen, mit denen sie die Abwehr der Gewerkschaften beantworteten.

Daß den Gewerkschaften diese Sorge um das Parteiwohl zum besondern Sport gereichte, kann wohl niemand behaupten. Die Auseinandersetzungen schaffen ihnen mancherlei Unbequemlichkeiten und sind geeignet den Parteistreit in die Gewerkschaften zu tragen. So erklärt es sich auch, daß die Zahl derer, die die absolute Neutralität der Gewerkschaften vorziehen würden, von Jahr zu Jahr wächst. Daran ist nun freilich bei dem gegenwärtigen Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht zu denken, eine Neutralitätserklärung würde die Gewerkschaften auch wenig vor politischen Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen schützen. Der beste Schutz vor gegenseitigen Reibungen besteht einzig darin, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich daran gewöhnen ihre politischen Ansichten in der Partei zu vertreten, und die Parteimitglieder daran sich gewerkschaftlich zu organisieren und ihre gewerkschaftlichen Auffassungen in den Gewerkschaftsversammlungen zur Sprache zu bringen: jedes an seinem Platz. Das Zusammenwirken herbeizuführen und zu gewährleisten ist Sache der leitenden Instanzen, wie der Mannheimer Parteitag es selbst gefordert und für die Parteimitglieder zum Gesetz erhoben hat.

Die Generalkommission war danach völlig in ihrem Recht, als sie für die Einheit der Partei eintrat, die Konferenz der Vorstände der Gewerkschaften als die Aufsichtsinstanz der Generalkommission nicht minder, und es ist gerade vom Parteistandpunkt aus unverständlich, wie Parteiorgane ihnen die Wahrung dieser Rechte zum Vorwurf machen können. Entweder kennen diese Parteiorgane die Beschlüsse der eigenen Partei nicht, oder sie wollen sie nicht kennen, um den unbequemen Mahner beiseitezuschieben. Daß die Gewerkschaften an der Einheit der Arbeiterbewegung, deren Glied sie selber sind, ein vitales Interesse haben, braucht nicht erst eingehend begründet zu werden, denn jede Zerreißung dieser Einheit bedeutet eine Schwächung der Arbeiterbewegung, die nicht bloß den gesamten Körper sondern auch jedes ihrer Glieder erfaßt, und der sich dann auch die Gewerkschaften nicht entziehen können. Die Spaltung in der Partei zieht Spaltungsversuche in den Gewerkschaften nach sich, denen allerdings die zentralistische Regelung der Arbeitsbedingungen, die einen gesunden Organisationszwang schafft, ein Gegengewicht bietet. Daß die Gewerkschaften überhaupt nur eine einheitliche Partei als politische Interessenvertretung brauchen können, ist nicht minder einleuchtend. Der parlamentarische Einfluß der Sozialdemokratie entspricht ohnehin nicht entfernt der Größe und Bedeutung der Arbeiter-

bewegung; diesen Einfluß durch Spaltung der Partei noch schwächen hieße auf jeden Erfolg der parlamentarischen Interessenvertretung von vornherein verzichten. Kleine Abspaltungen, wie die Westmeyerfraktion im württembergischen Landtag, können zwar die Partei selbst nicht diskreditieren, aber ihre demagogische Agitation wirkt zerstörend, und wir können nur wünschen, daß die Arbeiterbewegung recht bald diese Zerstörungskeime ausscheidet.

Endlich aber (und das ist es, worauf es im gegenwärtigen Parteistreit ankommt) haben die Gewerkschaften ein Lebensinteresse an der Politik, die die Parteifraktion und die verantwortliche Parteileitung seit dem 4. August 1914 eingeschlagen und konsequent innegehalten haben. Das Vaterland entschlossen bis zum äußersten zu verteidigen, dem Reich die Mittel dazu zu bewilligen und schließlich dem Budget zuzustimmen, das während des Krieges die Aufrechterhaltung der Reichsverwaltung gewährleistet: diese Politik ist die Selbsterhaltungspolitik für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Klassen und Parteien. Auch die Gewerkschaften würden ihre ganzen Errungenschaften, ihre Macht, ja ihre Organisation preisgeben, wenn sie eine andere Politik als die der nationalen Verteidigung bis zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens befürworten wollten. Deshalb haben sie seit dem Kriegsausbruch diese Politik der Sozialdemokratie unterstützt und in ihrer Presse vertreten, sie gegen die Angriffe ausländischer Genossen ebenso wie gegen Mißvergünstigte daheim verteidigt. Sie taten dabei nicht bloß ihre Pflicht, sondern sie hatten ein wohlbegründetes Recht dazu, das Recht, das der Mannheimer Parteitag für die Zentralleitungen geschaffen hat: sich bei Aktionen, die die Interessen von Partei und Gewerkschaften gleichmäßig berühren, zu verständigen und ein Zusammenwirken herbeizuführen. Meinen etwa Blätter wie die Leipziger Volkszeitung und der Vorwärts, daß die Gewerkschaften an der äußern Landesverteidigung und an den inneren Kriegsmaßnahmen nicht in ebenso hohem Maß interessiert seien wie die Partei, daß es den Gewerkschaften gleichgültig sein könnte, ob die Partei die Mittel für den nationalen Existenzkampf und für die Kriegsfürsorge bewilligt oder verweigert? Daß die Gewerkschaften in diesen kritischen Zeiten ruhig zusehen könnten, wenn ein Teil der Fraktion durch Ablehnung des Budgets innere Verwirrungen verursachte, die die Erfolge der bisherigen Kriegführung mindern könnten? Das wäre ein bedenklicher Irrtum, aus dem sich jene Blätter im eigenen Interesse bald herauslösen müßten, denn hinter der von der Parteileitung und den Gewerkschaftsleitungen vertretenen Politik steht sicherlich die große Mehrheit der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern daheim und im Feld, die sich auf die Dauer die widerspruchsvollen Gedankensprünge jener Organe nicht schweigend gefallen lassen sondern sie an ihre Parteipflichten erinnern werden. Im übrigen: Wie der Vorwärts vor Kriegsausbruch und während des Krieges bald so und bald so geschrieben, bald Serbien und Rußland verteidigt, bald dem Reichskanzler zugejubelt, bald die Rechnung für die Kriegskreditbewilligung präsentiert, bald den unentwegten Klassenkampf propagiert hat, so hat auch die Leipziger Volkszeitung die Kriegskreditbewilligungen am 4. August und am 2. Dezember 1914 gutgeheißen und noch im März dieses Jahres eine Budgetverweigerung neben der Kriegskreditbewilligung für eine leere Formalität erklärt; ihr Widerstand gegen die Politik des 4. August ist nichts weniger als *unentwegt*, und gerade dieses Blatt ist am allerwenigsten

befähigt den Gewerkschaftsleitungen Vorhaltungen zu machen. Darüber wird eines Tages noch so manches zu sagen sein.

Die Parteierstörer müssen es sich also schon gefallen lassen, daß sich die Gewerkschaften ein wenig um ihr Vorgehen kümmern. Die Parteieinheit geht auch die Gewerkschaften an, und die Einheit der ganzen Arbeiterbewegung, die in früheren bitteren und leidenschaftlichen Kämpfen errungen wurde, ist ein viel zu kostbares Gut, als daß wir es von Mißvergnüchten beschädigen lassen könnten.

XX

JULIUS KALISKI · DIE SICHERUNG DES DEUTSCHEN VOLKES

NUNMEHR ist den Verordnungen des Bundesrats über die Sicherstellung der Ernte, die eine Ausgestaltung der Organisation des Getreide- und Mehlmopols brachten, die Festsetzung der Höchstpreise für das Erntejahr 1915-1916 gefolgt. Damit wird die Broternährung für die kommende Zeit unter allen Umständen und unter günstigeren Bedingungen als im Vorjahr gewährleistet.

Die Höchstpreise für Roggen und Weizen sind nicht erhöht, nur die einzelnen Preisgebiete werden ein wenig anders abgegrenzt; während früher 32 derartiger Gebiete bestanden, sind künftig deren 4 vorgesehen. Je nach der Gegend wird die Preisspannung für Roggen 215 bis 230 Mark (bisher 209 bis 237 Mark) betragen, für eine ganze Reihe von dicht bevölkerten westlichen Bezirken bringt die Verschiebung eine Verbilligung der Grundpreise, die für Weizen, gleichfalls wie im Vorjahr, 40 Mark höher als für Roggen sind. Die Mehl- und Brotpreise werden oder können mindestens eine Ermäßigung erfahren, denn zu den im Herbst 1914 festgestellten Höchstpreisen kam inzwischen alle 14 Tage ein Zuschlag von 1,50 Mark hinzu, der nun auch zunächst bis zum 1. Januar 1916 wegfällt. Im übrigen liegt die Bestimmung der Mehlpreise in den Händen der Kommunalverbände, deren verstärkte Mitwirkung bei der Getreide- und Mehlverteilung durch Vereinfachung der Organisation noch eine Unkostenverbilligung ermöglicht. Wurde angesichts der allgemeinen Lebensmittelteuerung an dem Stand der Getreidepreise festgehalten, so ist den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen bei der Bemessung der Preise für Futtergetreide durch Erhöhung um durchschnittlich 30 Mark für die Tonne Rechnung getragen worden. Hafer und Gerste werden einheitlich für das Reich auf den Höchstpreis von 300 Mark für die Tonne gestellt, wobei der Gerstenpreis für die Brau- und Nahrungsmittelindustrie, deren Gersteverbrauch kontingentiert wird, einer Festlegung nicht unterliegt. Bei der Einführung der Höchstpreise im Vorjahr galt für Futtergerste ein Höchstpreis von 205 Mark; hochwertige Gerste mit einem Hektolitergewicht von mehr als 68 Kilo blieb damals der freien Preisbildung vorbehalten. Später kam ein Einheitspreis von 220 Mark für alle Gerste, und schließlich wurde zu Beginn dieses Jahres der Preis auf 270 Mark erhöht. Ebenso erfuhr der Haferpreis eine Erhöhung durch Zuschlag von 50 Mark auf 264 Mark. Bei der Beurteilung der Preise muß neben der wesentlichen Steigerung der allgemeinen Betriebs- und Erzeugungskosten in der Landwirtschaft für Hafer und Gerste besonders der zu erwartende Ernteausfall berücksichtigt werden.

Vorbildlich ist die Broternährung geregelt. Sowohl die Verteilungs- und Versorgungsorganisation als auch die Preisbewegung für Getreide lassen eine Brotversorgung zu erträglichen Bedingungen zu, wenn sich die Mehl- und Brotpreise, wie zu erwarten sein sollte, den Getreidepreisen anpassen. Höchst mangelhaft dagegen blieb die Organisation der meisten anderen Lebensmittelmärkte, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß auf verschiedenen Gebieten öffentliche Verwaltungen und private Organisationen eifrig am Werk sind und mancherlei Brauchbares geschaffen haben. Überwiegend wird das Hauptgewicht auf Erweiterung strafrechtlicher Anordnungen gelegt. Eine Förderung in diesem Kampf gegen spekulative und wucherische Machenschaften gibt die zugleich mit den neuen Höchstpreisen veröffentlichte Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs, für die keine Höchstpreise festgesetzt sind. Geregelt wird die Enteignung, wenn übermäßige Preise gefordert oder Waren dem Verbrauch vorenthalten werden; scharfe Strafbestimmungen gegen wucherische Praktiken dieser Art, Gefängnis bis zu 1 Jahr und Geldstrafen bis zu 10 000 Mark, sind festgesetzt. Mehrere Generalkommandos sind auf dem Weg, den jetzt auch die Bundesratsverordnung beschritt, bereits vorangegangen; ihre Anordnungen erfahren durch den Bundesrats-erlaß eine Verallgemeinerung und Befestigung ihrer Rechtsgrundlage.

Die Bedeutung einer Verordnung wie der jetzt erlassenen liegt nicht in ihrer unmittelbaren Wirkung. Die Strafen sollen und werden abschrecken, in der Hauptsache also als Vorbeugemaßregel wirken. Eine Preisregulierung tritt durch die Verordnung nicht ein, noch weniger werden auf diese Weise Lebensmittel besorgt und verteilt, selbst wenn man die Strafbestimmungen noch wesentlich verschärfen und den Kreis der Waren, die für die Beschlagnahme und Enteignung in Frage kämen, bedeutend erweitern würde. Dafür bedarf es keiner besonderen Beweise, das haben schließlich die Erfahrungen im Lauf des Krieges auch dem zur Genüge bewiesen, der es vorher nicht gewußt haben sollte. Aber als Handhaben zur Organisierung der Nahrungsmittelversorgung sind diese und ähnliche Verordnungen sicherlich sehr brauchbar, zum mindesten lassen sich mit ihnen alle möglichen Schwierigkeiten, die sich einer erfolgreichen Tätigkeit von Konsumentenorganisationen entgegenstellen, beseitigen. So selbstverständlich es ist, daß mit Entrüstung allein, und sei sie noch so berechtigt, sich auch die kleinste Erschwerung der Lebensmittelversorgung nicht beseitigen läßt, wenn nicht entsprechende Taten folgen, für die Praxis großer Kreise hat diese Erkenntnis offenbar noch immer keine Geltung. Wie wäre es sonst möglich, daß überall die bittersten Klagen über die unzulängliche Gemüseversorgung und die vielfach starke Gemüseverteuerung erhoben werden, aber nur sehr dürftige Ansätze gemacht wurden, um einige Ordnung in die Heranschaffung und den Vertrieb von Gemüse hincinzubringen? Leider läßt man sich zu oft daran genügen der Öffentlichkeit zu erzählen, daß ein Landwirt etwa Spinat untergepflügt hat, weil für ihn, sich der Verkauf nicht lohnte, und daß in so und so vielen Städten der Handel große Mengen von Gemüse umkommen ließ, weil sich keine Abnehmer fanden; zum Schluß kommt dann die Klage, daß trotzallem die Preise unerschwinglich hoch seien. Wir verfügen in Deutschland über Gemüsemengen, die reichlich allen Bedarf decken können und die auch während des Krieges zu Preisen beschafft werden könnten, die mit Wucher nichts gemein hätten. Aber Voraussetzung dafür ist eben eine Organisation.

Der Zwischenhandel will verdienen und ist nicht daran interessiert niedrige Preise aufkommen zu lassen, wiewohl er selbst, wo er als Abnehmer die Herrschaft hat, dem Gemüsebauer Preise diktiert, die von seinen hohen Marktforderungen sehr weit entfernt sind. Kommt der einzelne Gemüsebauer an den Markt, so wird er zumeist, soll das Geschäft für ihn einen Erwerbszweck haben, verhältnismäßig hohe Preise fordern müssen; denn die Unkosten des Verkaufs sind für den einzelnen Züchter unverhältnismäßig hoch, wenn er auf größere Entfernung den Markt besuchen und Einzelabsatz betreiben will.¹⁾ An Organisationen, die den Mittelpunkt eines Absatznetzes bilden können, fehlt es bei uns nicht. Wir haben vor allem die hervorragend eingearbeiteten Konsumvereine, die sich zweifellos gern in den Dienst einer Aufgabe stellen würden, die über die ihnen zugewiesenen Arbeitsgrenzen hinausgeht. Zu leisten wäre diese Arbeit in Gemeinschaft mit anderen Verbänden unter Mitwirkung der städtischen Verwaltungen oder ähnlicher Körperschaften, und schließlich müßten Vertreter der Produzenten, also der Gemüsebauern und anderer Landwirte, hinzugezogen werden. Durch engere Beziehungen der Konsumenten- und Produzentenorganisationen würden viele Reibungen ausgeschaltet, manche Verständigung und Neuregelung leichter erzielt werden, die Zusammenarbeit würde den Produzenten überdies auch eine Mitverantwortung bei der Abwicklung der Versorgung auferlegen, die den Verbrauchern nur erwünscht sein könnte.

Um irgendeinen geheimen Anschlag der Produzentenpolitik handelt es sich dabei nicht. Das zu versichern ist vielleicht nicht ganz überflüssig. Denn rührig wird die seltsame Auffassung verbreitet, daß die Produzenten im Gegensatz zu den Konsumenten die überflüssigsten Elemente der Welt wären, daß von den Konsumenten alles Heil, von den Produzenten aber nur Wucher ausgehe. Nun soll gewiß jede sachlich unberechtigte Preissteigerung besonders für Lebensmittel vereitelt werden, gleichviel von wem sie betrieben wird. Doch zeugt es von geringer Einsicht, wenn man jeden den Produzenten mit Rücksicht auf völlig veränderte Produktionsbedingungen zugestandenen Preisaufschlag als einen Raub auf Kosten der Konsumenten betrachtet. So schwer gerade die Arbeiterschaft unter einer Lebensmittelteuerung leidet, so muß doch von ihrer wirtschaftlichen und sozialpolitischen Einsicht gefordert werden den trügerischen Beistand, der ihr in ihrer Stellung als Verbraucher angeboten wird, abzulehnen, wenn sie sich auf die Dauer nicht ins eigene Fleisch schneiden will. Wer gewaltsam die Verteuerung der Gestehungskosten landwirtschaftlicher Betriebe ignoriert, findet


¹⁾ In Erfurt wird dem Zwischenhandel durch Magistratserslaß bei hoher Strafe untersagt außerhalb des Marktgebiets überhaupt und auf den Wochenmärkten vor 10 Uhr morgens Gemüse aufzukaufen; andere Städte haben ähnliche Maßregeln ergriffen. Dazu bemerkt das Handelsblatt für den deutschen Gartenbau vom 17. Juli 1915: »Die Erfurter Maßregel trifft den Hauptübelstand sehr wirksam. Jeder Gemüsegärtner kennt die Gepflogenheit der Händler die Zufuhren im Weichbilde der Stadt, früh am Morgen der Markttag, aufzukaufen. Die Hauptsache ist, daß die Zufuhr ihrer Hauptmenge nach in Händlerhand kommt, und diesem Ringe beugen sich alle, bis zur kleinsten Wiederverkäuferin. Schon in Friedensjahren verteuert der Zwischenhandel die Ware in hohem Maße. Wo der Gemüsegärtner von seinem Betrieb aus leicht, schnell und billig selbst die Verkaufsstelle beschicken kann, derart, daß er in Wettbewerb tritt und sich den höheren Preisen des Handels anschmiegt, kann ihm das nicht verdacht werden. Er erzeugt zumeist auf teurem Grund und Boden. Aber Herrscher der Lage ist der Händler gegenüber jenem Kollegen, der zu weit vom Platze wohnt und deshalb auf den Zwischenhandel angewiesen ist. Das ist in vielen großen Städten der Fall, wo die Gärtnereien oft stundenweit entfernt liegen. Dort kauft vielfach der Aufkäufer vom Gärtner, von jenem die Sammelladung der Großhändler und von letzterem in geringeren Mengen der Kleinhändler. Durch 3 Hände geht das Erzeugnis, bevor es der Verbraucher bekommt. Schon in gewöhnlichen Jahren ist die Verteuerung sehr groß, wie jeder weiß, in diesem Jahre vollends ungeheuerlich.«

keinen gangbaren Weg zur Verbilligung der Lebensmittelversorgung. Die Produktion leistungs- und lebensfähig zu erhalten ist ein Interesse, das sich mit den wohlverstandenen Ansprüchen der Konsumenten letzten Endes völlig deckt; wer gegen die dazu notwendigen Maßnahmen kritiklos protestiert, macht die Aufmerksamkeit für die Mittel stumpf, die Besserung und Hilfe zu bringen vermöchten.



NSERE Hauptsorge muß sich darauf richten jenen Schichten, deren Einkommensverhältnisse mit den gesteigerten Lebensmittelpreisen nicht Schritt gehalten haben (und dabei handelt es sich um sehr weite Kreise), auch unter den gegenwärtigen Bedingungen ausreichende Ernährung zu verschaffen. Das gebietet die Rücksicht nicht nur auf den einzelnen, sondern namentlich auf die Nation selbst. Vor allem kommen hier die Angehörigen von Kriegsteilnehmern in Betracht, die nicht imstande sind ein Einkommen zu erzielen, das in Ergänzung der Kriegsunterstützung zu einer ausreichenden Lebenshaltung reicht; ferner die Kreise der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums sowie die Angehörigen aller möglichen Berufe, die von der Kriegskonjunktur nicht profitieren, deren Einnahmen sich nicht vergrößert sondern vielfach noch reduziert haben. Die organisatorische Fähigkeit der Deutschen hat sich so hervorragend bewährt, daß ohne Zweifel auch auf dem Gebiet der Ernährung eine umfassende Organisation Erfolge zeitigen könnte, wenn man sich endlich entschloesse hier gleichfalls sich über Vorurteile alter Zeit mit Energie hinwegzusetzen. Sind Einrichtungen zum Einkauf in der vorher skizzierten Art geschaffen, dann wäre es um so einfacher die Massenernährung durch Errichtung eigener Küchen auf eine breitere Basis zu stellen. In den ersten Kriegsmonaten hat es an Küchen Gründungen nicht gefehlt; sie sind großenteils eingestellt worden, nachdem es sich ergeben hatte, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine bessere Entwicklung nahmen als vielfach erwartet worden war. Aber die Anforderungen, die an Massenküchen zu stellen sind, waren bei jenen Gründungen überwiegend nicht erfüllt. Neben verschiedenen Mängeln litten sie in erster Reihe unter der Planlosigkeit, mit der sie betrieben wurden. Das war nicht die Schuld ihrer Gründer und Leiter. Sie galten eben mehr oder weniger als Unterstützungseinrichtungen, deren Inanspruchnahme aufhörte, wenn die Einkommensgestaltung sich besserte. Dadurch wurde die Benutzung der Küchen auch für den Teil der Bevölkerung weniger anziehend, dem die Erlangung einer nur gleichwertigen Nahrung durch Privatbezug bitter schwer oder gar nicht möglich war. Um der Massenernährung durch Erzielung einer erheblichen Verpflegungsverbilligung zu dienen, sollten Küchen unter der Führung der Gemeindeverwaltungen geschaffen werden, die den Angehörigen der Kriegsteilnehmer einen entsprechenden Teil der kommunalen Unterstützung in Anweisungen auf regelmäßiges Essen zu entrichten hätten. Selbstverständlich soll das nicht in der Absicht geschehen die Familien unserer Soldaten irgendwie in ihrer Stellung oder in ihren Ansprüchen zu beeinträchtigen, sondern zu dem einzigen Zweck den zahlreichen Frauen und Kindern, die mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich nicht genügend beköstigen können, Schutz gegen Unterernährung zu geben. Die Vorteile des Masseneinkaufs und der Massenverarbeitung müßten jedoch auch den Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden, die keine Unterstützungen beziehen, aber die Kosten für die

Herstellung sättigender und zweckmäßiger Ernährung im eigenen Haushalt nicht aufzubringen in der Lage sind. Geschenke werden nicht gefordert und sollen nicht gewährt werden, die Verabreichung von Essen soll gegen ein Entgelt erfolgen, das zur Deckung der Kosten ausreicht; Bedingung wäre nur, daß die Bezieher sich stets gleich für eine Reihe von Tagen zur Entnahme verpflichteten, um die Voraussetzungen für eine einfache Disposition und sichere Kalkulation zu geben. Ähnliche Pläne wurden auch früher schon diskutiert. Daß sie nicht in größerem Stil zur Ausführung kamen, lag, abgesehen von den schon erwähnten Umständen, auch daran, daß einmal viele Gemeindeverwaltungen sich mit der direkten Nahrungsmittelversorgung nicht befassen wollten, und daß man der Abneigung gegen den Bezug von Essen aus Massenküchen in weiten Kreisen und vor allem bei Frauen Rechnung tragen zu sollen glaubte. Indes, wo die Gefahr schlimmer Unterernährung vorliegt, haben solche Bedenken zu weichen. Auch der Einwand, daß man die Frauen der eigenen Wirtschaft entfremde, kann wohl ernstlich nicht erhoben werden; um so weniger als das Essen nicht in den Küchen einzunehmen wäre sondern nach Hause geholt werden sollte, so daß immerhin für eine gewisse hauswirtschaftliche Tätigkeit noch einiger Spielraum bliebe. Die wirtschaftlich schwächsten Schichten könnten so den Folgen der Schwankungen der Lebensmittelmärkte im wesentlichen entzogen werden. Ein weiterer Vorzug des Systems wäre die Verarbeitung von Nahrungsmitteln, die im Einzelhaushalt, so empfehlenswert sie an sich sind, gemieden werden, weil man sie nicht kennt oder nicht herzurichten versteht. Daß gelegentlich die Geschmacksrichtung dieser oder jener Kreise sich an Nahrungsmittel, die sie bisher nicht gewohnt waren, anpassen müßte, dürfte als peinlich nicht empfunden werden; das könnte sich weit eher für jetzt und später als sehr wohlthätig erweisen. Ein gut Stück Erziehung des Publikums würde damit geleistet, und dieses wird sich um so eher darein schicken, wenn es die Sicherheit hat zu erschwinglichen Preisen ausreichend ernährt zu werden. Der Zusammenarbeit von Konsumvereinen, anderen Konsumentenorganisationen mit kommunalen Verwaltungen und den in Frage kommenden Produzentenverbänden würde wohl gedient sein, wenn auch Vertreter der Heeresverwaltung hinzugezogen würden, die ohnedies auf dem Gebiet der Massenverpflegung reiche Erfahrungen haben und jetzt im Krieg neben den Leistungen im Feld in einer Reihe von Gefangenenlagern durch Errichtung und Betrieb eigener Küchen Tüchtiges geschaffen haben.²)

 IN Musterbeispiel, wie man Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung nicht betreiben darf, ist die Behandlung der Kartoffelfrage. Man könnte füglich über diese Affäre aus Schonung für manche der Mitwirkenden schweigend hinwegsehen, wenn nicht in den jüngsten Tagen wieder einige Verkünder der Kartoffelnot aus den Winter- und Frühlingstagen durch wort- und zahlenreiche Erklärungen die Öffentlichkeit zu überzeugen versucht hätten, daß nur durch sie Deutschland vor einer Kartoffelnot gerettet worden wäre, und außerdem die Kartoffelnot eigentlich doch bestände. Zunächst muß in Erinnerung gerufen werden, daß enorme Kartoffelmengen im Juni den Kartoffeltrocknereien zugeführt wurden, daß Stärkefabriken herangezogen

²) Ende Juni dieses Jahres fand in Berlin ein Kursus für Verpflegungsoffiziere der Gefangenenlager statt, dessen Verhandlungen eine reiche Quelle der Orientierung über eine erfolgreiche Organisation der Massenernährung bilden.

werden mußten, um die Kartoffelüberschüsse vor dem Verderben zu bewahren, daß man schließlich den landwirtschaftlichen Brennereien Kartoffeln zur Gewinnung von Spiritus überwies, um den Segen zu bergen. Natürlich waren die Warnungen gegen die vermeintlich bevorstehende Kartoffelnot sehr gut gemeint; sie kamen nur aus unzulänglicher Kenntnis der Produktions- und Marktverhältnisse. Wenn jetzt betont wird, daß die Statistik der Reichsregierung über die Kartoffelbestände vom 15. März, die nur auf Schätzungen beruhte und beruhen konnte, den Anstoß zur Sorge um die Kartoffelbeschaffung gegeben hat, so ist diese Darstellung nicht einwandfrei; denn die Behauptungen, daß die Kartoffelbestände für die menschliche Ernährung nicht ausreichen würden, sind schon viele Wochen vorher aufgestellt worden, sie führten bekanntlich auch zu einer wilden und überstürzten Abschachtung von Schweinen, die in einem erheblichen Maß die Ursache der Schweinefleischteuerung bildet.³⁾ Zu den unermüdlichsten Vertretern der Lehre von der unvermeidlichen Kartoffelnot gehörten einige Wissenschaftler, die die Ablehnung ihrer mißglückten Prophezeiungen gar noch als einen Angriff gegen die Wissenschaft hinstellen möchten. Kann schon der Irrtum eines oder mehrerer Wissenschaftler nicht der Wissenschaft zur Last gelegt werden, so ist in dem vorliegenden Fall davon um so weniger die Rede, als gerade diejenigen, die am lautesten Beschwerde führten, ganz andere Fächer als Agronomie und Nationalökonomie vertreten. Ihre Kartoffelpolitik betrieben sie nie als Fachgelehrte, zur Verteidigung der unwissenschaftlichen Kartoffelstrategie darf deshalb die Wissenschaft am wenigsten reklamiert werden.

Besser als viele Erörterungen führt die folgende Offerte, die ein Elberfelder Großgeschäft unter dem 19. Juni dieses Jahres verschickte, in die Verhältnisse ein, die sich in der Kartoffelversorgung Ende Mai und Anfang Juni herausgebildet hatten:

»Ich habe von verschiedenen Städten größere Posten Kartoffeln gekauft, die ich nachstehend offeriere, solange der Vorrat reicht. Es handelt sich ausschließlich um Ware, welche in den Monaten März bis Mai bezogen worden ist und erst von Ende Mai ab, von welchem Zeitpunkt ab die Kartoffeln bekanntlich knapp werden sollten, an die Bevölkerung abgegeben werden sollte. Die Kartoffeln sind zurzeit in tadelloser, einwandfreier Qualität eingetroffen und genehmigt worden, haben aber inzwischen durch die Lagerung zum Teil gelitten. Ich offeriere: 1. Magnum bonum, Up to date, Industrie, zeitgemäß gute, gesunde Speiseware, lediglich etwas gekeimt und nicht mit über 2% naßfaulen Knollen besetzt zu Mark 2,70. Die Keimung ist nicht stark, wie ich ausdrücklich betonen möchte, weil diese Kartoffeln nicht zu hoch ausgeschüttet in kühlen Schiffsräumen gelegen haben. Die Ware ist meines Erachtens unabgekeimt als einwandfreie Speiseware an Kleinhändler schlank verkäuflich. 2. Die gleichen Sorten, zum Teil mit einander vermischt, auch mit runden Weißen vermischt, wie sie gerade fallen, weil stellenweise bei Überladung aus den Waggonen in die Schiffsräume die einzelnen Sorten nicht scharf von einander getrennt wurden. Diese Partien enthalten einen etwas größern Prozentsatz an faulen Knollen, sie sind teilweise etwas stärker gekeimt, die Qualität ist durch Besatz an vereinzelt trockenfaulen, angehackten, welken Knollen etwas minderwertig. Immerhin sind bei sorgfältiger Sortierung mindestens 70, wahrscheinlich 80 bis 85% gute Speisekartoffeln hieraus zu gewinnen. Preis für diese Sorten Mark 2,00. 3. Diejenigen Partien, die stark mit faulen Knollen besetzt und stark gekeimt, sind zum Preise von Mark 1,00. Bei diesen Partien garantiere ich für

³⁾ Der Simplicissimus konnte am 6. Juli mit Recht spotten:

-Schließlich: Aus Kartoffeln bäckt man Kuchen,
Oder auch man brennt sie höchst verschmizt;
Aber jenen Mann muß man noch suchen,
Der aus Würsten wieder Schweine schnitzt.-

nichts, es sind eben heute nur Futterkartoffeln in allen möglichen Sorten, die die Lagerung nicht gut überstanden haben und schätzungsweise 50 bis 70 % gute Kartoffeln enthalten. Die Preise verstehen sich für 50 Kilo, lose verladen, waggonfrei Parität Düsseldorf-Duisburg.«

Waren einmal die Schätzungen der Kartoffelbestände verschiedener Professoren falsch, wozu die unzureichende Erntestatistik beitrug, deren Charakter allerdings kein Geheimnis war, so mußten sie noch um so irriger werden, weil die mechanische Berechnung über das Schwinden der Vorräte durch Verfütterung an die Schweine nach der Zahl der vorhandenen Schweine zu Ergebnissen führte, die von der Wirklichkeit sich immer mehr entfernten. Durchschnittlich waren die Ernten der letzten Jahre wohl nicht unbeträchtlich größer als sie in der Statistik erschienen. Einwandfreie Erntefeststellungen könnten wir zum erstenmal in diesem Jahr wenigstens für Getreide erhalten, da die gesamte Ernte beschlagnahmt wird. Für Kartoffeln dürften die statistischen Angaben hinter den tatsächlich erzielten Mengen in der Regel noch stärker zurückgeblieben sein, da von der Statistik der Selbstverbrauch auf kleinen Stellen meist gar nicht erfaßt wird. Aber sieht man davon und von manchem andern Umstand ab, der bei der landläufigen Schätzung der Ernten unberücksichtigt bleibt, so hat die Verbreitung der falschen Berechnungen selbst sehr wesentlich dazu beigetragen den Wirrwarr der Kartoffelversorgung zu erhöhen, weil die Bevölkerung dadurch in einem früher unbekanntem Maß zur Vorversorgung angetrieben wurde. Haushaltungen, die sonst kaum 30 und 40 Pfund Kartoffeln auf einmal bezogen, schafften sich mehrere Zentner an, die aber zunächst nicht angerührt sondern sorgsam für später gehütet wurden. Als dann die statistischen Erhebungen kamen, sind die privaten Vorräte vielfach auch nicht annähernd in ihrem ganzen Umfang in der Statistik erschienen. Deshalb muß man die Anschauung revidieren, der spätere Kartoffelüberfluß erkläre sich nur daraus, daß die Bestände der Produzenten so sehr viel stärker waren als nach der Statistik angenommen werden konnte. Für diesen Zusammenhang spricht auch die Tatsache, daß nach der Öffnung der Mieten nicht nur das Angebot stärker wurde, sondern gleichzeitig die Nachfrage nachließ. Viele Städte, die zur Versorgung der minderbemittelten Schichten große Kartoffelmengen aufkauften, wissen ein Lied davon zu singen.

Das Unheil der verfehlten Kartoffelpolitik wuchs sich so gefährlich aus, weil zur Rettung der Kartoffeln und des Vaterlands ein förmlicher Ausrottungskrieg gegen die Schweinebestände geführt wurde, um mit den Kartoffelfressern aufzuräumen. Mit heiligem Zorn wurde die Massenabschlachtung von Schweinen gepredigt, jede Mahnung zur Mäßigung wurde mit Spott und Hohn als unverantwortliches Schweinezüchterverlangen zurückgewiesen. Noch lange wird man an die Äußerung denken, daß Schweine selbst als Kadaver verscharrt werden müßten, wenn das Fleischangebot zu stark werden sollte, um Kartoffeln für die menschliche Ernährung durch die Abschlachtung zu gewinnen. Daß die organisierte Abschlachtung aller Schweine mit Ausnahme der Zuchtsauen und der Eber gefordert wurde, gehörte schließlich zu den Selbstverständlichkeiten. Wie überzeugend wußte man auseinanderzusetzen, daß Schweinefleisch zu entbehren sei, wenn nur Kartoffeln in genügender Menge vorhanden blieben. Die Viehzählung am 1. Dezember 1914 ergab im Deutschen Reich 25 339 627 Schweine; nun erhob man stürmisch die Forderung mit Abschlachtungen nicht länger zu zögern. Der Bundesrat

KARL HILDENBRAND · DIE VOLKSFÜRSORGE IM KRIEG



NTER den zahlreichen sozialen Schöpfungen der deutschen Arbeiter, die alle zu ihrem Teil dazu beigetragen haben die Lebenshaltung sowie die physische und geistige Leistungsfähigkeit des arbeitenden Volks in Deutschland auf eine Stufe zu bringen, die es ihm ermöglicht jetzt im Weltkrieg im Feld und zu Hause in so hervorragender Weise dem Allgemeininteresse zu dienen, ist die Volksfürsorge die jüngste. Wenn die militärischen Kreise heute mit Sicherheit auf die körperliche und geistige Fähigkeit und Zuverlässigkeit der Millionen Lohnarbeiter aus Stadt und Land im Heer zählen können, wenn sich die Truppen aus diesen Schichten ohne Unterschied und ohne Schwierigkeiten in Reih und Glied neben die Söhne der Wohlhabenden stellen, so sollte man nicht übersehen, daß dies der kulturell so wichtigen Arbeit der deutschen Arbeiterorganisationen im verflossenen Jahrhundert zu danken ist; einer Kulturarbeit, die ebenso in den Kämpfen um Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit, um Erhöhung und Stabilisierung der Löhne, in dem ununterbrochenen Ringen zum Schutz der Gesundheit, um Versorgung in Krankheit und Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kam wie in den Bestrebungen Bildung, Wissen und Können der Arbeiterschaft zu fördern und zu heben. Auch die inneren Verwaltungen von Reich, Staat und Gemeinden haben jetzt reichlich Gelegenheit zu erfahren, daß die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens, die Durchführung ihrer Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung, die Beschaffung der Geldmittel für die Führung des Krieges, daß das alles in der Weise wie es geschieht nicht so funktionieren würde, wenn die großen Massen des Volks nicht durch ihre Organisationen geschult und durch die Hilfe ihrer gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Einrichtungen in stand gesetzt wären durchzuhalten. Es wäre eine segensreiche Errungenschaft dieses Krieges, für die deutschen Arbeiter wie für das ganze deutsche Volk, wenn man allenthalben jetzt einsähe, wie recht die organisierte Arbeiterschaft daran tat konsequent in ihrem Kampf um den wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg durchzuhalten. Damit würde man auch erkennen, daß die soziale Hebung der Arbeiterklasse nicht nur Sache der Arbeiter, vielmehr eine wichtige Aufgabe des Staats und die Vorbedingung für den Kulturaufstieg der Nation in ihrer Gesamtheit ist.

Wie die deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Existenz und ihre Entwicklung nur in stetem Kampf durchsetzen konnten, so stieß auch ihre gemeinsame Schöpfung, die Volksfürsorge, sofort auf den schärfsten Widerstand derjenigen, die von der neuen Institution eine Schädigung ihrer materiellen Interessen befürchteten: der privaten Versicherungsgesellschaften sowie auch verschiedener Behörden, die jenen Gesellschaften Hilfe leisten zu sollen glaubten.¹⁾ Die Geschäftsführung der Volksfürsorge, ihre Maßnahmen und ihre soziale Wirkung gerade auch während des Krieges können nunmehr allen so falsch Beratern die Augen darüber öffnen, wie verkehrt es war der neuen Organisation Schwierigkeiten zu bereiten. Man wird jetzt vielfach wohl einsehen, daß man auch für das Gemeininteresse

¹⁾ Siehe von Elm Die Volksfürsorge und ihre Gegner, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Banc. pag. 770 ff.

wirkt, wenn man den weitesten Kreisen des arbeitenden Volkes die Vorteile der Volksfürsorge zugänglich zu machen sucht.

Die Volksfürsorge wurde ins Leben gerufen, um zunächst die kleine Lebensversicherung (Volksversicherung bis zu 1500 Mark Versicherungssumme), die bis dahin nur von privaten Gesellschaften in kapitalistischer Weise betrieben wurde und dem arbeitenden Volk jährlich gewaltige Summen ungenutzt entzog, dem sozial unvernünftigen oder doch indifferenten Privatunternehmen zu entwenden, sie zu einer Sache des Allgemeinwohls zu machen und dem ganzen Volk ohne jeglichen Unterschied die Lebensversicherung zum Selbstkostenpreis auf genossenschaftlicher Basis zu ermöglichen. Der Gedanke den Hunderttausenden von Versicherten die riesigen Tribute zu ersparen, die sie in Form von Dividenden und Tantiemen alljährlich wenigen einzelnen darbringen, fand erfreulicherweise großes Verständnis beim Volk. Schon im ersten Jahr ihrer geschäftlichen Tätigkeit erzielte die Volksfürsorge einen so großen Versicherungsbestand, daß der Ausbruch des Weltkriegs, der sonst die Anfänge des Versuchs vollständig vernichtet hätte, die Entwicklung der Gesellschaft wohl hemmen, aber ihrer Existenz nicht mehr gefährlich werden konnte. Die kurze Einrichtungszeit von 13 Monaten, nämlich von Anfang Juli 1913 bis Ende Juli 1914, hatte genügt die Werbe- und Inkassoorganisation der Volksfürsorge zu schaffen und sie so zu festigen, daß die Lücken in der Organisation, die durch die Einberufungen zum Kriegsdienst entstanden, sofort wieder ausgefüllt wurden und ein Bestand erhalten werden konnte, der es dem Vorstand ermöglichte über den engen Rahmen der Versicherungsleistungen hinaus an der Linderung der Kriegsnot mitzuwirken.

Die ersten 7 Monate des Jahres 1914 brachten erfreulicherweise ein ebenso günstiges Geschäftsergebnis wie die ersten 6 Betriebsmonate von Anfang Juli bis Ende Dezember 1913. Zu den 70 125 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 12 912 968 Mark am 31. Dezember 1913 kamen bis zum 1. August 1914 93 561 neue Anträge mit einer Versicherungssumme von 18 617 218 Mark. Die 5 Kriegsmonate des Jahres 1914 brachten noch 7453 abgeschlossene Versicherungen, so daß am Ende des Jahres 101 014 Policen mit einer Versicherungssumme von 20 455 155 Mark als Ergebnis des Jahres 1914 zu buchen waren. Nach dem durch den Krieg veranlaßten Abgang und den bedingungsgemäß notwendig gewordenen Umwandlungen von Kapital- in Sparversicherungen ergab sich Ende 1914 folgender Versicherungsbestand:

Anzahl und Art der Versicherungen	Versicherungssumme Mark
104 862 Kapitalversicherungen	24 241 330
56 870 Sparversicherungen	720 345
1 737 Risikoversicherungen	653 596
163 469 Versicherungen	25 615 271

Die Zahl der Versicherungen, die dadurch eingestellt wurden, daß die Prämien nicht weitergezahlt werden konnten, ist angesichts der Wirkungen des Krieges auf die Einkommensverhältnisse der Arbeiter nicht erheblich. 2751 Policen, für die die Einzahlungen so gering waren, daß sich bedingungsgemäß eine Umwandlung in Sparversicherung nicht durchführen ließ,

verfielen; 23 747 wurden in Sparversicherungen umgewandelt und können jederzeit wieder in den alten Stand versetzt werden. Hier wirkt die von der Volksfürsorge im Interesse der Versicherten durchgeführte Reform, nach der Prämien in einem Betrag von über 1 Mark nicht verfallen können. Bei den meisten privaten Gesellschaften verfallen alle Versicherungen, für die innerhalb der ersten 3 Jahre die Prämienzahlung aufhört, vergütungslos. So sind im Jahr 1914 in der Volksversicherungsabteilung der großen, gut-organisierten Gesellschaft Victoria bei einem Neuzugang von 240 180 Versicherungen im ganzen 442 158 Versicherungen erloschen; davon verfielen vergütungslos 223 748 mit einer Versicherungssumme von 64 Millionen Mark; im Jahr 1913 verfielen 89 641 Versicherungen mit 27 Millionen Mark Versicherungssumme. Das Kapital, das den Versicherten bei den privaten Gesellschaften durch verfallende Prämien verloren geht, beläuft sich sicherlich jedes Jahr auf Millionen.

Die Gesamteinnahme der Volksfürsorge betrug 1914 3 447 291 Mark; dieser stand eine Gesamtausgabe von 3 275 344 Mark gegenüber, so daß sich ein Überschuß von 171 947 Mark (im Jahr 1913 66 066 Mark) ergab. Bei der Verteilung dieses Überschusses zeigte sich der gemeinnützige und soziale Charakter der Volksfürsorge. Unter Ausschaltung aller Tantiemen wurden 96 115 Mark, das sind 5 % der eingezahlten Prämien der mit Gewinnbeteiligung Versicherten, der Gewinnreserve dieser Versicherten zugewiesen, die zur Erhöhung der an die Versicherten zur Auszahlung kommenden Versicherungssummen dient. Dem gesetzlichen Reservefonds, dem Organisationsfonds, dem Fonds für besondere Reserven und dem Kriegsreservefonds wurden je 5 %, das sind je 8597 Mark zugewiesen. Bei der Gründung der Volksfürsorge war das Kriegsrisiko, das bei dem Ausbruch des Kriegs nach so kurzem Bestand die Gesellschaft und die Versicherten in gleichem Maß gefährdet hätte, nicht übernommen sondern die Bildung eines Kriegsreservefonds beschlossen worden, aus dem die Angehörigen der im Krieg Verstorbenen entschädigt werden sollten. Um ihn zu füllen, schlug die Verwaltung den Aktionären (gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen) vor auch in diesem Jahr auf die ihnen zustehende 4prozentige Verzinsung des von ihnen bar eingezahlten Aktienkapitals im Betrag von 40 000 Mark zugunsten des Kriegsreservefonds zu verzichten. Obgleich diese Organisationen in ihren eigenen Geschäftsbetrieben für den Krieg und die von ihm betroffenen Mitglieder schon sehr große finanzielle Opfer bringen, stimmten sie dem Vorschlag zu, und die Volksfürsorge wird so nach Schluß des Kriegs durch diesen Verzicht 51 900 Mark an die Hinterbliebenen der im Krieg gefallenen Versicherten zur Auszahlung gelangen lassen. Um nach dieser Richtung noch weiter helfen zu können, hat der Vorstand der Volksfürsorge schon im September eine besondere Kriegsversicherungskasse errichtet, deren Verwaltung er unentgeltlich führt.²⁾ Diese Kasse stellt für jeden Kriegsteilnehmer Anteilscheine, bis zu 20 Stück, zu je 5 Mark aus, und die dafür eingezahlte Gesamtsumme kommt 6 Monate nach Friedenschluß ohne Abzug für Verwaltungskosten restlos unter den Angehörigen der im Krieg oder an den Folgen des Kriegs verstorbenen Versicherten zur Auszahlung. Bei dieser Kasse waren bis zum 23. Juli 1915 49 400 Anteilscheine für 34 487

²⁾ Siehe die Rundschau Genossenschaftsbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1140, und 1915, 1. Band, pag. 204.

schreiben und eine strenge staatliche und kommunale Kontrolle einführen. Der Milchhandel soll konzessioniert werden. Die natürliche Folge des Milchgesetzes müßte die Zentralisierung des Milchvertriebs, die Errichtung kommunaler Milchzentralen sein. Das bedeutet eine staatliche Regelung der Milchproduktion und eine Monopolisierung des Milchvertriebs und der Erzeugung von Milchprodukten: Butter, Käse usw. Der Anfang ist damit auch schon gemacht worden. Die Mannheimer Milchzentrale stellt die erste Verwirklichung der Idee der kommunalen Milchversorgung in Deutschland dar. Ihre bisherige Entwicklung ist der beste Beweis dafür, daß auf diesem Weg die Milchfrage gelöst werden muß.

Die Milch ist das wichtigste Nahrungsmittel nach dem Brot. Für die Volksgesundheit und die Volkskraft kommt aber keinem andern Nahrungsmittel eine solche Bedeutung zu wie der Milch. Denn die Milch dient der Aufzucht der Menschen, also der Fortpflanzung des Menschengeschlechts. Von ihrer Beschaffenheit wird die Säuglingssterblichkeit stark beeinflußt, also die Volksvermehrung und somit die Wehrkraft der Nation. Bei ihrer heutigen Art der Gewinnung und des Vertriebs ist die Milch aber auch die Verbreiterin zahlreicher Krankheiten, wie Typhus, Tuberkulose, ansteckender Hautausschläge usw. Von den bisherigen Typhusepidemien sind 17 % durch den Genuß verseuchter Milch hervorgerufen worden. An die Beschaffenheit der Milch sind deshalb hohe hygienische Ansprüche zu stellen. Etwa ein Drittel der insgesamt in Deutschland erzeugten Milch findet direkt Verwendung als Vorzugs- und als Haushaltungsmilch, die übrigen zwei Drittel werden zu Butter, Käse und (in beschränktem Umfang) zu Milchkonserven verarbeitet. Die höchsten Anforderungen in hygienischer Hinsicht müssen an die Kinder- und Trinkmilch (Vorzugsmilch) gestellt werden, zumal die neueren Forschungen dazu geführt haben, daß von verschiedenen Seiten die rohe, einwandfrei gewonnene und behandelte Kuhmilch als Säuglingsnahrung empfohlen wird. Es hat sich herausgestellt, daß der rohen Milch Eigenschaften zukommen, die der vorbehandelten (pasteurisierten und gekochten) fehlen. Durch das Erhitzen der Milch wird ein beträchtlicher Teil des Lezithins zerstört, jenes wichtigen Stoffes, an dem die Kuhmilch überhaupt arm ist, die Verdaulichkeit der Eiweißstoffe wird herabgesetzt und die von vielen Forschern der Milch zugeschriebenen Schutzstoffe gehen zugrunde. Die sterilisierte Milch soll nicht imstande sein eine genügende Knochenbildung beim Säugling zu bewirken, weil das Sterilisieren einen großen Teil der Kalksalze in einen Zustand versetzt, in dem sie nicht mehr vom kindlichen Organismus ausgenutzt werden können. Derartige Milch soll in vielen Fällen beim Säugling zur Blutarmut, Rhachitis und Barlowscher Krankheit geführt haben.¹⁾ Diejenige Milch hat also für die menschliche Ernährung den größten Wert, die so beschaffen ist, daß sie unbedenklich auch in nicht erhitztem Zustand verzehrt werden kann. Selbstverständlich muß auch diejenige Milch, die im Haushalt verwendet oder zu Butter und Käse verarbeitet wird, hygienisch einwandfrei sein. Und selbst für die zur Verfütterung gelangenden Molkereirückstände ist es von großer Bedeutung, daß ihrer hygienischen Beschaffenheit allgemein die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werde.

¹⁾ Siehe Müller-Lenhartz Hygienisch einwandfreie Milch, ihre Gewinnung, ihre Behandlung und ihr Wert, Berlin 1914/, pag. 8.

Eine solche hygienisch einwandfreie Milch läßt sich nur bei staatlicher Überwachung und Regelung der Milchgewinnung und des Milchvertriebs erzielen. Die derzeitige Milchkontrolle durch die städtische Polizei hat wenig zu bedeuten. Ob eine Milch 2,7 oder 3,2 % Fett enthält, ist viel weniger wichtig als daß sie rein und gesund ist. Zweckwidrig ist die Festsetzung von Grenzen für das spezifische Gewicht der Milch. Da das Fett ein besonders geringes spezifisches Gewicht besitzt, so kann es hiernach vorkommen, daß bei der Kontrolle eine recht fettreiche, also sehr gute Milch wegen ihres zu niedrigen spezifischen Gewichts beanstandet wird. Wichtiger ist die Festlegung einer maximalen Schmutzgrenze wie auch einer höchsten, zulässigen Keimzahl pro Kubikzentimeter Milch. Aber erreicht wird die hygienische Anforderung an die Milch ganz allgemein ja nur, wenn die Kontrolle bei der Milchproduktion einsetzt, also im Stall. Es steht fest, daß die Tuberkuloseverseuchung des Rindviehs nicht gering ist. Im Jahr 1899 wurden in Berlin etwa 153 000 Rinder einschließlich der Kälber geschlachtet, von denen sich etwa 30 000, das ist 20 % als tuberkulös erwiesen. Schätzt man den Rindviehbestand in Deutschland auf 18 Millionen, so sind hiernach 3,6 Millionen Rinder tuberkulös. Noch ungünstiger stellt sich das Verhältnis, wenn man nur die Kühe berücksichtigt. So wurden im selben Jahr von 48 000 in Sachsen geschlachteten Kühen 20 000, also 35 %, als tuberkulös befunden. Je älter die Kühe sind, um so zahlreicher scheinen sie der Tuberkulose zum Opfer zu fallen. Von 14 684 in Berlin geschlachteten, über 4 Jahre alten Kühe sollen 14 556, das ist 99 % tuberkulös gewesen sein.²⁾ Die Tuberkulinprobe ist freilich kein sicheres Mittel zur Feststellung der Tuberkulose. Immerhin enthalten etwa 10 bis 15 % der Handelsmilch Tuberkelbazillen. Auch die Euterentzündungen, die oft lange unentdeckt bleiben, verseuchen die Milch und rufen dadurch Krankheiten, vielfach gefährliche Hautausschläge bei Kindern hervor. Der Typhuserreger kann dadurch in die Milch gelangen, daß die Melkeimer oder Melkkannen mit verseuchtem Wasser ausgespült wurden, aber auch dadurch daß das Melkpersonal mit der Krankheit behaftet war. Auch Scharlach und Diphtheritis werden auf diese Weise verbreitet. Es wurde einmal beobachtet, daß die Keimzahl in der Milch (pro Kubikzentimeter) von 24 000 auf 900 000 stieg, als die Melkerin das unruhige, nicht ganz saubere Tier mit der Hand berührte. Eine Verunreinigung und Verseuchung der Milch vollzieht sich auch auf dem Transport zum Konsumenten, im Milchhandel.

Von diesen Tatsachen ausgehend, soll das Reichsmilchgesetz die regelmäßige tierärztliche Untersuchung aller Viehbestände bestimmen. Alle Tiere mit erkennbarer Tuberkulose sollen abgeschlachtet werden. Jeder, der Milch für den direkten menschlichen Genuß produziert, soll dies der Behörde zu melden haben. Die Stallung muß gewissen Ansprüchen an Licht, Ventilation und Reinlichkeit genügen. Die Kühe sind morgens im Freien gründlich zu reinigen, das heißt zu waschen. Die Stallwache hat sowohl am Tag wie in der Nacht dafür zu sorgen, daß die Exkremente jeder einzelnen Kuh sofort entfernt werden. Die Euter der Tiere sind vor jedem Melken mit Formalinlösung abzuwaschen und darauf trocken zu reiben. Allmonatlich werden sämtliche Kühe nach dem Melken auf Euterverände-

²⁾ Siehe Müller-Lenhartz, loc. cit., pag. 20.

rungen untersucht. Jede neueingestellte Kuh muß einer gründlichen Untersuchung unterzogen werden. Das Melkpersonal soll in kurzen Zeitabschnitten, etwa jeden Monat, ärztlich untersucht werden. Es soll stets in sauberem Anzug und sauberer Kopfbedeckung zu erscheinen haben, vor dem Melken jeder Kuh die Hände mit heißem Seifenwasser bürsten und mit kaltem Wasser nachspülen müssen usw.

Solche Vorschriften lassen sich nur bei einer großartigen Organisation der Kontrolle, die sich auch auf den Milchvertrieb erstrecken muß, lückenlos durchführen. Die Ausübung des Milchhandels soll nur denjenigen Personen gestattet werden, denen die behördliche Genehmigung erteilt worden ist. Der Straßenhandel mit Milch und der Milchtransport soll nur in Wagen erfolgen dürfen, die von den Behörden gebilligt sind (nicht offene Wagen). Die Haushaltungsmilch soll nur in geeigneten Transportgefäßen, die Trink-, Kur- und Kindermilch in Flaschen geliefert werden. Für die Haushaltungsmilch wird eine Kühlung auf mindestens 10°, für die Vorzugsmilch eine solche unter 5° vorgeschlagen. Ohne kommunale Milchzentralen, die die Überwachung aller Milchproduktionsstätten ihres Bezirks übernehmen und den Milchvertrieb regeln und leiten, ließen sich solche Gesetzesbestimmungen nicht durchführen, müßte das Milchgesetz ein toter Buchstabe bleiben.

Die vom hygienischen Standpunkt aus unbedingt notwendigen Maßnahmen müssen deshalb schon zu einer Regelung der Milchversorgung führen, die einem Milchmonopol auf öffentlichrechtlicher Grundlage gleichkommt. Eine Regelung der Milchproduktion und des Milchvertriebs macht sich aber auch im Interesse einer bessern Ernährung des Volks notwendig. Der Nährwert eines Liters Milch ist ungefähr demjenigen von 6 mittelgroßen Hühnereiern gleich. In einem Liter Vollmilch sind nach Soxhlet im Durchschnitt enthalten: 35 Gramm Eiweiß = 200 Gramm knochenfreies Kalbfleisch, 40 Gramm Milchzucker = 200 Gramm Kartoffeln oder 1½ Wecken sowie 34 Gramm Fett, die ausreichen würden, um die Semmeln damit zu bestreichen oder die Kartoffeln zu rösten. Erhöhter Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten ist demnach für die ausreichende und billige Ernährung des Volks von der allergrößten Bedeutung. Mit der zunehmenden Industrialisierung eines Landes oder Gebiets nimmt der Milchkonsum dagegen ab. Der Milchverbrauch Berlins beziffert sich jährlich auf 100,4 Liter pro Kopf der Bevölkerung, der Dresdens auf 119 Liter, Leipzigs auf 86, der in Chemnitz auf 91, während zum Beispiel Freiburg in Baden noch einen Milchkonsum pro Kopf und Jahr von 198,2, Konstanz 185,3, Heilbronn 163,3, München 150,7, Flensburg 176,1, Lübeck 162,3, Hamburg 137,6 Liter aufzuweisen haben.³⁾ Ganz besonders schlimm ist es in dieser Hinsicht im oberschlesischen Industriebezirk bestellt. Während Deutschlands Bevölkerung durchschnittlich pro Kopf 0,4 bis 0,5 Liter Milch täglich konsumiert, beträgt der Tageskonsum an Milch auf den Kopf eines Einwohners von Kattowitz nur 0,3, von Beuthen 0,16, von Königshütte 0,13 Liter, und er wird im ganzen oberschlesischen Montanbezirk »für die arme Bevölkerung berechnet noch geringer anzusetzen sein, wenn man bedenkt, daß die Großkonsumenten, die Bäcker, die Hotels, die Hospitäler, auch nur als Konsumenten von 0,16 und 0,13 Liter in Anschlag gebracht worden sind«. Die

³⁾ Siehe Kretschmar Das ländliche Genossenschaftswesen im Königreich Sachsen /Stuttgart 1915/, pag 408

Ursache dieser betrüblichen Erscheinung ist das geringe Angebot von Milch, »die Milchversorgung ist ungenügend.«⁴⁾ Auch soll die Konsummilch von einer »schlechten und minderwertigen Beschaffenheit« sein. Die Milchproduktion ist ja auch in Deutschland relativ stark zurückgegangen. Im Milchversorgungsgebiet der Städte Hamburg, Altona, Wandsbeck und Harburg kamen bei der Zählung im Jahr 1873 auf 100 Einwohner noch 14,6 Kühe, 1883 nur noch 11,6, 1900 nur 9,2 und 1911 nur 8.⁵⁾ In Württemberg entfielen auf 1000 Einwohner im Jahr 1834 243 Kühe, 1844 228, 1853 245, 1861 271, 1873 253, 1883 233, 1892 246, 1900 235, 1904 227, 1907 241 Kühe.⁶⁾ In den letzten Jahren ist danach wieder eine Besserung eingetreten; dies dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß unter Mitwirkung der Kommunen eine bessere Regelung der Milchversorgung in die Wege geleitet worden ist. Unter den Ländern des Deutschen Reichs gehört Württemberg aber auch zu den kühereichsten Gebieten.

Die deutsche Milchwirtschaft ist bei weitem nicht an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Die Jahresproduktion an Milch beläuft sich gegenwärtig in Deutschland auf etwa 26 000 Millionen Liter. Bei niedriger Schätzung ergibt sich hiernach ein Geldwert von 2½ Milliarden Mark, das ist ein Betrag, der den Wert der deutschen Kohlen- und Eisenproduktion noch übertrifft. Hiervon werden zwei Drittel zu Butter und Käse verarbeitet. Außerdem werden aus dem Ausland jährlich für rund 150 Millionen Mark Rahm, Butter und Käse nach Deutschland eingeführt. Durch eine planmäßige und einheitliche Organisation des Milchvertriebs ließe sich eine wesentliche Erhöhung der Milchproduktion erzielen. Nach den Städten und Industriebezirken muß heute die Milch aus sehr großen Entfernungen herbeigeschafft werden. Für Mannheim zum Beispiel betrug im Jahr 1911 die Höchstzone 258 Kilometer. Die für die Milchversorgung wichtigste Zone ist für Mannheim, wie auch für Saarbrücken, Mühlheim an der Ruhr, Essen, die von 51 bis 60 Kilometer, für Bochum die von 91 bis 100, für Hamburg, Dortmund die von 41 bis 50, für Elberfeld, Duisburg, Dresden, Hamburg, Berlin die von 31 bis 40 Kilometer usw. Hunderte von Ortschaften sind an der Milchlieferung nach einer Stadt wie Mannheim beteiligt. Je volkreicher die Gemeinden werden, desto mehr erweitert sich die Zone, aus der die Milch herbeigeht werden muß, und desto größer wird die Verteuerung durch Fracht und Zwischenhandel. Durch den kommunalen Bezug und Vertrieb der Milch lassen sich aber wesentliche Ersparnisse erzielen, sowohl an Frachtkosten als auch ganz besonders durch Ausschaltung der Händlergewinne. In Hamburg und seinen Nachbarstädten sind noch 1976 Milchhändler tätig, darunter 18 Großhändler. Im Jahr 1913 wurden in Leipzig 1277 Milchhändler ermittelt, über 1000 gibt es in Dresden, 750 in Chemnitz. Vielfach vollzieht sich der Milchhandel noch in der Weise, daß der Großhändler den Bahnbezug organisiert hat. Der *Bahnmilchhändler* gibt die Milch gegen einen Gewinn von 2 bis 4 Pfennig pro Liter an kleinere und größere Händler ab, denen er sie zum Teil, meistens in der Nacht, zuführt. Diese Großhändler begünstigen das Entstehen zahl-

⁴⁾ Siehe Die Milchversorgung norddeutscher Städte und Industriebezirke, 140. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 2. Teil / München 1914/, pag. 60.

⁵⁾ Siehe die in Note 4 zitierte Publikation, pag. 11.

⁶⁾ Siehe Die Milchversorgung in Württemberg, 140. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 4. Teil / München 1914 /, pag. 11.

reicher kleinster Milchhändler, die vielfach mit einer einzigen Kanne Milch von 20 Liter, die sie vom Großhändler gleich auf dem Bahnhof kaufen, ihren Milchhandel beginnen. Vom hygienischen und vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist dieses kleine Händlertum eine bedenkliche Erscheinung. Die Milchkontrolle wird dadurch sehr erschwert, zum Teil unmöglich gemacht. Infolge seiner Zersplitterung muß dieser Milchhandel ganz besonders verteuern auf den Preis wirken. Die Spesen sind so hoch, daß eine Spannung von 4 bis 6 Pfennig pro Liter notwendig ist, damit der Händler auf seine Kosten kommt. Die Einführung eines Reichsmilchgesetzes, wie es von den Hygienikern dringend verlangt wird, also die Regelung der Milchproduktion und des Milchvertriebs nach hygienischen Gesichtspunkten, wird aber noch zu einer Erhöhung der Produktionskosten führen. Ein Preis von 40 bis 60 Pfennig ist notwendig, wenn die Aufwendungen gedeckt werden sollen, die für die Erzeugung einer hygienisch einwandfreien Milch unbedingt notwendig sind.⁷⁾ Bei so hohen Milchpreisen, 40 Pfennig für den Liter Haushaltungsmilch, 60 Pfennig für den Liter Säuglingsmilch, wäre eine wesentliche Steigerung des Milchkonsums schwerlich zu erreichen. In den Städten stieg der Preis für Haushaltungsmilch vor dem Krieg nicht oder nur ausnahmsweise über 24 Pfennig pro Liter. Teilweise betrug er nur 18 bis 22, in kleineren Städten nur 16 bis 18 Pfennig. Die Niedrighaltung der Preise auch für eine hygienisch einwandfreie Milch kann nur durch Ausschaltung des ganzen Zwischenhandels, durch eine zentralisierte Organisation des Milchvertriebs auf öffentlichrechtlicher Grundlage erzielt werden.

Während in allen Städten im Lauf der Jahre eine Steigerung der Milchpreise zu verzeichnen ist, trat in Mannheim, und von allen badischen Städten nur in Mannheim, im Jahr 1913, nachdem im März 1912 die städtische Milchzentrale eröffnet worden war, eine Preisermäßigung ein. Daraus ergibt sich, daß die Milchpreise auch bei Beobachtung der hygienischen Anforderungen mindestens nicht erhöht zu werden brauchen, sofern eine zweckmäßige Regelung des Milchvertriebs erfolgt. Denn die Mannheimer Milchzentrale liefert eine qualitativ gute Milch zu einem verhältnismäßig niedrigen Preis und hat trotzdem im ersten Betriebsjahr noch einen kleinen Reingewinn erzielt. Die Unkosten im Jahr 1913 betragen:

Ausgabeposten	Ausgaben	
	im ganzen Mark	pro Liter Pfennig
Wasser	2 157,30	0,07
Mieten	2 639,29	0,08
Elektrizität	4 547,49	0,15
Pferdeunterhalt	9 224,54	0,30
Löhne	50 932,79	1,58
Versicherung	2 457,07	0,08
Reklame	1 354,59	0,04
Reparaturen	3 368,51	0,01
Allgemeines	27 096,04	0,88
Abschreibung	10 483,29	0,33
zusammen	114 260,91	3,52

Demnach betragen die Unkosten 3,52 Pfennig pro Liter, während in Dresden

⁷⁾ Siehe Müller-Lenhartz, loc. cit., pag. 10.

und Leipzig durch die Zwischenunternehmer der Liter um 7 bis 8 Pfennig verteuert wird. Die Entwicklung der Mannheimer Milchzentrale hat aber auch erst begonnen; je höher der Umsatz wird, desto geringer werden sich, sobald einmal alle nötigen Einrichtungen angeschafft sind und eine regelmäßige Amortisation vorgenommen wird, die Unkosten pro Liter voraussichtlich gestalten. Während bei Eröffnung der Zentrale nur einige 100 Liter täglich verkauft wurden, stieg der Umsatz bis Ende März 1913 auf zirka 6000 Liter und hatte im vorigen Jahr bereits die Höhe von 10 000 Liter erreicht. Neben einer Ausgabestelle in der Zentrale und etwa 8 Verkaufsstellen in der Stadt besorgen ungefähr ein Dutzend Verkaufswagen die Verteilung der Milch an die Konsumenten. Was die Güte anlangt, so wird die von der Zentrale verkaufte Milch als von durchaus erster Qualität bezeichnet. Auch Milchprodukte, Butter, Käse usw., stellt die städtische Milchzentrale her. Im Jahr 1913 betrug der Milchpreis in Mannheim 22 Pfennig pro Liter, gegen 24 im Jahr 1912 und 23 im Jahr 1911.⁸⁾

Die Mannheimer Milchzentrale stellt noch kein Monopol dar. Ein Reichsmilchgesetz aber müßte den Kommunen mindestens das Recht verleihen, vielleicht unter gewissen Voraussetzungen sogar die Pflicht auferlegen die Versorgung der Einwohner mit Milch in eigener Regie mit Monopolcharakter zu betreiben. Auch kleine Städte und Industriedörfer können solche Milchzentralen errichten. Eine finanzielle Belastung der Gemeinden tritt durch sie nicht ein, das nötige Anlagekapital ist nicht groß. Die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit einer gesunden, hygienisch einwandfreien, nahrhaften und dennoch relativ billigen Milch kann auf diese Weise erreicht werden. Der Ernährungszustand des Volks würde dadurch wesentlich verbessert werden, die Volkskraft eine Stärkung erfahren. Das Milchmonopol auf dieser Grundlage würde auch den Milchproduzenten zum Vorteil gereichen und somit die Milchproduktion fortgesetzt steigern. In Verbindung mit der staatlich-kommunalen Brotversorgung⁹⁾ würde es den wesentlichsten Teil des immer brennender werdenden Lebensmittelproblems der Lösung entgegenführen. Seine Entwicklung hat ja auch bereits begonnen; sie zu beschleunigen wäre eine Aufgabe der Kriegsfürsorge. Nach dem Krieg wird sie zum Abschluß gebracht werden müssen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Vereinigte Staaten und Deutschland Die neueste Amerikanote, die in Berlin auf dem Auswärtigen Amt am 23. Juli überreicht wurde, bedeutet einen Rückfall in die Tonart und Haltung der ersten Wilsonschen Drohnote vom 15. Mai, kurz nach der Versenkung der Lusitania. Danach gewinnt das, auch

kaum jemals ernstlich bestrittene Gerücht an Wahrscheinlichkeit, daß die dazwischenliegende mildere Note wesentlich anders lautete als der ursprüngliche Wilsonsche Entwurf dazu, der den Staatssekretär Bryan zur Amtsniederlegung und zur Eröffnung einer eifrigen Friedenspropaganda veranlaßte. Die Wilsonsche Parteinahme für England trat damals, in der ersten Verblüffung über den Bryanschen Schritt, etwas zurück,

⁸⁾ Siehe Die Milchversorgung der Stadt Mannheim, 140. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 5. Teil / München 1914 /, pag. 71 ff. und 91.

⁹⁾ Siehe meinen Artikel Die Sozialisierung des Brotes, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 575 ff.

aber sie ist jetzt von neuem zum Durchbruch gelangt. Manches in dem Schriftstück mutet wie gewollte Silbenstecherei an. So, wenn sein Verfasser die deutsche Regierung darauf festzunageln versucht: Deutschland habe die Gesetzwidrigkeit seines ganzen Tauchbootkampfverfahrens zugestanden, indem es auf seine Zwangslage und auf die Notwendigkeit der »Vergeltung« hinwies; »denn die Vergeltungshandlung eines Kriegführenden ist an und für sich ein Handeln außerhalb des Gesetzes, und die Verteidigung einer Maßnahme als Vergeltungsmaßnahme bedeutet das Zugeständnis, daß sie ungesetzlich ist«. Auch nicht ein Satz der deutschen Note berechtigt zu einer solchen Auslegung, die sich lediglich auf die Vieldeutigkeit des Wortes Vergeltung stützt. Nur ganz beiläufig wird das Zugeständnis gemacht, die Regierung der Vereinigten Staaten sei »nicht uneingedenk der außergewöhnlichen, durch diesen Krieg geschaffenen Verhältnisse oder der grundlegenden Veränderungen der Umstände und der Arten des Angriffs, die durch den Gebrauch von Werkzeugen der Seekriegführung hervorgerufen worden sind, wie sie die Völker der Welt nicht im Auge haben konnten, als die geltenden Regeln des Völkerrechts festgelegt wurden«. Die amerikanische Regierung sei bereit »jede vernünftige Rücksichtnahme« auf diese neue und unerwartete Gestaltung der Seekriegstechnik walten zu lassen. Aber sie könne nicht zugeben, daß ein wesentliches oder grundlegendes Recht ihres Volkes »wegen einer bloßen Änderung der Verhältnisse« beiseite gelassen werde. »Die Rechte der Neutralen«, heißt es alsdann in doktrinärem Ton weiter, »beruhen auf Grundsätzen, nicht auf Zweckmäßigkeit, und die Grundsätze sind unabänderlich. Pflicht und Obiegenheit der Kriegführenden ist es einen Weg zu finden ihnen die neuen Verhältnisse anzupassen.« Deshalb wird die Forderung wiederholt, daß Charakter und Ladung eines Handelsschiffs festgestellt sein müssen, ehe es rechtmäßigerweise beschlagnahmt oder zerstört werden kann, und daß das Leben von Nichtkämpfern auf keinen Fall in Gefahr gebracht werden dürfe, es sei denn das Schiff leiste Widerstand oder versuche zu entfliehen, nachdem die Aufforderung erging sich der Durchsuchung zu unterwerfen. Das Anerbieten bestimmte Passagierdampfer für die »Nichtkämpfer« durch eine deutsch-

amerikanische Vereinbarung sicherzustellen und so durch einen einfachen praktischen Schritt über das Gebiet endloser und aussichtsloser völkerrechtlicher Prinzipienkämpfe hinauszukommen wird rundweg abgelehnt: Gerade eine solche Vereinbarung würde stillschweigend andere Schiffe widerrechtlichen Angriffen aussetzen und würde eine Beeinträchtigung und demgemäß ein Aufgeben der Grundsätze bedeuten, für die die amerikanische Regierung eintritt.« Man wird dann nur wünschen können, daß Amerika die gleiche grundsätzliche Festigkeit entfaltet, falls England die Baumwolle zur absoluten Konterbande erklären und für den ausfallenden Export nach Deutschland Entschädigung durch große Aufkäufe gewähren möchte. Der Rechtsfall, rein doktrinär behandelt, würde dann gegen Englands Baumwollvorschlag ganz der gleiche sein wie gegen Deutschlands Ersatzdampferplan, und Optimisten könnten hier sogar die vorbehaltene Gelegenheit zu einem geschickten vermittelnden Schachzug Amerikas erblicken. Wie das Hervortreten einer zweiten, versöhnlicheren Strömung im Wilsonschen Kabinett sieht allenfalls auch die folgende Stelle der Note aus: »Die Ereignisse der letzten 2 Monate haben klar gezeigt, daß es möglich und ausführbar ist die Operationen der Unterseeboote . . . in wesentlicher Übereinstimmung mit den anerkannten Gebräuchen einer geordneten Kriegführung zu halten. Die ganze Welt hat mit Interesse und mit wachsender Genugnung auf die Darlegung dieser Möglichkeit durch die deutschen Seebefehlshaber geblickt. Es ist mithin offenbar möglich das ganze Verfahren bei Unterseebootangriffen der Kritik, die es hervorgehoben hat, zu überheben und die Hauptursachen des Anstoßes zu beseitigen.« Am meisten jeder optimistischen Auffassung widerspricht der Schluß des Schriftstücks, »daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Wiederholung von Handlungen, die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe in Verletzung der neutralen Rechte begehen sollten, falls sie amerikanische Bürger betreffen, als vorsätzlich unfreundliche Akte betrachten müßten.« Bis jetzt ist nur so viel sicher, daß England mit dieser, nicht unerwarteten Stellungnahme sehr zufrieden ist. Dagegen dürften die Kabelmeldungen über die unaufhaltsame, fast einmütig deutschfeindliche Stimmung in den Ver-

einigten Staaten übertrieben sein. Alles Weitere hängt nunmehr von der festen Haltung der deutschen Regierung ab und von den inneren Parteikämpfen Amerikas; denn mehr und mehr spielt das Ringen um die nächste Präsidentschaftskandidatur in diese Auseinandersetzungen mit hinein.

× **Mitteeuropäische Handelspolitik** ×

Zwei gleich charakteristische Kundgebungen sind in der Frage der handelspolitischen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn aus der letzten Zeit zu verzeichnen.

Am 20. Juli warnte das Wiener Fremdenblatt, offenbar unter amtlicher Anregung, nicht nur vor phantastischen Plänen und uferlosen Projekten, die man als gleichgültige, wenn auch unerfreuliche Nebenerscheinungen beiseite lassen könne, sondern auch, bei aller Anerkennung des Grundgedankens, vor einer »Fortführung der Diskussion im gegenwärtigen Augenblick. . . Es bedarf keiner besondern Hervorhebung, daß alle verantwortlichen Faktoren der Monarchie es als eine ihrer obersten und willkommensten Aufgaben betrachten die engsten Beziehungen zum Deutschen Reiche und die treue Waffenbrüderschaft, die so glückverheißende Erfolge gezeitigt hat und (wir dürfen es hoffen) noch weiter zeitigen wird, auf das sorgfältigste zu hegen und zu pflegen. Das ist heute nicht mehr bloß eine Sache der nüchternen Staatsräson sondern auch des Gemütes und der tiefwurzelnden Empfindung. Es ist aber selbstverständlich, und alle verantwortlichen Männer der beiden Reiche gleichwie alle einsichtsvollen Wirtschaftspolitiker sind sich klar darüber, daß ökonomische Fragen, die ja vom Standpunkt der beteiligten Wirtschaftskreise vor allem geschäftliche Fragen sind, nicht nach Gefühlsmomenten sondern ausschließlich aus dem Gesichtspunkte der wohlabgewogenen beiderseitigen Wirtschaftsinteressen und des Schutzes der heimischen Produktion behandelt werden müssen.«

Unterdes haben am 23. und 24. Juli die beiderseitigen mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine auf einer vertraulichen Besprechung in Berlin versucht dem allseits gebilligten Grundgedanken eine bestimmtere Form zu geben. Bisher sind nur die folgenden Beschlüsse veröffentlicht: »1. Die der wirtschaftlichen Annäherung zu gebende Form soll die zoll- und wirtschaftspolitische Bevorzugung sein, die einen fortschreiten-

den Ausbau zuläßt. Demgemäß ist 2. wünschenswert, daß Deutschland und Österreich-Ungarn in den Friedensverhandlungen erklären, daß die Begünstigungen, welche sich Deutschland, Österreich und Ungarn gewähren, in Anbetracht des Bundes- und Freundschaftsverhältnisses zwischen ihnen als Vorzugszölle von der allgemeinen Regel der Meistbegünstigung ausgenommen werden. 3. Es ist die Aufstellung gemeinsamer Richtlinien in den Handelsvertragsabmachungen mit anderen Staaten vorzusehen, und zwar in der Richtung, daß solche Handelsvertragsverhandlungen womöglich gleichzeitig unter gegenseitiger Unterstützung geführt werden sollen. 4. Mit tunlichster Beschleunigung sollen in den 3 Wirtschaftsgebieten alle Maßnahmen gesetzlicher und verwaltungstechnischer Natur, die zur Entwicklung der Produktion, des Handels, des Verkehrs und der Finanzwirtschaft ihrer Länder notwendig erscheinen, im Sinne der Annäherung beziehungsweise Vereinheitlichung durchgeführt werden, um eine möglichst einheitliche wirtschaftliche und finanzpolitische Gesetzgebung zur weiteren Förderung der Annäherung zu erreichen.«

× **Kriegsschriften** ×

Eigenartig anziehend ist eine Schrift Benjamin Segels, betitelt Der Weltkrieg und das Schicksal des jüdischen Volkes /Berlin, Stilke/. Es ist die Stimme eines belesenen und erfahrenen galizischen Juden an die Juden in den neutralen Ländern, insbesondere in Amerika: vor allem gegen die russischen Greuel und Herrschaftsansprüche gerichtet, und zwar unter warmer Anerkennung gerade der vielverlästerten deutschen Kultur und Politik: »Seit Ausbruch des Krieges verfolge ich aufmerksam die Publizistik und die sonstigen Äußerungen des öffentlichen Lebens in Deutschland und muß hier vor aller Welt bezeugen, daß die Deutschen im Hinblick auf die diesbezüglichen Leistungen ihrer Gegner sich mit vollem Recht sagen dürfen: »Wir Barbaren sind doch bessere Menschen.« Wenn man sich der unglaublichen Tatsache erinnert, daß eine verblendete und feile Presse selbst die zahllosen jüdischen Flüchtlinge und Auswanderer, in erster Linie in den Vereinigten Staaten, von der Gerechtigkeit und Güte der Sache des liberalen, freiheitlichen Rußlands zu überzeugen versucht, so wird man die geschickte Segelsche Entgeg-

nung doppelt willkommen heißen müssen.

Das selbe gilt von der Übersetzung einer Rede des Groninger Professors Verrijn Stuart über den Wirtschaftskrieg (aufgenommen in die Deutschen Kriegsschriften /Bonn, Marcus & Weber/). Auch dieser Autor ist überzeugt, daß es der ökonomische Gegensatz zwischen England und Deutschland und die deshalb von England befolgte Politik waren, die zum Krieg führten, und daß ebenso die Mittel der englischen Kriegführung und die englischen Kriegsziele größtenteils wirtschaftlicher Art sind.

Der österreichische Reichsratsabgeordnete Gustav von Pacher wendet sich in der Sammlung Zwischen Krieg und Frieden /Leipzig, Hirtzel/ gegen die Dreiverbandspresse. Zu ihrer Bekämpfung schlägt er zunächst vor: aus der Interparlamentarischen Vereinigung, die vor dem Krieg 4000 Mitglieder zählte, solle sich ein Ausschuß bilden mit der Aufgabe die europäische Presse zu überwachen und Verhetzungen der öffentlichen Meinung entgegenzuwirken.

In der selben Sammlung spricht sich Paul Harms, einer der ernstesten und gebildetsten linksliberalen Publizisten, über die Parteien nach dem Krieg aus, hoffnungsvoll und doch zugleich nicht ohne sich bescheidende Resignation: »Es wäre verkehrt zu glauben, nach dem Kriege werde ein funkelnagelneues Parteeleben vor uns erstehen, fertig und zu Taten gerüstet, wie Pallas Athene dem Haupte des Zeus entsprang. Der Krieg schafft unser inneres Staatsleben nicht von Grund aus um, er räumt nur Hemmungen hinweg und legt dadurch die Wege zu neuen Entwicklungen frei. Welche von diesen Wegen beschritten werden, hängt nicht von den mehr oder minder guten Vorsätzen ab, die uns während des Krieges beseelten. Der Krieg hat bisher nur die Tatsache unzweifelhaft festgestellt, daß in allen deutschen Parteien ein größerer Schatz von Staatsgesinnung verborgen liegt als das böse Gezänk vergangener Tage ahnen ließ. Diese überraschende Enthüllung gibt uns die Zuversicht zu hoffen, daß der Staat als Ganzes, das Deutsche Reich, seinen Weg machen werde; mit welchen Parteien und gegen welche, das vorherzubestimmen haben die Parteien, auch bei den besten Absichten, nicht in der Hand. Sie werden zurzeit nicht mehr tun können als die Wege klar ins Auge fassen, die in die Zukunft zu führen scheinen, auf daß sie,

vor die Entscheidung gestellt, nicht unvorbereitet seien.«

Die ungemein rührige Internationale Korrespondenz des Genossen Baumeister in Berlin-Karlshorst beabsichtigt in möglichst rascher Reihenfolge für die Massenverbreitung billige Broschüren herauszugeben, die den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit vertreten und jeweilig eine besonders brennende Frage oder ein hervorstechendes Argument der Parteiminderheit behandeln sollen. Bisher schrieben Konrad Haenisch über Wo steht der Hauptfeind? und M. Beer, der Verfasser des trefflichen Buchs Der Sozialismus in England, über Jean Jaurès, sein Leben und Wirken. Der Gedanke ist sehr glücklich, die technische Ausgestaltung der Flugschriften ist außergewöhnlich gut. Für den Inhalt burgen die Namen der in Aussicht genommenen Mitarbeiter (Legien, Leipart, Hue, Robert Schmidt, Heine, Umbreit, Winnig, Wissell, David, Wally Zepler und andere).

× **Kurze Chronik** Der Osservatore Romano hat einen neuen Friedensaufruf des Papstes an die kriegführenden Mächte veröffentlicht. Der Papst beschwört die Oberhäupter der Nationen dem Krieg jetzt nach einem Jahr ein Ende zu bereiten. × Zum Jahrestag des Kriegsausbruchs hat der deutsche Kaiser am 31. Juli eine Kundgebung an das deutsche Volk gerichtet, in der des einmütigen Reichstagsvotums vom 4. August 1914 gedacht und die Zuversicht ausgesprochen wird, daß der »einheitliche nationale Wille« einen Frieden herbeiführen werde, der die Bedingungen erfüllt zur ungehemmten Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere. \ In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 28. Juli wurde an den Maßnahmen der Regierung und namentlich des Kriegsamt's außerordentlich scharfe Kritik geübt. Im übrigen spricht aus den langfristigen Vorbereitungen die Entschlossenheit den Krieg fortzusetzen. \ Auf der Tagung des Nationalrats der französischen Sozialdemokratie am 14. Juli hat sich eine nicht unerhebliche Minderheit, bei aller Selbstverständlichkeit der nationalen Solidarität, die auf der Konferenz zutage trat, für eine Verständigung und eine Wiederanbahnung der Internationale ausgesprochen; sie hat dann allerdings im Interesse der Einigkeit der Resolution der Mehrheit zugestimmt. \

Große politische Bedeutung mißt man in den Dreiverbandskreisen der Nachricht bei, die Türkei habe Bulgarien die Abtretung nicht nur der noch auf türkischem Gebiet laufenden Bahnverbindungsstrecke nach Dedeagatsch, dem bulgarischen Hafen am Ägäischen Meer, zugestanden sondern sogar des ganzen zugehörigen Hinterlands, das heißt des bisher türkischen Gebiets westlich der Maritza. Nach dem Konstantinopeler Friedensvertrag vom 30. September 1913 waren Bulgarien auf der türkischen Verbindungsstrecke nur bestimmte Verkehrsrechte gesichert, bis eine allbulgarische Ersatzstrecke weiter westlich fertiggestellt sei. Daß nicht nur diese lästige Anomalie beseitigt sondern zugleich die wichtige ergänzende Gebietsabrundung erreicht wurde, läßt die Dreiverbandspresse auf weitgehende politische Gegenverpflichtungen Bulgariens schließen.

× Literatur

× Durch die Bestrebungen besondere handelspolitisch engverbundene Staaten-
gruppen aus dem sonstigen allgemeinen internationalen Verkehr herauszuheben (mitteleuropäisches Zollbündnis und entsprechende Gegenverbände) haben die früheren Zollvereinsgründungen und -anläufe ein gesteigertes Interesse gewonnen. Die treibenden Kräfte, die Vorteile wie die Schwierigkeiten und Schattenseiten lassen sich durch solche geschichtlichen Vergleiche viel zutreffender werten. Ein ganz hervorragendes Werk hat auf diesem Gebiet Rudolf Sieghart, früher in hohen amtlichen Stellungen an der Regierung des österreichischen Staates beteiligt, jetzt der Leiter der Österreichischen Bodenkreditanstalt, soeben veröffentlicht: *Zolltrennung und Zolleinheit, die Geschichte der österreichisch-ungarischen Zwischenzolllinie* /Wien, Manz/. Die Gegensätze zwischen dem früher rein agrarischen Ungarn und dem schon längst mehr industriellen Österreich, der Ausgleich der völlig verschiedenen Steuersysteme, die Erringung der Zolleinheit, werden hier, fast ganz nach den Akten, bis in die letzten Einzelheiten verfolgt. 1917 ist die Erneuerung des Ausgleichs und der Handelsverträge fällig, und schon deshalb ist das Schlußkapitel besonders wertvoll, das die Vorteile, die Ungarn aus dem jetzigen, wenn auch im einzelnen abänderungsbedürftigen Zustand zieht, beredt entwickelt. Aber auch für die Beziehungen zwischen der Donaumonarchie und dem Deutschen

Reich schöpft man aus dem Buch, unmittelbar und mittelbar, reiche Belehrung und Anregung. × Das Werden des deutschen Zollvereins, die leitenden Ideen der dabei Beteiligten, die Hindernisse in der alten Bundesverfassung und in den sich vielfach unversöhnlich entgegenlaufenden Interessen Preußens und Österreichs, der Hansestädte und Meßplätze und der übrigen Einzelstaaten analysiert Dr. Fritze Borckenhagen in einer der Abhandlungen zur mittlern und neuern Geschichte: *National- und handelspolitische Bestrebungen in Deutschland 1815 bis 1822 und die Anfänge Friedrich Lists* /Berlin, Walther Rothschild/. × In einer lebendigen Darstellung der Grundgedanken von Lists innerer und äußerer Wirtschaftspolitik feiert Karl Kumpmann Friedrich List als Propheten des neuen Deutschlands /Tübingen, Mohr/. × In die hier behandelte Gruppe gehört schließlich auch Dr. A. Stojanows Schrift *Die handelspolitische Situation der Balkanstaaten gegenüber Österreich-Ungarn* /Wien, Perles/. Im Mittelpunkt stehen nämlich dabei der bulgarisch-serbische Zollunionsvertrag von 1905 und das allgemeine völkerrechtliche und vertrags- und zolltechnische Problem der Zollunion. Vor allem gewinnt man jedoch einen tiefen Einblick in die handelspolitischen Grundströmungen und Gegensätze auf dem Balkan und im Verhältnis der Balkanagrarastaaten zu Österreich-Ungarn, der Balkanvormacht und dem Industriexportstaat. × Ganz der umstrittenen zentralmächtlichen Gegenwartsfrage ist dagegen ein sehr sachlicher und lesenswerter Sonderabdruck aus der Bayerischen Handelszeitung gewidmet: Dr. Franz Haushalter *Deutsch-österreichische Zolleinigung* /München, Lindauer/. × Von dem geradezu erstaunlich inhaltsreichen und vielseitigen Handbuch für Heer und Flotte, herausgegeben von Generalleutnant Georg von Alten, /Berlin, Bong/, über dessen Erscheinen und Fortgang hier bereits des öfters berichtet wurde, sind jetzt, den 6. Band eröffnend, die Lieferungen 73 bis 78 (Le bis Me) herausgekommen. Die Ausführung ist in Text, Tabellen, Illustrationen und Karten gleich musterhaft.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Deutscher Genossenschafts-
tag 1915 Trotz der durch den Krieg
geschaffenen außergewöhnlichen Lage haben sich
auch in diesem Jahr die deutschen Kon-

sumgenossenschaften zu ihrer Tagung zusammengefunden, und diese unterschied sich in ihrer äußern Prägung nur durch das Auftauchen einiger Uniformen und allerdings das Fehlen aller ausländischen Gäste von dem gewohnten Anblicke früherer Jahre. Der 12. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbands deutscher Konsumvereine fand am 14. Juni in Frankfurt am Main statt, im großen Saal des Zoologischen Gartens, der bis auf den letzten Platz mit Delegierten besetzt war. Die außerordentlich starke Beteiligung wird freilich verständlich, wenn man bedenkt, welch wichtige Rolle gerade den Konsumvereinen bei der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens seit Kriegsbeginn zugefallen ist und weiter zufallen wird, und wie stark daher das Bedürfnis nach Verständigung und Austausch gemachter Erfahrungen sein mag. Die Anerkennung, die die Konsumvereine für diese Wirksamkeit durch die öffentlichen Organe erfahren haben, fand ihren Ausdruck auch in den überaus sympathischen Begrüßungsreden, die der Bürgermeister der Stadt Frankfurt Dr. Luppe und der Stadtrat und Dozent für Genossenschaftswesen an der Frankfurter Universität Professor Dr. Stein an den Genossenschaftstag richteten. Dr. Luppe betonte, daß die Behörden die Aufgabe die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen zu versorgen nicht hätten erfüllen können, wenn nicht die konsumgenossenschaftlichen Organisationen bereits als Vorbild und als Hilfskräfte vorhanden gewesen wären.

Den Bericht des Vorstands, über dessen Einzelheiten bereits in der letzten Rundschau (in diesem Band, pag. 556 ff.) referiert wurde, erstattete der Generalsekretär Kaufmann. Er schilderte die gewaltige Entwicklung der Bewegung in den letzten 10 Jahren. Er bedauerte aber, daß vor allem die Eigenproduktion der Konsumvereine im Verhältnis zu ihrem Umsatz noch nicht weiter ausgebaut sei. Die Vereine hätten sonst für die Nahrungsmittelversorgung des Volkes während des Krieges noch weit mehr leisten können. So fehlte es an Mühlen, um das Korn, das von der Regierung in ganzen Eisenbahnzügen vom Osten her den Konsumvereinen zugeführt werden sollte, zu vermahlen. Der Versuch Privatmühlen zu pachten scheiterte an dem Widerstand der Mühlenbesitzer, die das gute Geschäft, das sich ihnen infolge des Krieges bot, witterten und ihre Mühlen nicht hergaben. Waren

genügend genossenschaftliche Mühlen vorhanden gewesen, so hätte die bekannte Heraufschraubung der Mehlpreise durch die Müller nicht stattgefunden. Dr. August Müller berichtete sodann über die Tätigkeit des Verbandsvorstands unter besonderer Berücksichtigung der durch den Krieg notwendig gewordenen Maßnahmen, über die in dieser Rundschau (1914, 2. Band, pag. 1139 f., und 1915, 1. Band, pag. 202 ff.) gleichfalls schon berichtet wurde. Er betonte, daß auch die Konsumvereinsbewegung Testamentsvollstreckerin der im Feld Gefallenen sei, und empfahl sodann die Annahme der vom Generalrat beschlossenen Resolution. In dieser Resolution, deren wörtlicher Abdruck sich leider wegen ihrer selbst für moderne Kongreßbeschlüsse ungewöhnlichen Länge verbietet, wird betont, daß die Konsumgenossenschaften die Pflicht haben ihre gesamten Kräfte in den Dienst der Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volks zu stellen. Angesichts des Aushungerungsplans der Feinde Deutschlands sei es eine Hauptaufgabe der Genossenschaften mit ihren Mitteln und Kräften die Bestrebungen zur Sicherung der Volksernährung im Krieg und die Anpassung des gesamten Wirtschaftslebens an den Kriegszustand zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde unter anderm eine stärkere Beteiligung erfahrener Genossenschaftler bei der Verwaltung solcher Gesellschaften gewünscht, die den Zwecken der Volksernährung im Krieg dienen. Ferner wurde von der Regierung eine Preispolitik verlangt, die Rücksicht auf die Kaufkraft der Bevölkerung nimmt; die neue Situation bis zur Einbringung der neuen Ernte sei zu einer erheblichen Herabsetzung der Preise zu benutzen. Als erforderliche einzelne Maßnahmen zur Sicherung und Regelung der Lebensmittelversorgung wurden bezeichnet: Sicherung genügender Mengen pflanzlicher Nahrungsmittel für die Menschen, ehe die Viehhaltung berücksichtigt wird, frühzeitige Feststellung des Ernteertrags, Einschränkung der Branntwein- und Biererzeugung, Abstufung der Brot- und Mehlrationen nach den Einkommensverhältnissen und der Art der körperlichen Arbeit, Berücksichtigung der Konsumvereine bei der öffentlichen Warenverteilung, insbesondere Lieferung von Mehl, Kartoffeln und allen Futtermitteln an die Vereine, soweit diese seitens der Behörden dem Handel zuge-

führt werden. In der Debatte wandte sich Fleißner (Dresden), von Frau Steinbach (Hamburg) unterstützt, gegen den Passus der Resolution, der die Mitwirkung der Genossenschaften bei dem Kampf um die nationale Existenz fordert (es sollte statt dessen nur von der wirtschaftlichen Existenz geredet werden), weil damit der Genossenschaftstag zu den innerhalb der Sozialdemokratie bestehenden Streitfragen in bestimmtem Sinn Stellung nehme und somit gegen die so oft betonte Neutralität verstoße. Feuerstein (Stuttgart) und Kasch (Hamburg) wandten sich gegen die Abänderungsvorschläge, durch die gerade erst das Bekenntnis zu einer bestimmten Richtung innerhalb der Partei ausgesprochen würde. Die Resolution wurde dann auch mit allen gegen 5 Stimmen angenommen.

Nachdem Kaufmann das Ergebnis der Generalratsverhandlungen über das Versicherungswesen des Zentralverbands vorgetragen hatte, berichtete Lorenz (Hamburg) über den Internationalen Genossenschaftsbund. Wie so viele andere internationale Verbindungen haben auch die genossenschaftlichen durch den Krieg eine jähe Unterbrechung erfahren. Trotzdem betrachtete der Referent es als selbstverständlich, daß nach dem Krieg die alten Beziehungen, wenn auch vielleicht mit etwas geringeren Illusionen, wieder aufgenommen würden, da dies sowohl ideell als auch materiell eine Notwendigkeit sei. Über die Fortbildungskommission, deren Tätigkeit durch den Krieg unterbrochen wurde, sowie über die Tätigkeit des Tarifamts berichtete kurz Dr. August Müller, über die Unterstützungskasse A. von Elm. Die Entlastung des Vorstands erfolgte einstimmig, ebenso die Wiederwahl der Vorstands- und Ausschußmitglieder. Nach nur 5½stündiger Verhandlung wurde die Kriegstagung der deutschen Konsumvereine geschlossen.

×
**Deutsche
 Großeinkaufs-
 gesellschaft** Die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die sich an den Genossenschaftstag schloß, nahm zunächst die Mitteilungen entgegen, die der Geschäftsführer Lorenz an der Hand des gedruckten vorliegenden Geschäftsberichts (siehe diese Rundschau, 1915, 1. Band, pag. 502 f.) über die Vorgänge des letzten Jahres und teilweise auch schon über die des laufenden machte. Mit be-

sonderen Schwierigkeiten haben jetzt während der Kriegszeit die Produktivbetriebe zu kämpfen, denen teilweise das Rohmaterial auszugehen beginnt respektive stark verteuert wird. So fehlt der Lauenburger Zündholzfabrik das russische Aspenholz, während der Preis für das zur Verwendung kommende Kali von 64 auf 180 Mark, für das Paraffin von 35 auf 88 und für den Phosphor von 410 auf 1600 Mark gestiegen ist. Die Ende Dezember in Betrieb genommene Teigwarenfabrik in Gröba darf das von ihr im letzten Jahr zu hohem Preis erworbene amerikanische Mehl nicht verarbeiten, da dieses vom Kommunalverband beschlagnahmt worden ist. Dafür erhielt sie von der Zentraleinkaufsgesellschaft anderes Mehl, mit dem sie den Betrieb bis Ende August bei Beschäftigung der Arbeiter an nur einigen Tagen der Woche aufrechterhalten kann. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft in den ersten 5 Monaten des laufenden Geschäftsjahrs stellte sich auf 59 687 000 Mark, gegenüber 61 328 000 Mark in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Dennoch kann von einem Umsatzrückgang nicht geredet werden, da in diesem Jahr die monatlichen Petroleumsätze, die in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs 2¼ Millionen Mark betragen haben, nicht gebucht sind. Das ist jedenfalls ein außerordentlich erfreuliches Ergebnis.

Die Genehmigung der Jahresrechnung und die Entlastung der Geschäftsführung, ebenso die Verteilung des Reingewinns entsprechend dem vorgelegten Plan wurden sodann einstimmig beschlossen. Ein Antrag des Konsumvereins Leipzig die Gehälter der Geschäftsführer durch die Generalversammlung statt durch den Aufsichtsrat festsetzen zu lassen wurde abgelehnt. Die Wahlen zum Aufsichtsrat ergaben die Wiederwahl sämtlicher Mitglieder und an Stelle des verstorbenen Bernhard (Frankfurt) die Neuwahl von Bauer (Mainz). Zum Schluß teilte Geschäftsführer Berger noch mit, daß die Gesellschaft angesichts der durch den Krieg geschaffenen Aufgaben, für die reichlich Mittel benötigt würden, die Ausgabe einer Obligationsanleihe bis zu 5 Millionen Mark beschlossen habe. Die Anleihe solle in Stücken von 100, 500, 1000 und 5000 Mark herausgebracht und sowohl den Vereinen wie den Einzelmitgliedern zugänglich sein. Die Tilgung erfolgt vom Jahr 1920 ab innerhalb 25 Jahre.

×

×

England: Genossenschaftstag 1915 Infolge der Erschwerung des Nachrichtenverkehrs kann diesmal ein Bericht über die Entwicklung der britischen Genossenschaftsbewegung sowie über den Verlauf des Jahreskongresses, der in diesem Jahr in Leicester stattfand, nicht gegeben werden. Das einzige, was von diesem Kongreß zu uns drang, ist die dort gefaßte Kriegsresolution. Sie lautet: »Der Kongreß spricht seinen Abscheu aus gegen das kriegerische Gemetzel, das jetzt in ganz Europa vor sich geht. Er erklärt ausdrücklich seine tiefe Verachtung für das Verbrechen, das gegen Belgien begangen ist, und für die Verletzung der Gebote der Menschlichkeit durch die deutsche Regierung. Er betont, daß kein Friede annehmbar oder von Dauer sein kann, der nicht mindestens zunächst die Befreiung des belgischen Gebiets vom Feinde und ferner die künftige Sicherheit vor der Bedrohung durch den Militarismus gewährleistet. Er gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß so schnell wie möglich Fürsorge getroffen wird für die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofs zur Durchsetzung des allgemeinen Völkerrechts und Aufrechterhaltung des Rechts der kleinen Nationen.« Das klingt nicht gerade hoffnungsvoll für die Wiederaufnahme der genossenschaftlichen Internationale, und es ist in dieser Beziehung nur ein magerer Trost, daß wenigstens eine Resolution der britischen Genossenschaftsdruckerei nicht angenommen wurde, die da verlangte, daß das Tisch-tuch zwischen den englischen und den deutschen Genossenschaftlern vollständig zerschnitten werden und zerschnitten bleiben sollte, solange die deutschen nicht ihren Abscheu gegen die von der deutschen Regierung begangenen »unmenschlichen und barbarischen Verbrechen« ausgesprochen hätten. Die englischen Genossenschaftler waren sonst die eifrigsten Herolde des Friedens und der Völkerverständigung. Um so schmerzlicher ist es die Verwüstung zu sehen, die die Kriegseidenschaft auch in diesen Köpfen angerichtet hat.

× **Kurze Chronik** × Nach langem Leiden ist am 11. Juli der Verbandsdirektor des Verbands der Konsumvereine der Provinz Brandenburg Hermann Neudeck gestorben. Er ist 66 Jahre alt geworden und war fast sein ganzes Leben in der Genossenschaftsbewegung tätig. 1890 wurde er Geschäftsführer des Brandenburger Kon-

sumvereins, 1900 zunächst stellvertretender, 1907 1. Vorsitzender des Brandenburger Verbands. × Nach dem Jahresbericht des Reichsverbands deutscher Konsumvereine (Sitz Köln-Mülheim) stieg die Zahl der ihm angeschlossenen Vereine von 159 auf 185, die Mitgliederzahl dieser Vereine von 143 444 auf 177 358 und der Umsatz im eigenen Geschäft von 38 $\frac{1}{2}$ auf 45 Millionen Mark. Der Wert der selbstproduzierten Waren betrug 4 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark oder 10% des Umsatzes, die Zahl der beschäftigten Personen 2079. × Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hat in ihrem, am 30. Juni abgeschlossenen, 11 Monate Kriegszeit umfassenden Geschäftsjahr mit 17 820 934 Mark Jahresumsatz einen Mehrumsatz gegen das Vorjahr von 464 684 Mark erzielt, der aber fast nur auf die Erhöhung der Warenpreise zurückzuführen ist. Die Mitgliederzahl wuchs von 86 000 auf 94 000. × Die dänische Großeinkaufsgesellschaft, die am 9. Juni in Aarhus ihre diesjährige Generalversammlung abhielt, hatte im Jahr 1914 einen Umsatz von 76 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen zu verzeichnen, das ist 7 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen mehr als im Vorjahr. Der Krieg hat sich auch hier stark fühlbar gemacht: durch Verteuerung der Waren und Erschwerung der Warenbeschaffung aus dem Ausland. Von dem Umsatz entfallen 12 $\frac{1}{4}$ Millionen Kronen (gegen 10 Millionen) auf eigene Produkte, davon wiederum 671 000 Kronen auf die Erzeugnisse der Schokoladenfabrik, 290 000 Kronen auf die Zuckerwarenfabrik, 2,9 Millionen auf die Kaffeerösterei, 574 000 Kronen auf die Seilerei, 1 Million auf die Seifenfabrik usw. Die Gesellschaft, die viel mit landwirtschaftlichen Konsumvereinen arbeitet, lieferte für 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Kronen Sämereien, Dünger und Futterartikel.

× **Literatur** × Den mannigfaltigen Vorschlägen für die spätere Unterbringung und Beschäftigung der aus dem Krieg mit geschwächter Gesundheit oder verstümmeltem Körper hervorgehenden Kämpfer hat sich kürzlich ein neuer, wie mir scheint, recht beachtenswerter hinzugesellt. Er geht von der Deutschen Gartenstadtgesellschaft aus und ist in einer Schrift Unseren Kriegsinvaliden Heim und Werkstatt in Gartensiedlungen /Leipzig, Federn/ niedergelegt. Die Verfasser vertreten die Auf-

fassung, daß die Wohnungsfrage, die nach dem Krieg ohnehin durch die voraussichtlich große Nachfrage nach kleinen Wohnungen einen sehr ernsten Charakter annehmen wird, für die Kriegsinvaliden von ganz besonderer, elementarer Bedeutung ist. Den Invaliden aus der städtischen Mietskaserne in eine sonnige Wohnung in gesunder frischer Luft mit der Möglichkeit zur Gartenarbeit zu bringen wird für manchen schon den besten Heilfaktor bedeuten. In der auf gemeinnütziger Grundlage errichteten Gartenstadtsiedelung würde sich außerdem auch für den nicht mehr zur Fabrik- oder Bureauarbeit geeigneten Invaliden die Möglichkeit zu einer seinen Fähigkeiten angemessenen Arbeit bieten. Für die Produkte einer qualifizierten Heimindustrie sowie einer genossenschaftlich betriebenen Kleinwerkstattindustrie kämen einmal die Bedürfnisse der Stedlung und der Siedler selbst an Bau- (Tischler-, Tapezierer-, Installateur-) arbeiten, an Nahrungsmitteln (Gemüse, Obst, Konserven) und an Kleidung (Handstuhlweberei, Schneiderei) in Betracht; der Überschuß könnte mittels genossenschaftlicher Organisationen unter möglichstem Anschluß an die Konsumvereine vertrieben werden. Die Denkschrift, die die Ergebnisse der seitherigen Gartensiedelungen in Wort und Bild vorführt und außerdem auch den fertigen Plan zu einer besonders Invalidensiedelung mit Junggesellenheim im Anschluß an die Gartenvorstadt Falkenberg bei Berlin entwickelt, schlägt vor den Kriegsinvaliden die Erlangung von Eigenheimen durch die Kapitalisierung eines Teils der Rente zu ermöglichen. Außerdem bietet sich dem Reich Gelegenheit durch Anwendung des Gesetzes vom 14. Mai 1914 über die Förderung des Baus von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete auf die Kriegsinvaliden eine solche praktische Fürsorge für die Opfer des Kriegs zu unterstützen.

Geistige Bewegung / Herman Kranold

Lamprecht † Karl Lamprecht, der vor einigen Wochen starb, und über dessen Bedeutung hier schon in den Rubriken Geschichte, Sozialwissenschaften und Psychologie (1915, 1. Band, pag. 509 ff., und in diesem Band, pag. 669 und 715) einiges gesagt wurde, war zum Unterschied von manchem andern Universitätsprofessor auch ein bewußter Lehrer der akademischen Jugend. Er hat sich für alle

Fragen des 'Hochschullebens stets auf das lebhafteste interessiert und sich zu wiederholten Malen in der sachkundigsten Weise über Hochschulangelegenheiten geäußert. Schon dadurch hat er eine bleibende Bedeutung für das nationale Bildungswesen gewonnen. Aber auch als Praktiker des Hochschulwesens verdanken wir ihm Leistungen, mit denen sich kaum ein anderer Hochschulorganisator unserer Zeit messen kann. Als Rektor der Universität Leipzig hat er den ersten modernen allgemeinen Studentenausschuß in Deutschland begründet und als akademischer Lehrer der Geschichtswissenschaft durch das von ihm begründete Institut für Kultur- und Universalgeschichte zugleich einer stofflichen Ausweitung des akademischen Unterrichts in der Historie und seiner pädagogischen Intensivierung durch neuartige Organisierung der Seminarien die Wege geebnet. Im ganzen Umkreis des Hochschulwesens kommt an pädagogischer Bedeutung nichts dieser tiefgehenden Änderung der akademischen Unterrichtspraxis und der Unterrichtsgegenstände gleich. Er hinterläßt denn auch in der jüngeren Akademikergeneration eine Schule, deren Glieder leidenschaftlich an ihm hängen.

× **Kriegerschei-** Viele Stimmen im Chorus
nungen der Öffentlichkeit betonen, daß die Augusttage des vergangenen Jahres für unser Volk eine Art von Wiedergeburt bedeuten, daß sie in der Entwicklung des sittlichen Wesens der Nation einen tiefen Einschnitt darstellen als 1813 und 1870. Für den, der nicht die politischen und wirtschaftlichen Seiten des Krieges betrachten, nicht darüber entscheiden will, wo Schuld und Nichtschuld in diesem gewaltigen Massenmorden liegt, ist in der Tat die Frage entscheidend, wie der Krieg auf die geistig-moralische Konstitution der Nation gewirkt habe, die Frage, ob aus dieser Blutsaat Segen für die geistige Bewegung im Volk erwachsen werde.

Freilich mag auch der Politiker an dem Ergebnis solcher Erörterung stark beteiligt sein. Einmal in seiner Aufgabe als Erzieher; dann aber auch, weil er selbst im Machtbereich seines Willens gefördert oder gehemmt wird durch den Entwicklungsgrad, den die geistig-moralische Konstitution der Nation erreicht hat. Auch dafür bringt dieser Krieg zahlreiche Beweise: dem Deutschland der allgemeinen Volksschule und der politischen Durchorganisierung der

Massen stehen das analphabetische Rußland und das nahezu analphabetische Italien gegenüber, wo die Massen, die ihr Blut opfern, von dem Ziel und Sinn des Kriegs nichts wissen. Dem Deutschland der sozialdemokratischen Partei, der, durch tausend dogmatische Trübungen hindurch, die Erkenntnis der politischen Lebensnotwendigkeiten des Volkes in diesen Tagen wiedererstand, dem Deutschland, dem der Sozialismus niemals nur eine Lohn- sondern stets auch eine Bildungsbewegung war, steht England gegenüber, in dem die Massen bei aller taktisch-politischen Schulung auch durch den Sozialismus keine Denkschulung gewannen, in dem deshalb auch in der höchsten Not der Kriegszeit ein enger Klassenegoismus große Arbeiterschichten beherrschte und nur mit Mühe beschwichtigt werden konnte (Bergarbeiterstreik in Wales). Von den sozialistischen Parteien des Auslands hat nur die französische unbedingte Hingabe an ihr Volk und ihr Land gezeigt. Eine Flut von Kriegsliteratur hat sich über Deutschland ergossen. Kein Wunder bei einer Nation mit den eben erwähnten geistigen Eigentümlichkeiten. Wer aber nun versuchen wollte darin das Spiegelbild jener webenden Kräfte zu entdecken, der würde allerdings ein Wunder erleben. Wer etwa von den 4000 und mehr Schriften, deren Bibliographie Hinrichs in altgewohnter Akribie und Vollständigkeit zusammengeklaut hat, ein halbes Tausend las, der wird im Durchschnitt genau den gleichen Eindruck haben, den er sonst von der geistigen Haltung und dem geistigen Niveau der aktuellen Literatur gewann: Eilfertigkeit, Flüssigkeit des Wortes, hie und da auch noch archaische Vollständigkeit und grammatische Korrektheit sind die Ideale dieser Autoren, und über allen Wassern schwebt wie früher das Ideal jedenfalls dem Leser seine patriotische oder, je nachdem, sozialisant marxistische Stubenreinheit möglichst suggestiv vorzuführen. Indes, wenn wir in der Masse der Schriftwerke zum Krieg solche finden, die nicht jener altbekannten Warenklasse angehören, so werden wir ihnen, als dem Neuen, Werdenden, für die Charakteristik der Kulturgeschichte der Gegenwart und für die Prognose der heutigen Bewegung eine weit höhere Bedeutung beimessen müssen als ihnen rein zahlenmäßig zukommt. Und dann werden wir einsehen, wie in den Literaturberichten dieser Chronik gezeigt werden soll, daß kein Anlaß zum Ver-

zweifeln vorliegt, wir im Gegenteil Hoffnungen hegen dürfen.

Besonders eine Erscheinung muß in dieser Hinsicht Beachtung finden: daß nämlich die deutschen Verleger es für rentabel hielten Sammlungen von Kriegsschriften herauszugeben. In dem, was es kauft, gibt das Publikum deutlich sein Bedürfnis nach tieferer Information über alle Seiten des Krieges kund. Es kauft zusammenhängend, nicht planlos. Das spricht sich in dem Gedanken der Herausgabe der Serienschriften aus: der Serien *Der deutsche Krieg* / Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt /, *Tübinger Kriegsschriften* Tübingen, W. Kloeres /, *Zwischen Krieg und Frieden* / Leipzig, Hirzel /, *Deutsche Reden in schwerer Zeit* Berlin, Weidmann /, *Deutsche Kriegsschriften* Bonn, Ahn /, *Von deutscher Zukunft* Gießen, Töpelmann / usw. Vor allem aber gehört hierher die Erwähnung der Tatsache, daß der hochverdiente Verlag der modernen Literatur S. Fischer in Berlin jetzt auch unter die politischen Verleger gegangen ist (Schriften zur Zeitgeschichte), und daß Werke solidester Information, wie die *Kriegschronik* der Frankfurter Zeitung, das *Kriegsecho* der Vossischen Zeitung und die diplomatischen Urkundensammlungen, die Eduard Bernstein im Vorwärtsverlag herausgibt, dauernd einen guten Abnehmerkreis finden.

Mit der Feststellung dieser Tatsachen, die unabhängig von dem Gehalt der einzelnen Kriegsschriften nur das Verhalten des Publikums charakterisieren, sind wir schon aus der Literatur in das Gebiet der Lebenswirklichkeit hinübergeglitten. Und das ist, wie mir scheint, der wichtigere Fischgrund des Chronikers, der die Reaktion der geistigen Bewegung auf den Krieg feststellen will. Er hat nach den Tatsachen die geistige Bewegung, wie sie sich im Krieg gestaltet hat, zu erfassen, festzuhalten und zu werten.

× **Kriegsschriften** ×
Lassen wir fürs erste also die wenig erfreulichen Äußerungen desorientierter

Intellektueller ganz beiseite; es wird später genügend Notwendigkeit sein auch von diesen einige hervorzuholen. Heute soll nur derjenigen Erscheinungen gedacht werden, die als Dokumente eines unverminderten Menschentums gelten können, inmitten der seelischen Verwirrung, die das furchtbare Erlebnis mit sich bringen mußte.

Würde gegenüber den Zeitereignissen, gegenüber nationaler Trauer und nati-

nalere Freude will Ulrich Rauschers schöne Schrift *Die Kriegspflicht der Daheimgebliebenen* /München, Langen/ den Menschen ans Herz legen; ihr ist ein recht weiter Leserkreis zu wünschen.

Unser Deutschtum und der Fall Spitteler heißt eine gründliche Schrift, die Wolfgang Schumann für die *Flugschriftensammlung des Dürerbunds* /München, Callwey/ verfaßt hat. Sie ist von Kulturbewußtsein und Würde getragen. Sie wägt vorsichtig ab, betont zwar deutlich den deutschen Standpunkt, nimmt aber Spitteler gegen Verleumdungen in Schutz. Leider steht sie darin verzweifelt allein zwischen den Jugendgedichten, die Spitteler einen Judas nennen, weil er einen andern Standpunkt als wir zu dem gegenwärtigen Kriegsleid und seinen Ursachen einnimmt, und den Leitartikeln, die ihn deswegen als Dichter wegdekretieren.

Zu Betrachtungen über den Krieg und den Individualismus fühlt sich Ludwig Heyde angeregt /Jena, G. Fischer/. Er versucht zu zeigen, daß der wahre Liberalismus sich durch die Verstärkung des sozialen Empfindens, die der Krieg mit sich gebracht habe, durchaus nicht betroffen zu fühlen brauche.

Fr. W. Foersters Schrift *Die deutsche Jugend und der Weltkrieg* vereinigt 3 Aufsätze in sich, die in ihrer Gesamtheit als eine empfehlenswerte Schrift gelten können. Hier sieht man, wie der Krieg selbst vom dogmatisch christlichen, doch irgendwie grundsätzlichen Standpunkt aus mit sittlichem Ernst und ohne ein Haschen nach Rednererfolgen behandelt werden kann. Besonders ist denen, die jetzt nur von den erhebenden Wirkungen des Krieges reden, die aufmerksame Lektüre des Schlußworts zu empfehlen, in dem Foerster zeigt, wie schließlich das Gute doch nur die erfreuliche Nebenwirkung dessen darstellt, was der Krieg nun einmal hauptsächlich und letzten Endes ist: der Entfesselung der tierischen Instinkte.

Ein kurzes Kapitel dieser Broschüre ist schon in dem Heft *Deutscher März* /Kassel, Furcheverlag/ erschienen, das als recht bunte Liebesgabe deutscher Hochschüler ins Feld gegangen ist. Es enthält, zum großen Teil in Faksimiles der Handschriften, die Trost- und Danksprüche, die die Rektoren der deutschen Hochschulen, jeder nach seinen Gaben, den vor dem Feind stehenden Kommilitonen senden, und eine Reihe gut geschriebener, zum Teil etwas zu

absichtlich christlicher Aufsätze über die verschiedensten Gegenstände, die wohl in jedem Milieu, und so auch im Schützengraben, junge Leute zu nachdenklichen Viertelstunden anregen mögen. Über den Vorgänger dieses Heftes, die *Deutsche Weihnacht*, haben ihre Herausgeber eine Sammlung von Urteilen, systematisch geordnet, unter dem Titel *Der deutsche Student im Felde* /Kassel, Furcheverlag/ als Broschüre erscheinen lassen, die nun wiederum, als Material zur Psychologie des deutschen Studenten, uns in der Heimat nachdenklich stimmen mag.

An schlichten Gelegenheitserzeugnissen zeigt die *Sammlung der Wandervogelfeldbriefe Kriegsfahrt* /Leipzig, Matthes/, wie das Erlebnis des Kriegs auf den Teil unserer Jugend wirkt, der sich schon vor dem Krieg als Bannerträger der Erneuerung des Jugendlebens hervorgetan hat.

Eine Auswahl guter Lieder gab der *Furcheverlag* in Kassel unter dem Titel *Deutsches Herz, verzage nicht!* heraus.

× Pädagogische Kriegsschriften

Der Krieg hat eine lebendige Produktion pädagogischer Schriften veranlaßt, die den Krieg als solchen oder einzelne Kriegsereignisse in irgendeiner Weise zum Ausgangspunkt oder Gegenstand ihrer Erörterungen nehmen. Ihnen allen ist es gemeinsam, daß sie mit einem gewissen Freimuth bestimmte Mißstände unseres Erziehungswesens behandeln und daran anknüpfend ihnen jeweils besonders wichtig scheinende pädagogische Grundsätze und Lehrmeinungen mit Nachdruck vertreten. Es liegt ja nahe, daß gerade für die Erziehungslehre der Krieg energisch ausgenutzt wird. Denn wir sind von alters her gewohnt alles Schöne, das wir im Krieg am deutschen Volk sehen, auf den deutschen Schulmeister und sein treffliches Wirken zurückzuführen, und andererseits ist gerade in nationalen Krisen die Macht der Erziehung über den Menschen stets sehr hoch gewertet worden. Erziehen heißt zu einem nicht geringen Grad disziplinieren. Und vielleicht ist aller Kriegererfolg wirklich zu einem erheblichen Teil Disziplinwirkung.

Die pädagogische Kriegsliteratur zeigt im übrigen große Verschiedenheiten. Quot capita, tot sensus. Der eine tritt nach wie vor pädagogische Reformbestrebungen, der andere sieht im Krieg nur das große Bewähren und verbrennt alles Neue, das er früher anbetete.

Grundsätzliche Betrachtungen stellen nur wenige an, und neue Grundsätze verflucht, soweit ich sehe, nur einer. Das ist der Begründer der Freien Schulgemeinden, Gustav Wyneken, der sich in einem als Broschüre veröffentlichten Vortrag Die Jugend und der Krieg /München, Steinicke/ zum Krieg geäußert hat. Er sieht nicht die große Bewährung der deutschen Erziehung, sondern er sieht in den Erfahrungen und Erlebnissen des Kriegs die erschütternde Mahnung dem jungen Geschlecht in Zukunft eine seiner würdige Schule zu bieten. Seine Schrift hat Haltung und Anstand, sie könnte in der Ruhe des Vortrags und in der engen Verknüpfung von Weltanschauung und Forderung anderen schriftstellernden Pädagogen ein gutes Vorbild sein.

Einen sympathischen Vortrag hielt im Januar der Bonner Hochschullehrer E. Küster vor Studenten. Vom Krieg und vom deutschen Bildungsideal spricht seine Schrift /Bonn, Marcus & Weber/. Er sieht das Ergebnis des Kriegs für den Jugendlichen in der Aufgabe deutsch zu werden, nicht in der Leistung deutsch zu sein, und er warnt eindringlich vor chauvinistischem Fremdenhaß in Angelegenheiten geistiger Kultur.

Eine Sammlung geistvoller Subjektivitäten ohne nähere Begründung ist Das Bildungswesen im neuen Deutschland von Karl Muthesius /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. So behauptet der Verfasser einmal: Bildung sei ein Element der Aufhebung des Klassenkampfs. 3 Seiten vorher meint er, daß Bildung »ihrem eigentlichen Wesen nach immer etwas Individuelles« sei. Bald darauf entwickelt er in längeren Gedankengängen die Ansicht, das Bildungsziel müsse sozialen Überlegungen entnommen werden, und greift bei dieser Gelegenheit in erfreulicher Weise das Einjährigprivileg und anderes an. Man mag selten dem Verfasser voll zustimmen können; jedenfalls regt die Schrift zu mancherlei Gedanken an.

Um die selbe Zeit sprach Theobald Ziegler über Kriegspädagogik und Zukunftspädagogik /Mannheim, Hahn/. Neben unreaktionären Äußerungen über Koedukation und anderes finden wir in dem Heftchen Beispiele dafür, wie im Unterricht der Krieg und alles, was er mit sich bringt, der Arbeit der Schule dienstbar gemacht werden kann. Deshalb ist die Schrift besonders Praktikern des Unterrichts wohl zu empfehlen.

Die Schrift des Pasewalker Rektors M. Hantke Die Schule und der Krieg /Langensalza, Beyer/ will ebenfalls solche Anregungen geben, stellt aber, zum Beispiel für den Rechenunterricht, in sich völlig unmögliche Aufgaben. Wie harmlos in dieser Hinsicht der Verfasser ist, zeigt folgender Satz: Die zu den nachstehenden Rechenaufgaben . . . nötigen Angaben, wie Einwohnerzahlen, Anzahl der Familien, Gewichtsbestimmungen kleiner Mengen, sind zweckmäßig von den Schülern, so weit wie möglich, selbst zu ermitteln. Dieser Schulmann, der so gemütlich Kinder vor die allerschwersten Aufgaben der Statistik stellt, verwechselt dann in seinen Aufgaben selbst Mehl- und Getreideersparnis usw. und leitet so seine Schüler, in der Absicht ihnen bei Gelegenheit einfacher Rechenoperationen staatsbürgerliche Kenntnisse zu vermitteln (das heißt ihnen einige, überdies ungenaue Zahlen einzuprägen) in staatsbürgerlichen Dingen nur irre.

Über das Thema Der Krieg und unsere Kinder sagt Else Zuhellen-Pfleiderer einige gutgemeinte Worte /Gotha, Perthes/. Auch diese Schrift ist anregend zu lesen; manchem wird man auch zustimmen können, vor allem ihrer Opposition gegen die Haßseuche usw. Anderes dagegen ist verzweifelt naiv, so ihr Versuch den Kindern verständlich zu machen, warum wir Krieg führen, indem sie Elsaß-Lothringen und Kiautschou zu Kindern Deutschlands ernannt. Das ist denn doch allzu simplistisch.

An der Schrift des Professors Richard von Wettstein Der Krieg und unsere Schulen /Wien, Hölzel/ ist nur bemerkenswert, daß sie mit einleuchtenden Gründen für den relativen Tiefstand mancher Sparten des österreichischen Schulwesens die Verspinnung der Schulfragen in die Netze der Nationalitäten- und der Lokalpolitik verantwortlich macht.

Zu den 33 Richtlinien für die militärische Jugenderziehung, die einige preussische Minister im August vorigen Jahres herausgaben, ist nun, nach vielen anderen, auch vom Volksverein für das katholische Deutschland eine Gebrauchsanweisung erschienen: Jungwehnanleitung /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/.

×
Deutsche
Bücherei

×
Eine wertvolle Tat, die in der Kriegszeit gelungen ist, ist die Fertigstellung des Baus der Deutschen Bücherei in

Leipzig. Über diese Stiftung des Buchhändlerbörsenvereins, zu der auch der sächsische Staat und die Stadt Leipzig namhafte Summen beigesteuert haben, ist in dieser Rundschau (1913, 2. Band, pag. 630 ff.) das Notwendige gesagt worden. Sie will eine recht fühlbare Lücke im deutschen wissenschaftlichen Bibliothekswesen ausfüllen. Alljährlich gehen durch die Zeitungen Zusammenstellungen der Zahl der in einem Jahr in Deutschland neu erschienenen Druckwerke. Von dieser Zahl kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß die als selbständige buchhändlerische Einheiten publizierten Kriegsschriften schon vor einem Monat das 5. Tausend erreicht hatten. Auch einer noch so munifizierten ausgestatteten gelehrten Bibliothek ist es nicht möglich alle diese Neuerscheinungen zu erwerben und zu verwalten; eine solche Summe von Publikationen sprengt jedes Bibliotheksbudget. Die Folge war, daß einerseits die öffentlichen Bibliotheken gegenüber den Bedürfnissen des wissenschaftlichen Arbeiters sehr häufig versagten, und daß andererseits zahlreiche Versuche gemacht wurden dem Übelstand auf Umwegen abzuhelpfen. In einer Reihe von Bundesstaaten tat man den sehr zweifelhaften Schritt Gebühren für die Benutzung öffentlicher Bibliotheken zu erheben, um so den Verwaltungen größere Mittel zu beschaffen. Man organisierte den Austauschverkehr unter den deutschen Bibliotheken besser, richtete zentrale Nachweisstellen für Bücher in Bibliotheken ein und machte so dem wissenschaftlichen Arbeiter am Ort seines Aufenthalts manches Buch zugänglich, dessen Benutzung ihn sonst eine Reise gekostet hätte. Durch bundesstaatliche Gesetze wurden die Verleger verpflichtet an eine oder zwei öffentliche Bibliotheken des Landes ein Freiemplar aller von ihnen verlegten Schriften zu liefern. Aber so freudig alle diese Verbesserungen von den wissenschaftlich arbeitenden Publizisten begrüßt wurden, so wenig genügen sie doch. Die Deutsche Bucherei sammelt nun alle Bücher, Zeitschriften, amtlichen Publikationen und Privatdrucke, die nach dem 1. Januar 1913 erschienen sind. Und zwar nicht auf dem Weg des Ankafs. Dem Buchhändlerbörsenverein, dem Träger des Unternehmens, ist es vielmehr gelungen die deutschen Verleger (mit wenigen Ausnahmen) zu der zunächst für 10 Jahre geltenden Zusage zu bewegen, daß sie ihre Verlagsprodukte der Deutschen Bucherei

umsonst geben. Viele Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden wie viele Hersteller von Privatdrucken sind diesem Beispiel gefolgt. Wo dennoch kleine Lücken entstehen, weil die nötige Opferwilligkeit fehlte, da soll nachgekauft werden.

Der Bau des Heims dieser wissenschaftlichen Bibliothek ist jetzt fertig; riesige Büchermassen sind bereits geschenkt worden, Geld ist wenigstens vorläufig in ausreichendem Maß vorhanden. Wir werden also für das in so stürmischen Zeiten begonnene Unternehmen die besten Hoffnungen hegen können.

× **Kurze Chronik** Der Unterricht in den Volks-, aber auch in den höheren Schulen ist während des Krieges des öftern unterbrochen worden, sei es durch Lehrermangel sei es durch Freigabe der Schule an den Tagen nach deutschen Siegen. Dazu kommt jetzt noch für die Schulkinder der älteren Jahrgänge ein allgemeiner Ernteurlaub wegen des an vielen Orten bestehenden Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. × Das Notexamen für Mediziner, das in den ersten Kriegstagen eingeführt worden war, ist jetzt glücklicherweise allmählich wieder beseitigt worden. × Bisher erschien als Wochenschrift in dem alten Verlag von Hinrichs in Leipzig das Wöchentliche Verzeichnis der erschienenen und vorbereiteten Neuigkeiten des deutschen Buchhandels. Diese wundervolle, in der Kulturwelt beispiellose Bibliographie geht, wie hier bereits angekündigt wurde, nunmehr in den Besitz des Buchhändlerbörsenvereins über. × In den Räumen der Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen konnte, trotz dem Krieg, im Oktober vorigen Jahrs eine Fachschule für Bibliothekartechnik und -verwaltung eröffnet werden. × Im 1. Heft der Schriften der Zentralstelle behandelt Walter Hofmann den Krieg und die Volksbibliotheken /Leipzig, Harrassowitz/. Freilich scheint mir der Verfasser allzu bescheiden, wenn er meint, daß schon durch ihr Weiterbestehen die Volksbibliotheken ihre Feuerprobe im Krieg bestanden haben. Mit einem solchen Urteil sollte man zurückhalten, bis man gesehen hat, wie sie ihren positiven Aufgaben während des Kriegs gerecht geworden sind; der Verfasser weiß deren selbst eine ganze Reihe zu nennen. Ungerecht ist es, wenn bei dieser Gelegenheit das englische Volksbüchereiwesen

herabgesetzt wird. × Die Erste öffentliche Lesehalle zu Berlin der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur versendet ihren Jahresbericht für 1914, aus dem hervorgeht, daß die Bücherei tatsächlich während der ersten 5 Kriegsmomente solche positiven Leistungen aufzuweisen hat: sie hat sich bemüht das Interesse für Kriegsliteratur auf gute Kriegsschriften zu lenken und die Märchenvorlesungen für Kinder weiterzuführen.

× **Literatur** ×
 Von seinem 1000seitigen Buch Jesuitenfabeln hat Bernhard Duhr einen kurzen Auszug herausgegeben /Freiburg, Herder/. Wenn auch nicht alle Apologien des Büchleins gleich stichhaltig scheinen, werden sie doch hoffentlich die Wirkung haben, daß der Kampf gegen die Jesuiten nicht mehr mit Gewalt und Greuelgeschichten sondern mit Argumenten und positiven Leistungen geführt werden wird. × Abgebrachte Dinge über geschlechtliche Aufklärung wiederholt E. Peters (Das geschlechtliche Problem in der Jugend-erziehung /Berlin, Verlag Kraft und Schönheit/), ohne daß irgendetwas von dem, was er sagt, durch die Wiederholung wahrer wird. Die Forschungen der Psychoanalytiker über das Sexualleben der Jugend hat Peters nicht berücksichtigt. × Einige liberal-christliche Glaubenssätze hat Otto Zurhellen seinen Konfirmanden als handliches Heft zusammengestellt (Grundlinien unseres Glaubens /Gotha, Perthes/).

WISSENSCHAFT

Biologie / Adolf Koelsch

Weltanschauung Jede Weltanschauung mit einem Eigenschaftswort wie mechanistisch, monistisch, dualistisch, vitalistisch ist eine Totgeburt, und so könnte man das Buch des Barons Dr. Jakob von Uexküll Bausteine zu einer biologischen Weltanschauung /München, F. Bruckmann/ wieder beiseitelegen, dorthin, wo die großen Hoffnungslosigkeiten der zeitgenössischen, halb naturwissenschaftlichen halb naturphilosophischen Literatur aufgebahrt sind, wären nicht ganz allgemein ein paar Worte über den Unfug des Sektiererwesens zu sagen, dem sich das Weltanschauungsdenken seit einiger Zeit mit der Wonnickeit und Aktivität gut ausgeschlafener Schülergchirne ergibt. Alles spezialisiert sich in dieser Welt, die Berufe und die

Parteien, die Tänze und das Wissenschaftswesen; da, sollte man meinen, müßte wenigstens das, was über Beruf, Parteien, Tänzern und Wissenschaft steht, mit Bewußtheit ein Ganzes sein wollen, das, wie einst so auch jetzt, die Natur und Welt aus einem jeder krämerlichen Blickweite weit abgerückten Standpunkt der Einheit wie aus einem Zentralpunkt heraus erfaßt und sich auf diese Weise jene Autorität über die Ideenmassen verschafft, die der große Heerführer über seine Truppen hat und deren er zum Sieg bedarf. Aber es ist heute überall Disziplin, nur nicht im Denken, und so werden die Weltanschauungen mit Eigenschaftsworten geboren, die ein guter Ausweis über die Beschaffenheit des Geblüts ihrer Urheber und die Art der Atmosphäre sein sollen, in der die Hebamme gewirtschaftet hat, und an denen man in Wirklichkeit doch nichts erkennt als den Krüppel.

Nein, das Buch des Barons von Uexküll, der in dem <angreifbaren> Vorwort von Felix Groß als der eigentliche Begründer unserer modernen experimentellen Biologie in Deutschland gepriesen wird, ohne daß sich diese schmeichelhafte Huldigung bewahrheiten ließe, ist nicht absolut schlecht. Aber es ist auch nicht gut. Dazu ist es viel zu sehr aus einer fanatischen Oppositionsstellung gegen den Darwinismus geschrieben, den der Verfasser blindwütig haßt, ohne daß man beim Lesen die Überzeugung gewänne, Uexküll habe einen richtigen Einblick in alle biologischen Schwächen der Lehre, die er so maßlos heruntersetzt. Auch übersieht Uexküll vollkommen, daß Ideen, hineinplatzend in eine Zeit, notwendig Zeitfarbe annehmen werden, und daß das nicht nur selbstverständlich ist sondern auch gut. Wie sollten sie auch, beziehungslos wie sie in ihrer Neuheit sind, Anschluß finden und um sich greifen können, wenn ihnen nicht ein Schleier um die Glieder gelegt wird, dessen Zugschnitt und Farbe so ist, daß er sie der Öffentlichkeit mindestens in einem Punkt vertraut macht?

Genau so nun ist es dem Entwicklungsgedanken ergangen. Unbegreiflich an sich wie der Schöpfungsgedanke, wurde er von Darwin in die Nähe der naturalistischen und materialistischen Lehren gebracht, die gerade die Zeit beherrschten, und nun glaubte mit einem Schlag alle Welt zu verstehen, was Entwicklung selbst sei. Man glaubte zu wissen, wie sie sich vollziehe, glaubte auch,

daß Materialismus als Religion und Weltanschauung der Vernunft dem Menschen eine ungeheure Freiheit gäbe, indem er ihn von der Verpflichtung die Bibelgeschichten wörtlich zu nehmen entband. Leider wurde der Entwicklungsgedanke, indem er in die Nähe wissenschaftlicher Begriffe seiner Zeit gerückt wurde, nicht nur zu einem öffentlichen Erfolg geführt, er mußte sich auch, trotz seiner Zugehörigkeit zu den überwissenschaftlichen Begriffen, die Unterstellung gefallen lassen, daß Entwicklung selbst keinen andern Sinn haben könne als Mechanismus. Das war ein entscheidender Fehlgriff, der Fehlgriff, der wieder gutgemacht werden muß, und den gutzumachen die Besten unserer Zeit gerade am Werk sind, während andere, die sich Monisten nennen, in ihrer Blindheit dabei verharren den Irrtum unausgesetzt zu vertiefen und nicht bloß die Wissenschaft sondern auch die Philosophie immer gründlicher in den Sumpf zu reiten beflissen sind. Nur bezweifle ich, daß die von Uexküll beliebte Lästermethode und das Verfahren kühne naturwissenschaftliche Behauptungen aufzustellen, für deren Richtigkeit ein Beweis nicht nur nicht erbracht werden kann sondern zu leisten gar nicht versucht wird, auch nur einen Deut Gutes schaffen können. Ich bin kein Anhänger des *Darwinismus* mit und ohne Gänsefüßchen, aber ich muß doch sagen, daß es leicht ist diese Lehre zu widerlegen, wenn man ein so verzerrtes und niedriges Bild von ihr malt, wie Uexküll es tut. Ich schmunzle vergnügt bei seinem Spott auf die Monisten und Mechanisten mit, aber wenn er schlankweg behauptet, »durch Variation entstehen keine neuen Arten«, ohne daß er sich zu einer Untersuchung des Begriffs (und Tatbestands) der Variation oder zu einer Glaubwürdigmachung seines kühnen Ausspruchs bemüht hätte, so habe ich die Empfindung Bums sagen zu müssen. Ich höre einen gewaltigen Knall, aber ich weiß auch, daß es ein Blindgänger war, ein Blender, der mich berechnen würde das Buch an die Wand zu werfen, hätte Baron Jakob von Uexküll nicht mit seinem Werk *Die Innenwelt und Umwelt der Tiere* eine Geistesarbeit geliefert, die mich verpflichtet auch dieses neue Buch trotz aller Widrigkeit weiterzulesen. Es ist geschehen, aber ich kann beim besten Willen nicht die teils zustimmenden teils polemischen, oft von heftigem Ärger über das zerfahrene Denken des gewiß sehr geistreichen Autors gelade-

nen Randbemerkungen widergeben, mit denen bald jede Seite bekleckert ist. Ich will nur noch sagen, daß es sich keineswegs um ein einheitliches Schrift-erzeugnis sondern um eine Sammlung von Aufsätzen handelt, die, fast die gleichen Probleme bearbeitend wie das eben erwähnte ältere Buch des Verfassers, in allerhand schöngeistigen Zeitschriften erschienen sind, und die besonders gegen den Schluß hin jedes Zusammenhangs ziemlich entbehren. Im ganzen will Uexküll die Autonomie des Lebens verkünden, im besondern aber entpuppt er sich als ein Gegner nicht nur des *Darwinismus* sondern jeder natürlichen Abstammungs- und Entwicklungslehre. Was er dafür gibt, ist das Chaos.

× **Kurze Chronik** In Hamburg ist Karl Kraepelin, seit 25 Jahren Direktor des dortigen Naturhistorischen Museums und Professor der Zoologie am Kolonialinstitut, im Alter von 67 Jahren gestorben. Aus der Oberlehrerlaufbahn hervorgegangen hat er das Hamburger Museum zu einem der reichsten Institute dieser Art ausgebaut, namentlich seine Sammlungen auf kolonialzoologischem und hydrobiologischem Gebiet sind unübertroffen. Viele im guten Sinn des Wortes populäre Schriften und Volksvorlesungen haben seinen Namen in weiteren Kreisen bekannt gemacht, und noch unmittelbar vor seinem Tod sind seine Vorträge über die Beziehungen der Tiere und Pflanzen zu einander in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ in neuer Auflage erschienen. Der Stoff wurde in seiner neuesten Fassung auf 2 Bände verteilt und in zum Teil eigenartiger Weise reich illustriert. × Mit Hofrat Alfred Schliz, der im Alter von 66 Jahren in Heilbronn verschied, hat die süddeutsche Anthropologie einen ihrer besten Köpfe und fleißigsten Forscher verloren. Praktischer Arzt in seiner Vaterstadt und später Leiter des von ihm gegründeten Erholungsheims hat er die bedeutende Steinzeitsiedelung in Großgartach bei Heilbronn entdeckt und ausgegraben; später sind noch manche andere Siedelungen der alemannischen und römischen Zeit in Württemberg gefolgt. Als einer der ersten hat er genaue Rassenstudien an Schulkindern veranstaltet. Er fehlte auf keinem Anthropologenkongreß, packte stets eine Fülle von Anregungen aus und ist nicht umsonst vom König von Württemberg

durch Verleihung der großen goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet worden. × In der Berliner Anthropologischen Gesellschaft hat Professor Rothmann einen sehr interessanten Vortrag über die bisherigen Forschungsergebnisse der Menschenaffenstation in Orotava auf der Insel Teneriffa gehalten, wo unter vollkommen natürlichen Bedingungen 7 Schimpansen im Alter von 5 bis 6 Jahren der ständigen wissenschaftlichen Kontrolle Dr. Teubers respektive Dr. Köhlers unterstehen. Über den fesselnden Vortrag ist von Baeye in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift ein ausführliches Referat erstattet worden. Ich komme nach dem Erscheinen der Originalabhandlungen auf die Sache zurück. × Über plötzliches Ergrauen nach Schreck hat der Krieg schon eine reiche Literatur hervorgebracht. Auch davon wird später zu reden sein. × Über die Minderwertigkeit des erstgeborenen Kindes legt Dr. Sören Hansen (Kopenhagen) im 10. Jahrgang des Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie eine Studie auf, die besonders Soziologen interessieren und zum Widerspruch herausfordern dürfte.

× Literatur

Ich habe den Eindruck, daß mit der Allgemeinen Biologie, die in Paul Hinnebergs Enzyklopädie Die Kultur der Gegenwart /Leipzig, Teubner/ den einleitenden Band zu der Abteilung Organische Naturwissenschaften bildet (früher veröffentlichte biologische Bände sind bereits in dieser Rundschau, 1914, 1. Band, pag. 134 f., besprochen worden) meine Bibliothek sich um eines der interessantesten zusammenfassenden Werke bereichert habe, die mir in den letzten 15 Jahren unter die Finger gekommen sind. Unter der Leitung des inzwischen verstorbenen Leipziger Zoologieprofessors Carl Chun und des Kopenhagener Botanikers und Entwicklungsforschers W. Johannsen herausgegeben, hat es sich zur Aufgabe gestellt eine ganze Anzahl der ausgezeichnetsten deutschschreibenden Autoren unserer Zeit, die mit selbständig erworbener Einsicht in biologische Spezialgebiete einen offenen Sinn für die fundamentalen Probleme der Biologie verbinden und zugleich Repräsentanten sehr gegensätzlicher Anschauungsweisen sind, zu einem Kollegium zusammenzubringen, das in glücklich durchgeführter Arbeitsteilung eine Schilderung der allgemeinen Erscheinungen des Lebens besorgen

soll. Dabei ist nun freilich keine Darstellung herausgekommen, die in erster Linie durch ihre Einheit ergötzt, wohl aber ein überaus fesselndes und anregendes Werk, dessen mosaikartige Struktur, wie der dänische Herausgeber selbst sagt, den Ausdruck des jetzigen, noch ganz im Ringen liegenden Zustands der Biologie sehr eindringlich verkörpert und, da die Autoren sehr rasch wechseln, ein überaus vielfältiges Gepräge erhält. Da es der Mühe wert ist jeden Beitrag einzeln zu nennen, sei im folgenden eine Übersicht über den Gesamtinhalt des 691 Seiten starken Bandes angelegt. Einleitend gibt Emil Radl einen kurzen Abriss der Geschichte der Biologie von Linné bis Darwin, worauf von Alfred Fischel mit einer Betrachtung über die Richtungen der biologischen Forschung und ihrer Methoden und von O. Rosenberg mit einer Darlegung der Methoden des Botanikers der Übergang zum Hauptthema des Buches hergestellt wird. Es beginnt mit einer ausgezeichneten Studie Hans Spemanns zur Geschichte und Kritik des Begriffs der Homologie. Und nun folgen: Otto zur Strassen Die Zweckmäßigkeit; Wolfgang Ostwald Die allgemeinen Kennzeichen der organischen Substanz; Wilhelm Roux Das Wesen des Lebens, Waldemar Schleip Über Lebenslauf, Alter, Alterserscheinungen und Tod des Individuums; B. Lidforss Das Protoplasma, zellulärer Bau, Urzeugung und Elementarstruktur der Organismen; G. Senn Die Bewegungen der Chromatophoren; Max Hartmann Allgemeine Biologie der Protisten; Ernst Laqueur Entwicklungsmechanik tierischer Organismen; Hans Przibram Regeneration und Transplantation im Tierreich; Erwin Baur Regeneration und Transplantation im Pflanzenreich; Emil Godlewski Fortpflanzung im Tierreich; P. Claussen Fortpflanzung im Pflanzenreich; W. Johannsen Über Periodizitäten im Leben der Pflanze; Otto Porsch Die Gliederung der Organismenwelt in Pflanze und Tier und die Wechselbeziehungen zwischen den beiden; P. Boysen-Jensen Hydrobiologie; endlich W. Johannsen Experimentelle Grundlagen der Deszendenzlehre, Variabilität, Vererbung, Kreuzung und Mutation. Ein ausführliches Register bildet den Abschluß. Viele Abschnitte bedürfen keiner ausführlichen Illustration; wo sie aber nötig wird, sind Bilder in ausreichendem Maß beigegeben und nach guten neuen Vorlagen ausgewählt. Ich habe mich über die gute und freie Schreibweise der meisten

Abschnitte gefreut und empfehle das Buch recht angelegentlich jedem, der seinem Naturerkenntnistrieb zu einer tüchtigen und vielseitigen Grundlage verhelfen will.

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Schwurgericht Die Einberufung einer großen Zahl der Justizbeamten zum Kriegsdienst hat selbstverständlich eine starke Überlastung der Gerichte im Gefolge. Es kann daher nicht wundernehmen, daß Mittel und Wege gesucht werden, um die Tätigkeit der Gerichte, soweit dies ohne Schaden für die Rechtspflege geschehen kann, während des Krieges einzuschränken. Zur Erreichung dieses Zwecks wurde jüngst von hervorragender juristischer Seite der Vorschlag gemacht mit dem sogenannten Legalitätsprinzip, solange der Krieg dauert, zu brechen, das heißt der Staatsanwaltschaft das Recht zu verleihen von der Erhebung von Anklagen Abstand zu nehmen, sofern die Verfolgung nicht durch das öffentliche Interesse geboten erscheint. Weiter ist angeregt worden die Geschworenengerichte bis zum Friedensschluß zu suspendieren und die ihnen durch die Reichsstrafprozeßordnung zugewiesenen Aufgaben durch die Strafkammern erfüllen zu lassen, da der mit dem Schwurgericht verbundene Apparat viel schwerfälliger und langsamer funktioniert und weit mehr Kräfte erfordert als wenn die Sachen kurzweg von den Strafkammern abgeteilt würden.

Gegen diesen zweiten Vorschlag ist fast durchweg in der Presse, auch in der konservativen, protestiert worden. Man hat mit Recht darauf hingewiesen, daß selbst der Entwurf der Strafprozeßordnung von 1908, obwohl sein Ziel ausschließlich die Stärkung der Staatsgewalt war und er deshalb sehr wesentliche, den Bürger vor der Übermacht der Justizbureaukratie schützende Rechtsgarantien preisgeben wollte, den Ersatz des Schwurgerichts durch eine anders gestaltete Organisation der Strafgerichte mit Entschiedenheit abgelehnt hat, aus der Erwägung heraus, daß die Geschworenengerichte nach wie vor in der Bevölkerung ein hohes Maß von Vertrauen genießen. Überdies würde, so heißt es wörtlich in der dem Entwurf beigegebenen Begründung, die Abschaffung der Schwurgerichte »in manchen Kreisen als die Beseitigung einer wertvollen, aus politischen Gründen

hochgehaltenen Errungenschaft angesehen werden. Diese weitverbreitete und historisch begründete Stimmung bildet einen Faktor, den der Gesetzgeber nicht übersehen darf, auch wenn er gewisse Mängel in unserer schwurgerichtlichen Verfassung anerkennen muß. Wenn der entscheidende Grund für die Umwandlung der Strafkammern in Schöffengerichte in dem Wunsche liegt der Rechtsprechung dieser Gerichte ein erhöhtes Maß von Vertrauen zu sichern, so besteht ein solcher Grund gegenüber den Schwurgerichten in größerem Umfang jedenfalls nicht.« Aus diesen Gründen ist mit vollem Recht gefolgert worden, daß es ein gefährliches Experiment wäre, nur um einige durch den Krieg für unsere Gerichte hervorgerufene Schwierigkeiten zu beseitigen, ein Institut, wenn auch nur vorübergehend, außer Kraft zu setzen, in dem das Volk eine wertvolle Bürgschaft für eine gerechte Rechtsprechung sieht. Geschähe dies, so könnte leicht der Gedanke Platz greifen, daß bei der Abneigung der beamteten Juristen gegen das Geschworenengericht dahinter sich der Versuch verstecke überhaupt das Schwurgericht durch Gerichte zu ersetzen, in denen die Schuldfrage nicht mehr allein von den Laienrichtern entschieden wird. Daher muß hier der Satz »Principiis obsta!« gelten.

× **Legalitätsprinzip** ×
Aus den gleichen Gründen kann auch der Bruch mit dem Legalitätsprinzip für die Dauer des Krieges nicht empfohlen werden. Wenn die Geschichte dieses Krieges einst geschrieben werden wird, so wird es einer der schönsten Ruhmetitel Deutschlands sein, daß die Rechtspflege während des Krieges in durchaus normaler Weise funktioniert hat, daß die Gesetzgebung nach mannigfacher Richtung hin sozialer geworden ist, und daß die Rechtsanwendung es verstanden hat sich dem Willen des Gesetzgebers und den veränderten Verhältnissen mit anerkennenswerter geistiger Elastizität anzupassen. Ist dies aber der Fall, so muß alles unterlassen werden, was dazu führt, daß dem Richter oder Staatsanwalt Funktionen anvertraut werden, die allein der Gesetzgeber ausüben sollte. Nur dieser hat zu entscheiden, ob ein öffentliches Interesse vorliegt an einen bestimmten Tatbestand die Rechtsfolge der Strafe zu knüpfen. In die Hand der Anklagebehörde kann die Entscheidung dieser Frage nicht gelegt werden. Dieser rein staatsrechtliche Ge-

sichtspunkt scheint mir entscheidend dafür zu sein, daß das Legalitätsprinzip nicht angetastet werden darf. Gewöhnlich pflegt man das Verlangen nach Beibehaltung des Legalitätsprinzips lediglich mit parteipolitischen Gründen zu stützen. Daß diese auch eine Rolle spielen, soll nicht verkannt werden. Sie kommen jedoch erst in zweiter Linie in Betracht. Man darf nicht übersehen, daß die weitaus größte Zahl der Sachen, mit denen die Strafgerichte sich zu befassen haben, mit in das Gebiet der Politik hineinspielenden Fragen nicht das geringste zu tun hat, und daß die Staatsanwälte selbst, soweit sie sich literarisch geäußert haben, sich gegen die Beseitigung des Legalitätsprinzips ausgesprochen haben, aus der Erwägung heraus, daß die Einführung des Opportunitätsprinzips dem Volk die Überzeugung von der Rechtsnotwendigkeit der Strafe benehmen und zu einer schlechthin unbegrenzten Subjektivität bei der Handhabung des Strafverfolgungsrechts hinleiten würde. Man wird also, wenn man die Frage objektiv prüfen will, gut daran tun alle Schlagworte beiseite zu lassen und sich an den Kern der Sache zu halten. Dieser aber liegt darin, daß die gesetzgebende Gewalt unter allen Umständen die übergeordnete sein muß, und daß sie keine ihr obliegenden Befugnisse an die Verwaltungsorgane oder an den Richter abtreten darf. Aus den selben Gründen, aus denen die vielfach in der Rechtswissenschaft verbreitete Ansicht (die, man kann das sagen, vor dem Krieg die herrschende war) mit aller Entschiedenheit zu verwerfen ist, daß der Gesetzgeber sich darauf zu beschränken habe seinen Willen mit einigen allgemein gehaltenen, abstrakten Redewendungen kundzutun und die tatsächliche Ausfüllung dieser Begriffe dem freien, unbeschränkten richterlichen Ermessen zu überlassen, muß auch die Fortdauer des Legalitätsprinzips verlangt werden. Der Gesetzgeber hat sich darüber klar zu werden, welche Handlungen er als so sehr gegen die Allgemeininteressen verstoßend erachtet, daß ihre Abwehr nur durch Kriminalstrafe möglich ist. Die Delegation dieser Entscheidung an die Anklagebehörde ist in keinem Fall zu empfehlen. Sehr treffend sagt der Heidelberger Strafrechtslehrer Professor von Lilienthal: »Es ist ganz bezeichnend, daß eigentlich noch niemand ernstlich versucht hat diesen Begriff [nämlich den des öffentlichen Interesses] näher zu bestimmen. Das ist auch um so schwerer möglich, als man

sich bei der Beurteilung des konkreten Falles mit dem abstrakten Urteil des Gesetzgebers in Widerspruch setzen muß. Wenn die Bestrafung nicht im öffentlichen Interesse notwendig erscheinen wäre, so hätte doch der Gesetzgeber an bestimmte Tatbestände nicht Strafolgen geknüpft. Tatsächlich ist also jede Unterlassung der Verfolgung wegen mangelnden öffentlichen Interesses eine abfällige Kritik des Gesetzes. Daß sie in sehr vielen Fällen berechtigt ist, soll nicht in Abrede gestellt werden. Das würde aber zu einer Änderung der Gesetzgebung nötigen, die nicht durch gelegentliche Nichtanwendung ersetzt werden kann.«

Der Entwurf der Strafprozeßordnung von 1908 vertrat den Standpunkt, daß allerdings nicht daran gedacht werden könne den Grundsatz des Verfolgungszwangs allgemein aufzugeben, denn er bilde eine in erheblichen Sachen unentbehrliche Garantie für die gleichmäßige und unparteiische Handhabung des Anklagerechts der Staatsanwaltschaft. Wohl aber sei eine Milderung des strengen Prinzips in Sachen möglich, die wegen der Geringfügigkeit der Straftat oder aus anderen Gründen eine abweichende Behandlung gestatten. Daß der Grundsatz des Verfolgungszwangs Ausnahmen vertrage, ohne daß damit das Vertrauen in eine unparteiische Handhabung der Strafverfolgung erschüttert werde, zeige sich aus den schon im geltenden Recht zugelassenen Durchbrechungen des Prinzips. Das bestehende Gesetz sehe bei den nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen der Beleidigung und Körperverletzung ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft nur dann vor, wenn es im öffentlichen Interesse liege, während im übrigen der Weg der Privatklage offenstehe. Diese letzten Worte der Begründung hat jedoch der Entwurf selbst bei der von ihm angestrebten Regelung wieder vergessen, obwohl sie die entscheidenden sind. Nach geltendem Recht ist da, wo das Einschreiten der Staatsanwaltschaft mangels Vorliegens eines öffentlichen Interesses nicht erfolgt, stets der Verletzte berechtigt eine Bestrafung herbeizuführen. Diesen Grundsatz aber wollte der Entwurf über Bord werfen. In den Fällen, in denen er mit dem Legalitätsprinzip brach, sollte das Ermessen der Staatsanwaltschaft allein darüber entscheiden, ob eine Strafverfolgung einzutreten habe oder nicht. Dem durch die Straftat Verletzten wurde ein eigenes Recht auf Realisie-

rung des Strafanspruchs versagt. Es sollte also in ganz wesentlicher, grundsätzlicher Abweichung vom geltenden Recht von jetzt ab Handlungen geben, auf die der Staat zwar prinzipiell eine Strafe setzt, die aber in der Praxis straflos bleiben würden, falls die Staatsanwaltschaft eine Verfolgung nicht eintreten läßt. Der Verletzte wird im Gegensatz zum bestehenden Recht ausgeschaltet. Die Begründung zum Entwurf verwechselt hier verschiedene rechtliche Begriffe, die streng zu scheiden sind. Von der bisher hier erörterten Frage ist die andere streng zu trennen, wem der Staat das Strafklagerecht anvertrauen will, ob er es allein und ausschließlich für sich in Anspruch nimmt, oder ob er es dritten Personen, sei es dem Verletzten sei es jedem Bürger überlassen will. Ist dieses der Fall, wird also von Rechts wegen dafür gesorgt, daß eine Sühne für die Gesetzesverletzung erlangt werden kann, dann verträgt allerdings sehr wohl der Grundsatz des Anklageswa n g s Einschränkungen. Dagegen ungangbar ist der vom Entwurf vorgeschlagene Weg, daß das Anklagemonopol, das heißt das ausschließliche Recht auf Strafverfolgung der Staatsanwaltschaft verliehen wird, ihr aber zugleich das Recht zusteht die Durchführung des Strafanspruchs abzulehnen. Dies aber wollte der Entwurf in einem sehr weiten Umfang tun, insbesondere auf dem stark politische Interessen berührenden Gebiet der Übertretungen sowie der Verletzung der Arbeiterschutzesetze. Auch in dieser Beziehung werden die im Krieg gesammelten Erfahrungen nach den verschiedensten Richtungen hin die Veranlassung zum Umlernen bieten. Unsere sozialen Gesetze, einschließlich der Arbeiterschutzesetze, haben sich in ganz außerordentlichem Maß bewährt. Auf ihr Konto ist die den übermenschlichsten Anstrengungen gewachsene Widerstandskraft unserer Truppen zu einem guten Teil zu setzen, so daß alle Versuche einer Einschränkung der sozialen Gesetzgebung, woran es gerade in der Zeit unmittelbar vor dem Krieg nicht gefehlt hat, ohnmächtig abprallen werden. Das wirksame Schutzmittel der Strafe und die Sicherheit, daß Handlungen, auf deren Begehung oder Unterlassung eine Strafe gesetzt ist, auch mit nachdrücklichstem Ernst tatsächlich verfolgt werden, aber können nicht entbehrt werden, sollen die Gedanken der sozialen Gesetzgebung in der Praxis verwirklicht werden.

Noch ein Punkt sei in diesem Zusammenhang hervorgehoben. Der Entwurf wollte insbesondere gegenüber jugendlichen Delinquenten das Legalitätsprinzip beseitigen. Dies aber wäre ganz besonders verfehlt. Die entscheidende, oft die ganze Existenz eines jungen Menschen bedingende Frage, ob Erziehungsmaßregeln zu ergreifen seien oder Kriminalstrafe einzutreten habe, darf nicht in das Ermessen der Anklagebehörde gestellt werden. Es geht nicht an in der Gestalt eines Paragraphen der Strafprozeßordnung das materielle Recht zu reformieren. Alles, was zur Rechtfertigung des Vorschlags des Entwurfs vorgebracht ist, läuft darauf hinaus, daß die den Jugendlichen einer gerichtlichen Bestrafung unterwerfenden Vorschriften des Strafgesetzbuchs eine grundlose und auch die Allgemeinheit schädigende Härte darstellen. Also weil diese Vorschriften bestehen, nicht weil das Legalitätsprinzip gilt, ist die Reform geboten.

Die Kriegsgesetzgebung hat eine Anzahl sehr verständiger Maßnahmen zur Vereinfachung des Verfahrens gebracht, zum Beispiel die Ausdehnung des amtsrichterlichen Strafbefehls, die Bestimmung, daß bei Vergleichen im Zivilprozeß nur die Hälfte der Gerichtskosten berechnet wird. Diese kleinen Palliativmittel sind zu begrüßen. Zu den vorerwähnten einschneidenden Änderungen des geltenden Rechts dagegen sollte man nicht seine Zuflucht nehmen. Nach den soeben abgegebenen Erklärungen des sächsischen Justizministers in der Zweiten Kammer ist übrigens nicht zu fürchten, daß die Regierungen an Einführung von Maßnahmen, die die Rechtssicherheit irgendwie beeinträchtigen, trotz dem Kriegszustand denken: ein neuer Beweis unserer innern Stärke.

× **Belagerungs-** ×
zustand In der juristischen Literatur, in einigen Entscheidungen unterer Gerichte und auch in der Tagespresse sind vielfache Zweifel über die Rechtsgültigkeit militärbehördlicher Anordnungen geäußert worden. Diese Erörterungen sind an sich gewiß berechtigt; trotzdem berührten sie manchmal wenig sympathisch. Die Zeit, in der wir leben, ist zu ernst, und die Gefahren, die uns bedrohen, sind zu groß, als daß Raum für juristische Haarspaltereien und Spitzfindigkeiten ist. Selbstverständlich sind auch für den Militärbefehlshaber die Gesetze in vollem Umfang bindend. Aber diese räumen ihm eben mit Rück-

sicht auf die Staatsnotwendigkeit weitgehende Befugnisse ein. Es ist erfreulich, daß eine Entscheidung des 3. Strafsenats des Reichsgerichts hier Klarheit geschaffen hat. Das höchste Gericht hat unter dem 15. März ausgesprochen: Das preußische Belagerungszustandsgesetz vom 4. Juli 1851 »hat seine selbständige Bedeutung behalten unter Erweiterung seiner gesetzlichen Wirksamkeit und schöpft seine reichsgesetzliche Geltung mittelbar aus der Verfassungsvorschrift. Ebensovienig bedurfte es einer Bekanntmachung des Gesetzes innerhalb der einzelnen bundesstaatlichen Gebiete, um für sie die Bestimmung des Artikel 68 der Reichsverfassung wirksam zu machen. Die Militärbefehlshaber üben das ihnen durch das Gesetz übertragene Recht nicht an Stelle der Landesbehörden sondern kraft der ihnen unmittelbar übertragenen Befugnis aus, so daß sie hierbei nicht an landesgesetzliche Formvorschriften für die Erlassung und Veröffentlichung polizeilicher Verordnungen gebunden sind. Das preußische Gesetz selbst enthält in diesen Richtungen keine besonderen Bestimmungen, an deren Beobachtung die Rechtsgültigkeit der Verordnungen der Militärbefehlshaber geknüpft sind.«

× **Kurze Chronik** Bei Vergehen gegen Vorschriften, die vom Bundesrat zum Zweck wirtschaftlicher Maßnahmen während des Krieges erlassen worden sind und keine schwerere Strafe als Gefängnis bis zu 1 Jahr androhen, kann die Strafe von jetzt ab durch Strafbefehl des Amtsrichters festgesetzt werden. Diese neue Vorschrift, die bei Verletzung der Höchstpreisbestimmungen, des Fütterungsverbots und dergleichen Anwendung finden wird, soll ein rascheres, weniger umständliches Verfahren ermöglichen. × Auf Anordnung des kommandierenden Generals des 2. Armeekorps wird im Interesse der Deckung des Bedarfs für die Heeresverwaltung der Arbeitsvertragsbruch gewerblicher Arbeiter bestraft. Arbeitgeber, die vertragsbrüchige Arbeiter annehmen, werden ebenfalls bestraft. × Die Zahl der von Jugendlichen verübten Straftaten ist im starken Steigen begriffen. Diese beklagenswerte Tatsache hat darin ihren Grund, daß die Väter eingezogen und die Mütter gezwungen sind einem Erwerb nachzugehen, so daß die Kinder vielfach unbeaufsichtigt sind. × Im Juli feierte das

Gewerbegerichts-gesetz sein 25-jähriges Jubiläum. Das Gesetz hat sich durchaus bewährt, und zwar sowohl was die vermittelnde als auch die rechtssprechende Tätigkeit der Gewerbegerichte anlangt.

× **Literatur** Ein sehr lehrreiches, geschmackvolles Buch hat der Rechtsanwalt Dr. A. Kneer in Trier erscheinen lassen: Die Denkmalpflege in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsverhältnisse /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Er wollte kein Handbuch schreiben, das die ganze Materie erschöpft, sondern nur einen Wegweiser an einer Straße aufstellen, die in ein Land voller Erinnerung und Schönheit führt. Sein Zweck ist, so sagt er in der Vorrede, erreicht, wenn es der Ausbreitung einer Kulturbewegung dienlich ist, deren Grundzüge keinem Gebildeten fremd sein sollten. Das ist dem feingebildeten Verfasser auch gelungen. Nicht nur der Jurist, sondern jedermann wird das auch stilistisch elegant geschriebene Buch in einer Zeit, in der so viele Kulturgüter zerstört werden, mit wärmster Anteilnahme lesen und, da die Beispiele vorwiegend den rheinischen und im besondern den trierischen Verhältnissen, also den denkmalreichsten Gegenden Deutschlands, entnommen sind, nicht unterlassen bei der Lektüre jeder Seite des Buches unseren Truppen und ihren Führern immer von neuem zu danken, daß sie diese Grenzteile unseres Vaterlands mit ihrer hohen Kultur vor feindlichen Einfällen treu bewahrt haben.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Alte Kunst Zum Besten des Roten Kreuzes haben sich private Sammler entschlossen ihren Besitz an alter Kunst, sofern er nicht schon öffentlich ausgestellt war, für wenige Wochen bei Cassirer in Berlin zu zeigen. Wilhelm Bode und Max J. Friedländer haben die Bestände gesichtet und die Auswahl getroffen. Die Ausstellung brachte, wie zu erwarten war, neben einigen Werken von Berühmtheiten, eine größere Zahl Bilder von solchen Meistern, die nicht so sehr als Bahnbrecher wirkten, aber im Gefolge der großen, Richtung gebenden Meister, immer noch Gutes hervorbrachten. Es ist die Gerechtigkeit von uns als Nachwelt, die heute solches Mittel-

gut ans Licht setzt und anerkennt, jene Gerechtigkeit, die uns zeitgenössischer Mittelbegabung gegenüber fehlt. Auch unsere Nachwelt wird hier gutzumachen haben.

Neue Seiten der Künstler oder der Werke haben sich uns durch diese Ausstellung nicht gezeigt; man hatte aber Gelegenheit in Muße sich über die absoluten Qualitäten Rechenschaft zu geben, die in den Umgebungen, wie sie heute durch unsere großen Museen geschaffen sind, deswegen schwer zur Geltung kommen, weil sie durch Masse, aber auch durch die allerersten Meisterwerke häufig übertönt werden. Auch manchen wertvollen Hinweis in entwicklungsgeschichtlicher Bahn konnte man empfangen. Es ist eine längst erkannte Erscheinung, daß die Eigentümlichkeiten einer bestimmten Kunstrichtung oder eines einzelnen Künstlers beim Schüler oder Nachahmer viel klarer zutage treten als bei den großen Erfindern selbst. Der Meister deckt oder verschleiert die gleichsam nackten Tendenzen seiner Kunst durch die weitausgreifende Persönlichkeit und eine gewisse Universalität im Anfassen aller Probleme. Der Bildaufbau bei Leonardo zum Beispiel ist so geheimnisvoll in die mächtige, nach tausend Seiten hin strahlende Auffassung des Weltganzen eingebettet, daß erst aufmerksame Nachrechnung ein bestimmtes System aufzudecken vermag. Bei seinen Nachfolgern ist er ein Schema geworden, das auf den ersten Blick durchschaut wird.

Hier konnte man sich besonders bei den Holländern des 17. Jahrhunderts in dieser Richtung Belehrung holen. Die Sammlung war auf diesem Gebiet am reichhaltigsten. Und da es sich um eine Epoche handelt, in der die Tradition der künstlerischen Schulung so lückenlos festgefügt war, daß sie selbst mittelmäßigen Talenten eine hohe Durchschnittsgüte der Produktion sicherte, so konnte man an den Werken und Werkzeugen auch weniger bekannter Namen fast durchweg seine Freude haben. Die holländische Malerei vor ihrem höchsten Aufschwung war durch Porträts und Landschaften von Averkamp, Moreelse, van der Venne vertreten. Sie alle gehören mit ihrem Geburtsjahr dem letzten Viertel des 16. Jahrhunderts an, und, was wichtiger ist, sie alle sind ihrer Art nach in der Schule des 16. Jahrhunderts groß geworden. Das spricht sich am deutlichsten in der Rolle aus, die die Farbe in ihren Bil-

dern erhält. Im 16. Jahrhundert hat die Farbe vor allem andern ihren eigenen Wert und ihre eigene Kostbarkeit zur Schau zu stellen. Die Farbe ist unabhängig von ihrem Träger, also mehr oder weniger absolut genommen. Der Auftrag ist zähe, fein vertrieben bis zur Glätte. Das sind die Ausläufer einer Entwicklung, die in der Glasmalerei des 14. Jahrhunderts ihren Anfang hat. Je weiter wir in der Malerei Hollands fortschreiten, desto weiter verschiebt sich auch die Aufgabe, die der Farbe zugemutet wird. Die Farbe verliert an Eigenwert, um sich einem (für die Zeit) Höhern unterzuordnen dem Stofflichen. Fast die gesamte Malerei des 17. Jahrhunderts wetteifert darin edle Stoffe, Brokat, Atlas, Teppiche, Metall, Haargelock durch die Farbe so zu zwingen, daß uns die jeweilig eigenen Dingqualitäten zum Bewußtsein kommen. Der Farbenauftrag bleibt wohl fest, er ist aber jetzt nicht nur Träger seines eigenen Werts, sondern er hat auch noch mehr vorzustellen: Struktur und Eigenschaft seines Trägers. Und unter den Genremalern des 17. Jahrhunderts bis zu Caspar Netscher, dem Deutschen, der aber in holländischer Disziplin erzogen ist, gibt es Künstler, die solchen Dingeigenschaften bis in die letzten Abstufungen nachzugehen vermochten, so daß die Kunst hinter dem Können verschwand.

Hals und Rembrandt gingen die gleichen Wege wie die anderen. Aber hier zeigt sich eben, was der große Geist vor dem mittelmäßigen voraus hat, der Mut zum Sprung über das »weiter-rutschende Handwerk« hinweg zu neuen Zielen. Rembrandt gelang es bei der eindringlichsten Stoffmalerei auch den Eigenwert der Farbe zu erhalten, und gerade die Zusammenfassung trägt dazu bei, daß seine Bilder in eine Atmosphäre gehoben scheinen, die hoch über unserer werktäglichen Erde schwebt, wiewohl er gegenständiglich nichts als Menschliches behandelt.

Die Bilder der deutschen und italienischen Schulen waren weniger bezeichnend, obgleich Stücke mit den Namen der bekanntesten Meister versehen waren.

Sehr diskutiert wurde das berühmte und durch seine lange Ausstellung in der Pinakothek von München her bekannte Laokoonbild von Greco. Wer sich ihm von Rembrandt her nähert, wird nicht auf seine Rechnung kommen. Der Vorgang ist seiner Objektivität fast

vollständig entkleidet und in ein etwas absonderliches Kostüm gebracht. Deswegen fehlt ihm auch das Elementare in der Auffassung. Es werden Figuren eingeführt, die mit der Handlung im eigentlichen Sinn nichts zu tun haben. Der beste Hinweis auf diese verstandesmäßige Zusammensetzung des Bildes liegt in dem Pferd, das mitten drin ohne Reiter über die Felder der Stadt zu eilt. Es hat hier nur die Aufgabe den Raum zu füllen und den Rhythmus fortzusetzen. Und da muß man einhaken, wenn man Greco in diesem Werk gerecht werden will. Die Erregung des Künstlers liegt hier in dem Auf und Ab von Licht und Schatten, in dem Auf-flackern und Verlöschen von Flammen, die mit dem objektiven Inhalt wohl nichts zu tun haben, aber trotzdem als subjektive Werte für die Stimmung von großer Wirkung sind. Daß hier dann nebenbei auch Probleme angeschlagen werden, die mit der zeitgenössischen Kunstrichtung in Beziehung stehen, mag dem Bild heute eine höhere Bedeutung geben als ihm absolut genommen zukommen dürfte.

× **Kriegsbilder** Es wäre heute gar nicht

im Sinn unserer Zeit, wollte man die Frage stellen, welcher gegenständliche Inhalt von der bildenden Kunst aufgenommen und verarbeitet werden darf und welcher nicht. Wir sind heute viel eher geneigt aus der sich uns anbietenden Kunst neue Lehren zu ziehen als ihr solche zu geben. Wenn sich dennoch die Frage bei uns einstellt, inwieweit sich die Schrecknisse des Krieges, besonders die Szenen des Nahkampfs, zur Darstellung eignen, so kommt das daher, weil alles, was heute davon gemalt wird, seine künstlerische Unzulänglichkeit in sich trägt. Den Grund hierfür sehe ich darin, daß der Künstler heute ohne Rücksicht auf die Mittel, die seine Kunst gerade besitzt, glaubt sich des Inhalts bemächtigen zu müssen.

So gar Liebermann scheint mir hier fehlzugreifen. In seinen neuesten Blättern stellt er unter anderm Vorgänge vom Kriegsschauplatz oder aus der Verwundetenfürsorge dar. Liebermann ist ein Meister des Impressionismus, und der Impressionismus ist nun einmal die Kunst von der Natur κατ' εἶσοχὴν. Im Wesen seiner Kunst liegt es, daß er alles Dramatische nur in einer Weise betrachtet: als ästhetisches Phänomen. Hier versucht nun Liebermann einmal von seiner Kunst ab-

zugehen, die Formen durchzubilden, statt abzukürzen, von Körpern einen Kontur zu geben und das Ganze nicht allein nach Licht und Schattenmassen zu gliedern sondern nach der bestimmten Form eines Umrisses. Er malt nicht vor der Natur, sondern er erfindet ohne sie, und damit wird alles das, was sonst den Reiz des Lebendigen, Vorübergehenden hatte, steif, ein wenig trocken und das, was heute als aktueller Inhalt hinzutritt, künstlerisch nicht gerade belangvoll. Deswegen scheinen mir die Blätter alten Schlages, aber neuesten Datums, wie die beiden Selbstporträts, das Bildnis Gerhart Hauptmanns, die Badeszenen, die Radierung vom barmherzigen Samariter, nicht nur in ihrer Art wertvoller, sondern sie verkörpern den künstlerischen Typus unserer Zeit viel klarer als die anderen, die zufällig ihren Inhalt zum Gegenstand nehmen.

Trotzdem möchte man solche Blätter in dem Werk Liebermanns nicht missen, weil sie einmal zeigen werden, wie sich der Künstler zu Problemen stellt, die eigentlich über seine Kunstmittel hinausgehen. Programmatisch können sie erweisen, daß es Entwicklungsstadien der Kunst gibt, die gewisse Inhalte des Lebens nicht aufnehmen können. Es gibt eben keine Kunst schlechthin sondern nur die in der Zeit und damit in ihren Mitteln begrenzte Kunst. Diese aber wird Formungen immer nur für ganz bestimmte Inhalte besitzen, während andere, und seien diese noch so bedeutungsvoll und für die Zeit maßgebend, außerhalb bleiben müssen.

Im Fall Liebermann zerschellen die Inhalte an einer fertigen, in sich gerundeten Kunst. Wie gefährlich es werden kann, wenn sich ein allzu bedeutender Inhalt in eine Kunst drängt, die noch nicht genug eigene Formungen für ihn besitzt, zeigt ein anderes Beispiel. In einer Mappe Lithographien, die er Memento 1914 nennt, vor allem aber in einem Bild mit lebensgroßen Figuren stellt Willi Jäckel das Gräßlichste dar, was wir den Schlachtberichten entnehmen können, die Greuel und Teufeleien einer entfesselten und verrohten Menschheit. Drastischer als er konnte man diese Vorgänge gar nicht schildern. Prinzipiell ließe sich auch dawider nichts einwenden. Auch das Gräßlichste kann künstlerisch gebändigt werden. Ich erinnere nur an die vielen Beispiele alter Kunst, an die Marterszenen Heiliger, an die Darstellungsfolgen von Goya. Selbst Rembrandt und Watteau

sind in einigen ihrer Werke weit genug darin gegangen. Ein Wagnis war es für sie alle zwischen den Klippen der Banalität und Sensation glücklich hindurchzukommen. Vor dem erwähnten Bild Jäckels, wo ein Soldat dem Feind sein Bajonett stracks in die Gurgel bohrt, ein anderer im nächsten Augenblick mit dem Kolben einen Schädel zertrümmert (das alles in lebensgroßen Figuren), werden in uns Assoziationen erweckt, die jede Betrachtung von Form und Farbe zu Boden schlagen. Und doch erinnere ich mich einer Darstellung eines Nahkampfes von Hodler (Kunsthalle Basel), wo ein ähnliches Erlebnis aus der Sphäre der Wirklichkeit zur Kunst erhoben ist. In Jahren mag der Maler über so reiche künstlerische Formungen verfügen, daß auch noch das Schrecklichste unter seiner Hand zum Kunstwerk wird. Deswegen will diese Erörterung über die Kunst Jäckels im allgemeinen nichts sagen. Sie will nur darauf weisen, daß eine Kunst, die wohl sehr geschickt mit fertigen, also akademischen Formen hantiert, aber noch ängstlich um eigenen Ausdruck kämpft, ihre Aufgaben behutsam wählen muß. Schon in der Wahl liegt Takt und Geschmack des Künstlers beschlossen.

Schließlich ist noch zu sagen, daß eine kriegerische Zeit nicht auch notwendig ihre Kriegsbilder haben muß. Das Große, Neue muß die Form sein, und in der Bildung, Formung der Dinge muß sich zeigen, was an Kraft, Bindung und Allgemeingefühl aus der Zeit in uns übergeht. Während der mörderische Freiheitskampf der Niederlande ausgefochten wurde, malten die holländischen Maler stille Marinen, weidende Herden und friedliche Menschen, die sich auf Eisplätzen erlustigen. Kampfszenen waren eine Seltenheit. Aber unter der wie mit Öl bezogenen Oberfläche stürmten Fluten eines neuen künstlerischen Lebens, das in Rembrandt seinen Höhepunkt hatte.

× **Bilderkäufe als Kriegshilfe** ×
 Durch den Krieg sind viele unserer Künstler in schwierige Verhältnisse gekommen, und unter ihnen diejenigen besonders, die in den vordersten Reihen der Kunst kämpfen. Ist ein Verkauf in friedlichen Zeiten bei ihnen schon ein Ereignis, so ist er jetzt fast unmöglich. Von vielen Seiten sind Hilfsaktionen eingeleitet worden, und mancherlei Segen wird gestiftet. Aber es

bleibt bei dieser Art Menschen besonders schwierig zu geben, weil das Annehmen bei ihnen so wenig natürlich ist. Mit wie geringen Mitteln indessen angehenden Berühmtheiten auf würdige Weise geholfen werden kann, ersieht man aus dem Verfahren einiger kleiner Stadtmuseen, die für relativ niedrige Beträge jetzt und gerade jetzt Bilder von jungen und begabten Künstlern erwerben. Ich nenne hier nur den Direktor der Stadtgalerie in Essen, der mit dem feinsten Gefühl für künstlerische Begabung Bilder zu Preisen kauft, die, wenn auch sehr entsprechend, nicht über einige hundert Mark hinausgehen. Dabei leistet er unermeßliche Hilfe, und die ihm anvertraute Sammlung fährt gewiß nicht schlecht. Sollte sich wirklich später einmal erweisen, daß das eine Werk der Zeit nicht standhält, so wird das andere vielleicht einen 10-fachen Wert bekommen haben, und das wertlose kann ruhig ins Depot wandern. Es gibt unter den alten Meistern unserer Galerien so viele Stücke, die, von jedem Standpunkt aus betrachtet, ruhig ins Depot wandern könnten. Bedenkt man, mit wie verhältnismäßig geringen Mitteln heute auf diese Weise geholfen werden kann, und hält man dieser Erwägung die Tatsache gegenüber, von der ich das letzte Mal berichtete, daß die Dresdener Galerie für zirka 65 000 Mark 20 Bilder von Slevogt erworben hat, so kann man vom kunstsozialen Gesichtspunkt aus zu dem Schluß kommen: Selbst die höchste künstlerische Qualität, die in diesem Fall ohne weiteres zugestanden werden kann, läßt eine so hohe Ausgabe an einen einzigen Künstler im Augenblick (freilich nur im Augenblick) als nicht gerechtfertigt erscheinen.

× **Kurze Chronik** ×
 Am 12. Juni starb, im Alter von 74 Jahren, der bekannte und seinerzeit auch sehr berühmte Maler Joseph von Brandt auf seinem Gut zu Radom.
 × Gleichfalls am 12. Juni starb in München der Landschaftsmaler und Radierer Joseph Willroider, der ältere Bruder und Lehrer des 1910 verstorbenen Landschafters Ludwig Willroider.
 × Der Maler Fidelis Walch ist, 85 Jahre alt, in Bukarest gestorben.
 × Der Vorstand der Berliner Sezession hat sich, mit Lovis Corinth an der Spitze, in einer außerordentlichen Generalversammlung neu konstituiert. Die nächste Ausstellung wird bereits im neuerbauten Haus Kurfürstendamm

232 stattfinden können. × Die Berliner Akademie der Künste hat den Architekten Schwechten, den Erbauer des Anhalter Bahnhofs, der Kaiser Wilhelm Gedächtnis-Kirche, des Schlosses in Posen usw., zu ihrem Präsidenten gewählt.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Eisenbahnnetz der Erde Nach dem Archiv für Eisenbahnwesen hat sich das Eisenbahnnetz der Erde im Jahr 1913 auf 1 104 217 Kilometer, das heißt um rund 22 700 Kilometer gegen das Vorjahr vergrößert, während es von 1911 bis 1912 um 27 000 Kilometer gewachsen war. Der geringere Fortschritt ist zum Teil auf die politischen Spannungen zurückzuführen, die dem jetzigen Krieg vorausgingen und sich damals schon bemerkbar machten. Die folgende statistische Übersicht gibt den Anteil der einzelnen Staaten und Erdteile an dem gesamten Eisenbahnnetz an, zugleich den Anteil der Staatsbahnen und die Zunahme der Bahnen in den einzelnen Ländern und Erdteilen.

Land respektive Erdteil	Gleislänge der Eisenbahnen Kilometer			
	Gesamtnetz		davon Staatsbahnen	
	1912	1913	1912	1913
Deutsches Reich	62 734	63 730	58 298	58 933
Rußland	62 198	62 198	39 397	39 531
Frankreich	50 232	51 188	8 941	9 028
Österreich-Ungarn	45 823	46 198	37 033	37 727
Großbritannien	37 678	37 717	—	—
Italien	17 420	17 634	14 369	14 629
Spanien	15 350	15 350	—	—
Schweden	14 272	14 491	4 453	4 610
Belgien	8 660	8 814	4 330	4 354
Schweiz	4 818	4 863	2 738	2 738
Dänemark	3 771	3 771	1 959	1 959
Rumänien	3 607	3 763	3 490	3 549
Niederlande	3 194	3 256	1 773	1 792
Norwegen	3 092	3 092	2 631	2 631
Portugal	2 983	2 983	1 120	1 148
Bulgarien	1 928	1 931	1 928	1 931
Türkei	1 684	1 994	—	—
Griechenland	1 609	1 609	—	—
Serbien	936	1 021	574	1 021
Luxemburg	525	525	197	197
Malta, Jersey, Man	110	110	—	—
Europa	342 624	346 235	183 234	185 778
Asien	107 230	108 147	70 627	70 870
Afrika	42 707	44 309	25 522	26 503
Amerika	554 124	570 108	35 812	45 158
Australien	34 803	35 418	30 518	32 834
zusammen	1 081 488	1 104 217	345 713	361 143

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl hat

Schweden die größte Gleislänge, obwohl das Eisenbahnnetz dort sonst weniger als den europäischen Gesamtdurchschnitt der Dichte (3,5 Kilometer auf 100 Quadrat-kilometer) aufweist. Am ungünstigsten steht Serbien, danach die übrigen Balkanstaaten und Rußland. Die höchste Netzdichte mit 29,9 Kilometer auf 100 Quadratkilometer hat Belgien, dann kommt Luxemburg mit 20,2, danach in weitem Abstand Großbritannien mit 12,0, Deutschland mit 11,8, die Schweiz mit 11,7 Kilometer. Die geringste Netzdichte zeigen Norwegen mit 1,0, die europäische Türkei mit 1,2 und Rußland mit ebenfalls 1,2 Kilometer.

× **Eisenbahn-fähren** In Oakland (Californien) ist kürzlich eine gewaltige Eisenbahnfähre fertiggestellt worden. Das Schiff, das den Namen Contra Costa erhalten hat, ist 132 Meter lang, 20 Meter breit und geht beladen 2 Meter tief. Das Eigenartige daran ist, daß es vollständig aus Holz gebaut ist. Das Hauptdeck trägt in der Mitte 4 Eisenbahngleise, während zu beiden Seiten Kesselräume und Räume für Mannschaft und Fahrgäste untergebracht sind. Die Gleise können 36 Frachtwagen und 2 Lokomotiven oder 24 Personenwagen und 2 Lokomotiven aufnehmen. Unter dem Hauptdeck stehen 2 Maschinen von zusammen 2500 Pferdekraft, die je 1 Seitenrad antreiben. Dadurch wird es möglich das Schiff im Notfall auch mit den Maschinen zu steuern. Die 8 Dampfkessel werden nur mit flüssigem Brennstoff geheizt.

Eine sehr bemerkenswerte Eisenbahnfähre mit verstellbarer Plattform ist die Fähre Leonard, die dem Verkehr zwischen Quebec und Lewis über den Sankt Lorenz Strom dienen soll. Das Schiff ist 100 Meter lang, 20 Meter breit und kann Züge von insgesamt 1160 Tonnen Gewicht aufnehmen. Seine Geschwindigkeit beträgt 15 Knoten. Die 3gleisige Plattform kann, je nach dem Wasserstand, an 10 Schraubenspindeln um 5,8 Meter verstellt werden, so daß es möglich ist feste Ablegebrücken zu verwenden. Zum Antrieb der Hubspindeln dient eine besondere Dampfmaschine.

× **Weichsel-Oder-Wasserstraße** Der Ausbau der Weichsel-Oder-Wasserstraße zu einem Großschiffahrtsweg für Schiffe von 400 Tonnen ist jetzt in der Hauptsache beendet; die Straße ist nach Beseitigung der letzten Hinder-

nisse bei Usch und Czarnikau Ende April dieses Jahres dem Verkehr übergeben worden. Die Ausführung bildet einen Teil der preußischen Kanalvorlage vom Jahr 1906, die für diese Wasserstraße und den Ausbau der Warthe von der Mündung der Netze bis Posen einen Betrag von 22,63 Millionen Mark vorsah. Die 292,7 Kilometer lange Wasserstraße von Küstrin an der Einmündung der Warthe in die Oder bis Brahemünde, an der Einmündung der Brahe in die Weichsel, benutzt auf 69 Kilometer den Lauf der Warthe, auf 185 Kilometer den der Netze, auf 26,6 Kilometer den alten Bromberger Kanal und schließlich auf 11,9 Kilometer den Lauf der Brahe. Von der Oder bis zur Scheitelhaltung im Bromberger Kanal sind rund 48 Meter Höhenunterschied zu überwinden, während der Abstieg zur Weichsel rund 28 Meter hoch ist. Auf der Wasserstraße können nun Schiffe von 55 Meter Länge, 8 Meter Breite und 400 Tonnen Lade-fähigkeit bei 1,4 Meter Tauchtiefe verkehren.

× **Brückenbauten** × Die neueren Brückenbauten der Stadt Prag, die seit 1900 mit einem Aufwand von rund 8,5 Millionen Mark ausgeführt worden sind, lassen eine bemerkenswerte Entwicklung in der Verwendung der Baustoffe erkennen. Die erste der hier in Frage kommenden 4 Brücken, die Franzensbrücke, ist eine gewölbte Steinbrücke von 340 Meter Gesamtlänge mit 9 Öffnungen von 25,64 bis 42,35 Meter lichter Weite, die zweite ist eine eiserne Brücke von 170 Meter Gesamtlänge mit 3 Bogenträgeröffnungen von 48, 53 und 59 Meter und oberliegender Fahrbahn, die dritte Brücke, über die Hetzinsel, ist in dem einen, die Kammerschleuse überdeckenden, 96 Meter langen Teil als Eisenbahnbrücke mit 2,46 Meter weiten Bogenöffnungen hergestellt, in dem andern, 2 Jahre später gebauten und insgesamt 201,4 Meter langen Teil mit 4 Eisenbetonbogen von 17,85 und 3 Stampfbetonbogen von 36,39 und 36 Meter Spannweite versehen, deren Gelenke aus Bleiplatten zwischen 2 Reihen von Granitquadern bestehen. Die neueste Brücke, am Rudolphinum, endlich ist vollständig aus Stampfbeton hergestellt. Sie hat nur 4 flachgespannte Dreieckbogen von 38,25, 41,8 und 38,25

Spannweite mit Granitgelenken und eine aufgesetzte Fahrbahn aus Eisenbeton.

Die Kaiser Franz Joseph-Brücke in Wien soll durch einen Neubau ersetzt werden, mit dessen Ausführung man schon begonnen hat. Die neue Brücke wird 24 Meter breit und 846 Meter lang. Die als vollwandige Zweigelenkbogen mit Zugband ausgebildeten Oberbauten der 4 Stromöffnungen haben je 84 Meter Stützweite, die Landöffnungen je 35 Meter. Die Eisenkonstruktion wird 11 500 Tonnen wiegen, das ist doppelt so viel wie der Eiffelturm. Die Pfeiler der alten Brücke sollen bei dem Neubau benutzt und nur entsprechend verbreitert werden. Während des ganzen Baus soll der Verkehr aufrechterhalten werden.

× **Kurze Chronik** × Am 16. Juni wurde der bei Bogatsche durch den Giaur Dagh (Amanusgebirge) führende rund 5 Kilometer lange Tunnel der Bagdadbahn durchschlagen, an dem seit 4 Jahren gearbeitet wurde. Sobald der völlig durch Granit geführte Tunnel ausgebaut sein wird, existiert auf der bisher fertiggestellten Bahnlinie nur noch eine Unterbrechung, und zwar auf der Strecke nordwestlich Adana, wo die Bahn durch das Karsantigebirge, einen östlichen Ausläufer des kilikischen Taurus, führen soll. Auch hier ist ein etwa ebenso langer Tunnel bereits im Bau. × Während der ersten 8 Betriebsmonate waren die Verkehrseinnahmen des Panama Kanals noch nicht so groß, daß die laufenden Betriebs- und Unterhaltungskosten daraus bestritten werden konnten; diese betragen 2 600 000 Dollar, die Einnahmen hingegen nur 2 234 000 Dollar. Seit März 1915 haben sich die Verhältnisse infolge des gesteigerten Verkehrs etwas gebessert. × Wo der Ems-Weser-Kanal das Wesertal überschreitet, wird er ein bemerkenswertes Bauwerk zeigen. Der Übergang erfolgt durch eine massive Brücke aus Eisenbeton, die 2 Stromöffnungen von je 50 Meter und 6 auf dem linken Ufer befindliche Flutöffnungen von je 30 Meter aufweist. Auf jeder Seite des 24 Meter breiten Kanaltrogs befindet sich der Leinpfad, unter dem etwa in der Höhe der Kanalsohle auf Wunsch der Stadt Minden Fußgängerwege angelegt werden sollen.